

Magisterarbeit

Zwischen zwei Welten:  
Vietnamesische VertragsarbeiterInnen in Rostock

Erstgutachter

Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel

Zweitgutachter

PD Dr. Thomas Schlemmer

vorgelegt von

Micha Rehder  
Schlossbergstr. 23  
72070 Tübingen  
micharehder@web.de

eingereicht am 17. Juli 2013

# Inhalt

---

<b><u>Einleitung</u></b>	<b>S. 1</b>
<b><u>Quellenbasis und Materiallage</u></b>	<b>S. 5</b>
Forschungsstand	S. 5
Quellenbasis	S. 9
Methodisches Vorgehen	S. 12
<b><u>1. Vertragsarbeit in der DDR - Vertragsarbeit in Rostock</u></b>	<b>S. 15</b>
1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik	S. 15
1.2 Anwerbung, Einreise und Ankunft in der DDR	S. 21
1.3 Wohnsituation, Freizeitverhalten und Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter	S. 25
<b><u>2. Integration und Ausländerfeindlichkeit in der DDR</u></b>	<b>S. 30</b>
2.1 Das Arbeitsleben in den Betrieben	S. 30
2.2 Der Alltag und die reale Lebenssituation der Vertragsarbeiter	S. 34
2.3 Sprachliche, soziale und kulturelle Differenzen	S. 38
2.4 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	S. 41
<b><u>3. Deutsche Wiedervereinigung: Die Folgen der Freiheit</u></b>	<b>S. 53</b>
3.1 Die politische Wende und die Grundlagen einer neuen Ausländerpolitik	S. 53
3.2 Die Verlierer der Wende	S. 58
3.3 Der Weg in die Selbstständigkeit als einzige Rettung	S. 67
<b><u>4. Integration und Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland</u></b>	<b>S. 74</b>
4.1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	S. 74
4.2 Rostock-Lichtenhagen: Deutscher Herbst 1992	S. 82

<b><u>5. Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V.</u></b>	<b>S. 93</b>
5.1 Aus der Not geboren: Die Gründung des Vereins	S. 93
5.2 Motive, Projekte und Ziele des Vereins	S. 95
<b><u>Schlussbetrachtung</u></b>	<b>S. 101</b>
<b><u>Quellen und Literaturverzeichnis</u></b>	<b>S. 104</b>
<b><u>Anhang</u></b>	<b>S. 112</b>
<b><u>Erklärung</u></b>	<b>S. 116</b>

## Einleitung

---

24. August 1992, 23 Uhr, ein brennendes Ausländerwohnheim, eingeschlossene Menschen, die panisch versuchen den dichten Rauchwolken über das Dach zu entkommen, tausende klatschende, johlende Menschen, Glassplitter, Pflastersteine, Molotow-Cocktails, hämmernde Sprechchöre: „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!“ - die Anschläge auf das vietnamesische Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen gingen um die ganze Welt. Die mehrtägigen Angriffe sowohl auf eine Flüchtlingsunterkunft, als auch auf das benachbarte vietnamesische Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen 1992, bei denen tausende schaulustige Rostocker Bürger hunderten Neonazis und Randalierern unterstützend Beifall klatschten, während diese die Wohnblöcke in Brand setzten, markierten einen Höhepunkt fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>1</sup> Für die von den Anschlägen betroffenen vietnamesischen Migranten und deren Verwandte und Freunde hatten die Ereignisse des Sommers 1992 in Lichtenhagen traumatischen Charakter und bildeten gleichzeitig eine weitere schwierige Etappe auf ihrem langen Weg, den sie seit der Ankunft in Deutschland schon gegangen waren:

Aufgrund eklatanten Arbeitskräftemangels warb die DDR bereits ab den 1960er Jahren ausländische Arbeitskräfte über zwischenstaatliche Regierungsabkommen mit sozialistischen Partnerländern an und holte diese als Gastarbeiter ins Land. Anhand detailliert ausgearbeiteter Verträge, die generell zeitlich befristet waren, stellte die DDR-Regierung die ausländischen Arbeiter als sogenannte „Vertragsarbeiter“ in den volkseigenen Betrieben ein. Während zu Beginn vorwiegend ausländische Arbeiter aus Polen, Ungarn und Bulgarien angeworben wurden, kamen die Arbeiter ab den 70er und 80er Jahren hauptsächlich aus Mosambik, Kuba und Vietnam. Bis Ende des Jahres 1989 lebten rund 192.000 ausländische Vertragsarbeiter in der DDR, wovon die vietnamesischen Vertragsarbeiter die prozentual größte Gruppe bildeten.<sup>2</sup> Im Zuge der Wende und der deutschen Wiedervereinigung wurden die Regierungsverträge der ausländischen Vertragsarbeiter nicht mehr verlängert und ein Großteil von ihnen wurde entweder von ihren Heimatländern im Zuge des Systemwechsels zurückbeordert, verließ freiwillig das Land oder versuchte eine Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten. Für diejenigen ehemaligen Vertragsarbeiter, die sich entschieden hatten im vereinten Deutschland zu bleiben, gestalteten sich die ersten Jahre

---

<sup>1</sup> Siehe: Kapitel 4.2: Rostock-Lichtenhagen: Deutscher Herbst 1992, S. 82 ff.

<sup>2</sup> Siehe: Kapitel 1.1: Rechtliche Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik, S. 15 ff.

nach der Wiedervereinigung als eine besonders schwere Zeit zwischen Arbeitslosigkeit, Abschiebung und dem Kampf um die Sicherung der eigenen Existenz. Zunehmende fremdenfeindliche und rechtsextreme Tendenzen in Ostdeutschland während der ersten Jahre des wiedervereinten Deutschlands erschwerten vielen ehemaligen Vertragsarbeitern die Integration in die deutsche Gesellschaft.<sup>3</sup> Eine zögerliche Asyl- und Ausländerpolitik der Bundesregierung Anfang der 1990er Jahre erlaubte den ehemaligen Vertragsarbeitern den Aufenthalt in Deutschland nur unter schwersten aufenthaltsrechtlichen Bedingungen. Erst ab 1997, nach dem Inkrafttreten einer neuen Bleiberechtsregelung, konnten ehemalige Vertragsarbeiter erstmals Anträge auf unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen stellen und langfristige Lebensplanungen in der Bundesrepublik Deutschland beginnen.<sup>4</sup>

Die vorliegende Magisterarbeit befasst sich mit dem Leben vietnamesischer Vertragsarbeiter in Rostock vor und nach der Wende. Für diese Arbeit wurden fünf Interviews mit ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern geführt. Anhand dieses Interviewmaterials soll eine regionalspezifische Studie über Vertragsarbeiter in Rostock herausgearbeitet werden. Die Probleme der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR vor und nach der Wende sind bereits benannt, doch soll diese Arbeit den Themenkomplex „Vertragsarbeit in der DDR“ am konkreten Beispiel Rostocks vertiefen.

Im Verlauf der Arbeit soll somit zunächst ein Überblick über die Anwerbebedingungen der Vertragsarbeiter bis hin zu ihrer Ankunft und Lebensweise in der DDR gegeben werden. Die auftretenden Konflikte mit der ostdeutschen Bevölkerung werden ebenso analysiert, wie die im Zuge der deutschen Wiedervereinigung auftretenden rechtlichen sowie sozialen Probleme der ausländischen Arbeiter. Die chronologische Gliederung der Arbeit vermittelt damit einen detaillierten Einblick in die Lebensverhältnisse und Problemlagen der als Vertragsarbeiter in die DDR gekommenen Ausländer, von ihrer Ankunft bis zu ihrer Ausreise, beziehungsweise der Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus werden mit den Themenkomplexen „Fremdenfeindlichkeit“ und „Rechtsextremismus“ vor und nach der Wende Einblicke in die Entwicklungen der ostdeutschen Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die dort lebenden Ausländer gegeben und diskutiert. Obwohl viele der allgemein gültigen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf einen Großteil der Vertragsarbeitergruppen zutreffen, liegt der Fokus der Betrachtung in

---

<sup>3</sup> Siehe: Kapitel 4.1: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, S. 74 ff.

<sup>4</sup> Siehe: Kapitel 5.2: Motive, Projekte und Ziele der Vereinsarbeit, S. 95 ff.

dieser Arbeit vorwiegend auf der Volksgruppe der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR beziehungsweise Ostdeutschland, mit dem Fallbeispiel „Hansestadt Rostock“.

Nach einem Überblick über die Quellenbasis, Materiallage und das methodische Vorgehen dieser Arbeit, wird im ersten Kapitel auf die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen eingegangen, unter denen die ausländischen Vertragsarbeiter in die DDR geholt worden waren. Anschließend wird ein Einblick in die Lebensverhältnisse, die Wohnsituation und das Freizeitverhalten der Vertragsarbeiter nach der Einreise in die DDR gegeben.

Das zweite Kapitel widmet sich dem alltäglichen Arbeitsleben der ausländischen Vertragsarbeiter in den Betrieben der DDR, ihrer realen Lebenssituation sowie ihren sprachlichen, sozialen und kulturellen Differenzen. Der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt in der Entstehung und Entwicklung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Tendenzen in der DDR-Gesellschaft, deren Verharmlosung durch die DDR-Regierung und deren unmittelbare Auswirkungen auf die ausländischen Vertragsarbeiter.

Im dritten Kapitel werden die Folgen des gesellschaftlichen und politischen Wandels der Wendezeit und dessen unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Vertragsarbeiter dargestellt. Vordergründig werden in diesem Kapitel die aufenthaltsrechtlichen Probleme der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende und der Auflösung der ehemaligen Regierungsabkommen behandelt. Ergänzend wird aufgezeigt, wie sich der Weg in die Selbstständigkeit für viele Vietnamesen als die einzige Rettung des Lebensunterhalts erwies.

Im vierten Kapitel werden die in der Wendezeit drastisch zunehmenden fremdenfeindlichen und rechtsradikalen Tendenzen unter ostdeutschen Jugendlichen analysiert, die in den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen gipfelten.

Im abschließenden Kapitel wird die Entwicklungsgeschichte des Rostocker deutsch-vietnamesischen Vereins Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. aufgezeigt: Von der Entstehung des Vereins aus den Nachwirkungen der Anschläge auf das vietnamesische Wohnheim 1992 bis hin zu seiner Weiterentwicklung zu einem bedeutenden interkulturellen und integrativen Zentrum für Migranten in Rostock.

Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass aus optischen und wissenschaftlichen Gründen auf die Verwendung von universalen Genderbezeichnungen, wie VertragsarbeiterInnen oder MigrantInnen, im Haupttext dieser Arbeit verzichtet wurde. Hierbei wurde bewusst die

Verwendung der maskulinen Form gewählt, da dies sowohl den Lesefluss als auch das wissenschaftliche Arbeiten mit dem Text erleichtert. Lediglich in Direktziten wurden unverfälschte Genderbezeichnungen von Autoren übernommen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Verwendung der maskulinen Form somit immer auch die feminine Form gemeint ist und berücksichtigt wird.

# Quellenbasis und Materiallage

---

## Forschungsstand

Bei näherer Betrachtung der Forschungsliteratur zum Themenkomplex „Ausländerbeschäftigung in der DDR“ wird schnell ersichtlich, dass die Mehrzahl umfangreicher, kritischer wissenschaftlicher Darstellungen und Analysen erst nach der deutschen Wiedervereinigung entstanden sind. Zwar gibt es durchaus Werke einzelner Autoren beziehungsweise Autorengruppen, die sich mit der Thematik „Ausländerbeschäftigung und Ausländerfeindlichkeit“ schon während der DDR-Zeit auseinandergesetzt haben, jedoch ist deren Zahl begrenzt. Die Forschungsmöglichkeiten waren in der DDR durch die Kontrolle und die Vorgaben der DDR-Regierung und deren restriktiven Politik stark eingeschränkt. Marianne Krüger-Potratz betont in ihrem Buch „Anderssein gab es nicht - Ausländer und Minderheiten in der DDR“ von 1991, die Schwierigkeit, die sich für Interessierte ergab, an Informationen oder Forschungsergebnisse zu diesem Themenfeld vor der Wende heranzukommen.<sup>5</sup>

Die „Arbeitsstelle für Interkulturelle Studien/Ausländerpädagogik“ um Marianne Krüger-Potratz begann in den Jahren 1987/88 Material zur Ausländerbeschäftigung und Ausländerfeindlichkeit in der DDR zu sammeln, um daraus in den darauffolgenden Jahren erste Darstellungen zur Geschichte der Ausländerbeschäftigung und der Situation von Minderheiten in der DDR zu erarbeiten.<sup>6</sup> Die Publikation von Marianne Krüger-Potratz, die weitere interessante und informative Artikel, unter anderem von Dirk Jasper<sup>7</sup>, enthält, vermittelt einen sehr guten und tiefgreifenden Überblick über die Verhältnisse und Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter sowie über den Forschungsstand der Ausländerbeschäftigung in der DDR gegen Ende der 80er Jahre. In ihrer Argumentation hebt Krüger-Potratz insbesondere die gesellschaftliche Isolation und individuelle wie kollektive Diskriminierung der in der DDR auf Zeit oder auf Dauer arbeitenden und lebenden Ausländer hervor. Darüber hinaus betont sie die spätestens seit Mitte der 80er Jahre zunehmende

---

<sup>5</sup> Siehe: Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991, S. 8.

<sup>6</sup> Vgl.: Ebenda, S. 3.

<sup>7</sup> Siehe: Jasper, Dirk: Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991, S. 151-173.

Ausgrenzung von Minderheiten durch zunehmende offene Gewalt.<sup>8</sup> Als eines der wenigen kritischen Werke, das bereits auf Forschungsarbeit vor der Wende zurückgeht, ist die Krüger-Potratz Publikation für Recherchezwecke unabdinglich, da neben zahlreichen Quellenverweisen auch auf weiterführende zeitgenössische Literatur hingewiesen wird.

Zusätzlich ist auf die Rostocker Forschungsgruppe um Prof. Dr. Lothar Elsner, Joachim Lehmann und Eva-Maria Elsner hinzuweisen. Die bereits 1974 gegründete Forschungsgruppe „Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus“ und deren Weiterentwicklung zur Forschungsgruppe „Migrations- und Ausländerpolitik im 19. und 20. Jahrhundert“ setzte sich in ihren, bis 1990 veröffentlichten, 24 Bänden<sup>9</sup> vorwiegend mit Fragen der Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in kapitalistischen Ländern und später auch in der DDR auseinander.<sup>10</sup> Da sich diese Forschungsgruppe in der DDR als einzige Gruppierung offiziell mit Migrationsforschung befasst hat und befassen durfte, ist die Besonderheit ihrer Publikationen hervorzugeben.<sup>11</sup> Obwohl die oftmals sehr unkritischen Analysen und Schlussfolgerungen Elsners aus heutiger Sicht distanziert betrachtet werden müssen, vermitteln sie dennoch einen sehr guten Überblick über die damalige Forschungsmethodik.

Die deutsche Wiedervereinigung führte zu einer deutlichen Wende in der DDR-Ausländerforschung. Irene Runges Veröffentlichung der Broschüre „Ausland DDR - Fremdenhaß“ im Jahre 1990, zeigt beispielhaft das große Interesse der Arbeits- und Projektgruppenbildung an deutschen Hochschulen nach der Wende.<sup>12</sup> Runges Zusammenstellung von Beiträgen, Interviews und Leserbriefen zu Ausländerbeschäftigung und Ausländerfeindlichkeit in der DDR entstanden im Winter 1989/90 und spiegeln exemplarisch die Arbeit und das wissenschaftliche Vorgehen Anfang der 90er Jahre wider.<sup>13</sup> Darüber hinaus entstand in den Folgejahren eine Vielzahl weiterer wissenschaftlicher Arbeiten, welche die ununterbrochene Informationsflut aus den Archiven und Behörden der ehemaligen DDR seit der Wende analysierten und auswerteten. Besonders hervorzuheben sind hier die Publikationen von Andreas Müggenburg<sup>14</sup>, Uli Sextro<sup>15</sup> und Helga Marburger<sup>16</sup>,

---

<sup>8</sup> Vgl.: Krüger-Potratz, Vorwort, S. 1.

<sup>9</sup> Vgl.: Ebenda, S. 18 f.

<sup>10</sup> Siehe: Elsner, Eva-Maria: Zur Situation ausländischer Arbeitskräfte in der DDR, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 17, Rostock 1986; Lothar Elsner: Literatur über Arbeiterwanderung und Fremdarbeiterpolitik im Imperialismus. Forschungsstand und Bibliographie, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 5, Rostock 1979.

<sup>11</sup> Vgl.: Krüger-Potratz, S. 25.

<sup>12</sup> Vgl.: Ebenda, S. 27.

<sup>13</sup> Siehe: Runge, Irene: Ausland DDR - Fremdenhaß, Berlin 1990.

<sup>14</sup> Siehe: Müggenburg, Andreas: Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1996.

<sup>15</sup> Siehe: Sextro, Uli: Gestern gebraucht - heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die

die sowohl chronologisch als auch analytisch vorgingen und somit detaillierte Informationen über ausländische Arbeitskräfte in der DDR von deren Anwerbung, über die rechtlichen Aufenthaltsbedingungen bis hin zu deren Ausreise dokumentierten und auswerteten. Hierbei legten vor allem Müggenburg und Sextro auf eine sachliche, aber dennoch kritische Vorgehensweise Wert. Auch Marburger betonte in ihrer Arbeit die objektive Darstellung und Analyse der Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter und deren subjektive Deutung vor und nach der Wende.<sup>17</sup>

Modernere Publikationen greifen die Thematik der Ausländerbeschäftigung in der DDR in einem größeren Kontext auf und erlauben eine distanziertere Analyse der Materialien. Hierbei sind vor allem die Veröffentlichungen von Almut Zwengel<sup>18</sup> und Karin Weiss<sup>19</sup> zu nennen. Die modernen Ansätze der in diesen Werken veröffentlichten Texte ermöglichen tieferegehende Analysen des Themenkomplexes. Die Auswertung und die Interpretation von Quellenmaterial standen nach den 90er Jahren nicht mehr ausschließlich im Vordergrund. Aus diesem Grund lassen sich bei Zwengel und Weiss Untersuchungen zu spezielleren Themenfeldern finden, die über die allgemeinen Lebensbeschreibungen der Vertragsarbeiter herausgehen. Die wirtschaftlichen Strukturen innerhalb der Gruppe der ehemaligen Vertragsarbeiter<sup>20</sup> werden dabei ebenso untersucht, wie das soziale Engagement für ehemalige Vertragsarbeiter nach der Wende.<sup>21</sup>

Detaillierte Studien und entwicklungsgeschichtliche Tendenzen zur Entstehung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sind sowohl in den 90er Jahren, als auch in moderner Literatur zu finden. Während Wolfgang Melzer einen Überblick über die Anfänge der Rechtsextremismus-Forschung anhand von Studien und Befragungen unter ostdeutschen Jugendlichen zu Beginn

---

Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR, Dresden 1996.

<sup>16</sup> Siehe: Marburger, Helga (Hrsg.): „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“ - Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende, Frankfurt 1993.

<sup>17</sup> Vgl.: Marburger, S. 4.

<sup>18</sup> Siehe: Zwengel, Almut (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011.

<sup>19</sup> Siehe: Weiss, Karin (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005.

<sup>20</sup> Siehe: Quang, Dao Minh: Wirtschaftliche Strukturen in der Gruppe der ehemaligen Vertragsarbeiter/innen in Deutschland, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 119-127.

<sup>21</sup> Siehe: Kollath, Phuong: Der Verein Diên Hồng - Selbsthilfe und Integrationsarbeit in Rostock, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S.127-137.

der 90er Jahre vermittelt<sup>22</sup>, gelingt es Richard Stöss in seinem im Jahr 2000 veröffentlichten Buch „Rechtsextremismus im vereinten Deutschland“ weitergehende Analysen über den Rechtsextremismus in Deutschland unter Berücksichtigung ostdeutscher Entwicklungen zu geben<sup>23</sup>. Weitere nennenswerte Beiträge zum Thema „Rechtsextremismus“ liefern Frank Neubacher<sup>24</sup>, Frank Schumann<sup>25</sup> sowie Ulrike Hess-Meining.<sup>26</sup> Zu den Geschehnissen von Rostock-Lichtenhagen empfehlen sich die Werke von Jochen Schmidt<sup>27</sup> und Thomas Prenzel<sup>28</sup>.

Es ist schwierig zu beurteilen, inwieweit sich der aktuelle von dem damaligen Forschungsstand der ersten Jahre des wiedervereinten Deutschlands unterscheidet. Einerseits stützen sich viele der heutigen Interpretationen und Analysen immer noch auf bereits vorhandenes Auswertungsmaterial, andererseits besteht noch grundsätzlich Bedarf an weiterer Forschung und zusätzlichen wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem in Bezug auf die Lebenslage und die Perspektiven der ehemaligen Vertragsarbeiter nach der Wende.

Die in diesem Kapitel vorgestellte Literatur soll einen Überblick über die wichtigsten Arbeiten zum Themenkomplex und deren zeitliche Entwicklung geben. Weiterführende und themenspezifische Literatur findet sich im Quellen und Literaturverzeichnis dieser Arbeit.

---

<sup>22</sup> Siehe: Melzer, Wolfgang: Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen und Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland, Opladen 1992.

<sup>23</sup> Siehe: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000.

<sup>24</sup> Siehe: Neubacher, Frank: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende, Bonn 1994.

<sup>25</sup> Siehe: Schumann, Frank: Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1990.

<sup>26</sup> Siehe: Hess-Meining, Ulrike: DDR-spezifische Aspekte von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S.155-171.

<sup>27</sup> Siehe: Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin 2002.

<sup>28</sup> Siehe: Prenzel, Thomas (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012.

## Quellenbasis

Als Quellenbasis für die vorliegende Arbeit dienten verschiedene Medien, auf deren Verwendung im Folgenden näher eingegangen wird.

Zum einen lieferten Zeitungsartikel aus der Rostocker Regional- und Lokalpresse von 1992 eine interessante und weitreichende Basis für tiefgreifende Recherchen bezüglich der Hintergründe zu den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen. Hierbei dienten vorwiegend die Rostocker Lokalzeitungen „Norddeutschlands Neueste Nachrichten“ sowie „Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe der Hansestadt Rostock“ zur Recherche. Anhand ausgewählter Zeitungsartikel konnte die Entwicklung der fremdenfeindlichen und rassistischen Tendenzen und deren Eskalation in den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen analysiert, und herausgearbeitet werden. In diesem Kontext ist auf eine Publikation des Institutes für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock aus dem Jahr 2012 hinzuweisen. Herausgeber Thomas Prenzel vereinigt in diesem Band moderne Interpretationen der Vorfälle von Rostock-Lichtenhagen, die ausschließlich auf Artikeln der Rostocker Regionalpresse basieren. Die Mannigfaltigkeit der Zeitungsartikel erschwert die zielgerichtete Analyse und Auswahl geeigneter Passagen, wozu Thomas Prenzels Publikation 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimension und Folgen der Rassistischen Gewalt<sup>29</sup> als dankbare Orientierung diene.

Zum anderen lieferten Vereinsprotokolle, Satzungsberichte, Urkunden, Tätigkeitsberichte, unveröffentlichte und interne Publikationen des Vereins Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. weitreichende und detaillierte Informationen zur Struktur, Entstehung und Weiterentwicklung des Vereins.<sup>30</sup> Zusätzlich konnten der „Arbeitsfeldanalyse“ des ehemaligen Vereinsgeschäftsführers Nguyen Do Thinh ausgiebige Informationen über die Lage und die Probleme der Rostocker Vietnamesen entnommen werden.<sup>31</sup> Die Materialien des Vereins Diên Hông ermöglichten einen tiefgehenden Einblick in die Vereinsstrukturen und eröffneten die Möglichkeit einer globalen Einordnung der Lebensverhältnisse der Vietnamesen in Rostock. Publikationen des Vereins Diên Hông, wie eine Broschüre zum

---

<sup>29</sup> Siehe: Prenzel, Thomas (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012.

<sup>30</sup> Siehe: Quellen und Literaturverzeichnis, S. 104 ff.

<sup>31</sup> Siehe: Nguyen, Do Thinh (Hrsg.): Arbeitsfeldanalyse, Rostock 1996, interne Publikation Verein Diên Hông e.V..

zehnjährigen Bestehen über die Tätigkeiten des Vereins bis 2002, lieferten zusätzliche Informationen und erlaubten, die Vereinsarbeit in einem größeren Kontext zu betrachten und einzuordnen.<sup>32</sup>

Der bedeutendste Teil der Quellenbasis dieser Arbeit stützt sich auf Gespräche mit ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern aus Rostock. Die Gespräche fanden entweder in den Räumlichkeiten des Vereins Diên Hồng oder in den Privatwohnungen der befragten Personen in Rostock statt. Für diese Arbeit wurden insgesamt fünf ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Form von qualitativen Interviews befragt. Zwei der geführten Gespräche sind hierbei als Einzelinterviews geführt worden. Ein weiteres Interview wurde, aufgrund von Verständigungsproblemen eines Befragten, als Gruppeninterview mit zwei Personen geführt. Das fünfte Gespräch setzt sich aus einem Gemeinschaftsinterview einer Gesprächsrunde in den Vereinsräumen des Vereins Diên Hồng vom 26.10.2012, dem 20. Jahrestag der Vereinsgründung, zusammen. Insgesamt konnten vier männliche und eine weibliche Person befragt werden. Auf die genauen Details der Datenerhebung wird jedoch im folgenden Kapitel noch näher eingegangen.

Bei der Befragung der Vietnamesen stellte sich heraus, dass interkulturelle Differenzen und Verhaltensweisen, welche auf den unterschiedlichen Kulturkreis zurückzuführen sind, eine große Rolle spielen. Bei der Befragung der Vietnamesen war eine deutliche Zurückhaltung in den Gesprächen festzustellen. In ihrer Magisterarbeit betont Ulrike Stephan, dass auch ihr aufgefallen ist, dass Vietnamesen tendenziell versuchen „nach außen hin ein positives Bild zu zeigen, ihr Gesicht zu wahren und die Kontrolle über die gegebenen Informationen zu behalten.“<sup>33</sup> Kritische Aussagen zu gewissen Themenkomplexen aus den Interviews zu gewinnen fiel demzufolge sehr schwer. Eine kritische Betrachtung der Informationen ermöglichte jedoch, gewisse Grundströmungen und Kritikpunkte auch seitens der Vietnamesen zu entdecken.

Die Gespräche mit den ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern aus Rostock lieferten interessante und vor allem regionalspezifische Informationen, was für die Analyse und den Verlauf der Arbeit von sehr großer Bedeutung war. Sie ermöglichten Kontext bezogenes

---

<sup>32</sup> Siehe: Heusch-Lahl, Renate: Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V.: 10 Jahre gegen Rassismus und Ausgrenzung. 10 Jahre für Gleichberechtigung und Annäherung zwischen Deutschen und Zugewanderten, Rostock, 2002.

<sup>33</sup> Stephan, Ulrike: Magisterarbeit: Einstellungen und Erwartungen vietnamesischer Jugendlicher an Dien Hong, einen deutsch-vietnamesischen Verein in Rostock und seinen Jugendtreff, Rostock 2000, S. 70.

Arbeiten, sodass bereits vorhandene Quellen oder Literatur durch sie ergänzt und ausgebaut werden konnten. Tiefergehende Analysen und Zusammenhänge konnten herausgearbeitet, und aufgestellte Thesen anhand der Zeitzeugenaussagen bestätigt werden. Die Interviews in dieser Arbeit stehen nicht für sich selbst, ihr Wert muss im Kontext des Themenkomplexes gesehen werden. Die Auswertung der Gespräche konnte in die Analyse einbezogen werden. Lieferten die Interviews oftmals auch bereits bekannte Informationen über Geschehnisse oder Vorgänge, förderten sie nichts desto trotz ein tiefergehendes Verständnis der Materie. Zusammenfassend, lieferten die Interviews einen wichtigen Teil der verwendeten Informationen und sind für diese Arbeit als bedeutendste Quelle hervorzuheben.

## Methodisches Vorgehen

Um einen Überblick über das methodische Vorgehen in dieser Arbeit zu bekommen, soll nun sowohl auf die theoretischen Hintergründe der „Oral History“ als auch auf die eigentliche Datenerhebung durch die Interviews eingegangen werden.

In seinem Aufsatz „Fragen - Antworten - Fragen“ stellt Lutz Niethammer methodische Erwägungen und Erfahrungen mit der Theorie der „Oral History“ vor. Niethammer beschreibt hierbei das Forschungsinstrument „Oral History“ als die Produktion einer historischen Überlieferung durch Gespräche, Interviews oder Erinnerungen und deren Erschließung und Auswertung als historische Quelle.<sup>34</sup> Die Praxis und das kritische Methodenbewusstsein der „Oral History“ orientiert sich hierbei an der Erhebung von sogenannten „Erinnerungsinterviews“ im qualitativen Interviewstil sowie deren Auswertung und Analyse.<sup>35</sup>

Das Erinnerungsinterview ist, laut Niethammer, mit dem Interview der empirischen Sozialforschung insofern vergleichbar, dass es ein Forschungsinstrument darstellt, das dem öffentlichen Wissen und nachvollziehbaren Verfahren verpflichtet ist und mit dem „durch Gespräche ein auswertbarer Text produziert wird.“<sup>36</sup> Das Konzept des Erinnerungsinterviews basiert hierbei auf der Erstellung eines Fragenkatalogs in Kombination mit bereits herausgearbeitetem Vorwissen des Interviewers. Niethammer hebt jedoch ebenfalls den Unterschied zwischen den Erinnerungsinterviews der „Oral History“ und den halbstandardisierten Interviews der empirischen Sozialforschung hervor. In Interviews der empirischen Sozialforschung werden die Gespräche grundsätzlich strukturiert, damit die standardisierten Teile im Nachhinein vergleichbar bleiben. Dabei wird in der Sozialforschung oftmals auf bestimmte Frageimpulse, deren Platz im Gesprächsverlauf durch Frageleitfäden festgelegt ist, eingegangen. Diesen Frageimpulsen werden, laut Niethammer, dann mehr oder minder dehnbare Hohlräume gelassen die der Befragte ausfüllen kann. Das Erinnerungsinterview der „Oral History“ erhebt jedoch nicht den Anspruch einer strikt messbaren Vergleichbarkeit, „weil der rekonstruktive und assoziative Charakter von

---

<sup>34</sup> Vgl.: Niethammer, Lutz: Fragen - Antworten - Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin 1985, S. 396.

<sup>35</sup> Vgl.: Ebenda, S. 393 f; zum Folgenden, ebenda, S. 399 ff.

<sup>36</sup> Niethammer, S. 399.

Erinnerungen allenfalls deren Inhalt, nicht aber die Form ihres Abrufs vergleichbar macht.<sup>37</sup> Die Sachfragen dienen bei Erinnerungsinterviews lediglich der Materialsammlung und ihre Standardisierung soll vor allem eine Gedächtnisstütze für den Interviewer darstellen, an deren Abfolge er jedoch nicht gebunden ist. Niethammer betont deshalb, dass in Erinnerungsinterviews jederzeit „dem Taster des Befragten nach seinen Erinnerungen und der von ihm gewählten Erzählform Raum gegeben werden“ soll.<sup>38</sup> Durch immanente Rückfragen kann der Interviewer zusätzlich detaillierte Informationen erhalten und das Gespräch frei und individuell angepasst strukturieren.

Weil die Richtigkeit der Auskünfte der Interviewten nicht zwingend aus dem festgehaltenen Material hervorgeht, da in der „Unkontrollierbarkeit des Gedächtnisses und der kulturellen Interaktion viele denkbare Gründe für unrichtige Auskünfte“ liegen, ist es die Aufgabe des Historikers diese zu überprüfen.<sup>39</sup> Die Frage nach der Richtigkeit der Aussagen ist jedoch gerade in der „Oral History“, anders als bei vielen soziologischen Befragungen, nicht belanglos, „weil Geschichte gerade im Bezug gegenwärtiger genetischer Aussagen auf überliefertes Material ihr kritisches Potential entfaltet.“<sup>40</sup> Aus diesem Grund hebt Niethammer hervor, dass die Auskünfte im Interview hinsichtlich ihrer Plausibilität, durch den Vergleich mit Aussagen anderer Interviews und durch Konfrontation mit anderen Quellenarten und Literatur, zu verfestigen sind. Um dies zu gewährleisten, ist für die Auswertung der Interviews eine Erschließung des Materials notwendig. Hierbei empfiehlt Niethammer die Zwischenstufe einer Textreduktion (Datenabstract, Kurzbiografie, Zusammenfassung des Interviewverlaufs, Indexierung von Sachaussagen, Exzerpierung einzelner Abschnitte), um den gesamten Textbestand überschaubar und vergleichbarer zu machen. Er betont, dass Totaltranskriptionen diese Erschließungsaufgaben nicht leisten, sondern vielmehr den Informationsverlust bei der Verschriftlichung fördern. Er verweist deshalb auf die Technik der Teiltranskriptionen, die dem Historiker einerseits eine erste Erschließung des Materials ermöglicht und ihn andererseits über die „Problematik der Ausschnittwahl immer wieder zum Tonband als der getreuesten und informativsten Überlieferung“ zurückführt<sup>41</sup>.

---

<sup>37</sup> Niethammer, S. 401.

<sup>38</sup> Ebenda.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 407.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 408.

Bei den für diese Arbeit geführten Interviews wurde die Methodik der „Oral History“ berücksichtigt und angewandt, jedoch vereinzelt mit Aspekten und Techniken aus der empirischen Sozialforschung ergänzt.

Anhand der qualitativen empirischen Sozialforschung stellte sich die Form des fokussierten Interviews als die für diese Arbeit am besten geeignet heraus. Das fokussierte Interview verbindet die Techniken des narrativen Interviews mit denen des Leitfadeninterviews. Diese Kombination wurde bewusst gewählt, da in den Interviews mit Vietnamesen die vorhandenen sprachlichen und interkulturellen Differenzen einen flüssigen Gesprächsfluss, wie er bei den Erinnerungsinterviews der „Oral History“ gewünscht ist, erschweren. In seiner Grundstruktur zielt das narrative Interview auf eine durch eine Eingangsfrage angeregte „Stehgreiferzählung“ seitens der Befragten Personen ab.<sup>42</sup> Diese Art des Interviews fordert die befragten Personen zu einer eigenständigen, autonomen Erzählung auf. So kann im besten Fall möglichst viel über das Leben und die Lebensumstände der befragten Personen erfahren werden. Das Leitfadeninterview hingegen orientiert sich an einem im Voraus festgelegten und standardisierten Fragenleitfaden, der in der empirischen Sozialforschung die Vergleichbarkeit von Interviews gewährleisten soll.<sup>43</sup> Die für diese Arbeit gewählte Mischform dieser zwei Interviewtypen, die sich im fokussierten Interview vereinen, sollte eine weitgehend autonome Interviewsituation seitens der Befragten gewährleisten, aber zugleich einen offenen Leitfaden bieten, der zur Orientierung dienen kann. Auf die Standardisierung des Leitfadens und dessen systematische Abarbeitung wurde hierbei, ganz im Sinne der „Oral History“, verzichtet. Er diene lediglich dazu, die befragten Vietnamesen bei auftretenden Sprachschwierigkeiten oder übermäßiger Zurückhaltung durch das Interview zu begleiten. Der notwendige Freiraum zu eigenen Erzählungen konnte in jedem Falle gewährleistet werden.

Bei der Auswertung und Aufarbeitung des aufgenommenen Materials wurde auf die Methodik der „Oral History“ zurückgegriffen. Die Aufnahmen wurden in Teiltranskriptionen zusammengefasst, thematisch verglichen und ausgewertet. Hierbei konnte anhand der Stichwörter, Verweise und Exzerpte zielgerichtet und detailliert mit den Originalaufnahmen gearbeitet werden, um eine textliche Verfälschung zu minimieren.

---

<sup>42</sup> Vgl.: Hopf, Christel: Qualitative Interviews - Ein Überblick, in: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Hamburg 2000, S. 355.

<sup>43</sup> Vgl.: Ebenda, S. 358.

# 1. Vertragsarbeit in der DDR - Vertragsarbeit in Rostock

---

## 1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik

Politische, demografische und wirtschaftliche Bedingungen sorgten bereits in der sowjetischen Besatzungszone, aber vorwiegend nach der Gründung der DDR für eine dramatische Bevölkerungsentwicklung: Zwischen 1950 und 1970 verließen rund 2,4 Millionen Menschen die DDR.<sup>44</sup> Durch den Bau der Mauer konnte diese Abwanderung zwar eingedämmt werden, doch eine rückläufige natürliche Bevölkerungsentwicklung ab den 70er Jahren bis hin zur Stagnation in den 80er Jahren verstärkte diesen negativen Trend. Berufsgruppenübergreifend war ein deutlicher Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen. Höher qualifizierte DDR-Arbeiter mieden bestimmte Berufsfelder, was dazu führte, dass viele Arbeitsplätze für unqualifizierte Tätigkeiten, speziell im Dienstleistungsgewerbe, nicht mehr zu besetzen waren. Aufgrund dessen beschloss die DDR-Regierung Mitte der 60er Jahre, das Arbeitskräftedefizit durch ausländische Arbeitskräfte zu decken. Zielgedanke war es, durch extensiven Arbeitskräfteeinsatz die zur Produktionssteigerung notwendigen Rationalisierungen und Modernisierungen zu kompensieren.<sup>45</sup> Bei diesem Arbeitskräfteerwerb handelte es sich jedoch nicht um individuell motivierte Arbeitermigration. Sondern handelte es sich vielmehr um einen zwischenstaatlich gelenkten Arbeitskräfteaustausch mit dem Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Annäherung der RGW Partnerländer.<sup>46</sup>

Der RGW, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, war eine 1949 gegründete und politisch motivierte Wirtschaftsorganisation, welche die zwischenstaatliche Organisation und die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und Integration sozialistischer Staaten anstrebte. Mitgliederstaaten des RGW waren neben der DDR unter anderem Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Albanien, Mongolei, Kuba, die UdSSR und Vietnam. Im Wesentlichen diente der RGW jedoch als Bündnis für den bilateralen Außenhandel.<sup>47</sup> Der zwischenstaatliche Arbeitskräfteaustausch sollte die Effizienz des RGW-Wirtschaftsraumes

---

<sup>44</sup> Vgl.: Jasper, S. 153; zum Folgenden, ebenda, S. 154.

<sup>45</sup> Vgl.: Marburger, S. 10.

<sup>46</sup> Vgl.: Müggenburg, S. 7.

<sup>47</sup> Vgl.: Sextro, S. 19.

verbessern, die Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften an Orten initiieren, an denen eine entsprechende Ausrüstung und das nötige Knowhow bereits vorhanden waren, sowie den Erfahrungsaustausch und die soziale und ökonomische Annäherung der sozialistischen Mietgliederstaaten fördern. Die so angestrebte Arbeiterimmigration mit sozial-ökonomischer Motivation sollte entgegengesetzt zu den kapitalistischen Vorstellungen der westdeutschen Gastarbeiterpolitik stehen und langfristig die ökonomischen Entwicklungsniveaus der RGW-Staaten angleichen.<sup>48</sup>

In den 1960er Jahren wurde begonnen, vereinzelt die ersten ausländischen Arbeitskräfte im „Rahmen der internationalen Solidarität“ in DDR-Betriebe einzugliedern. Diese Arbeiter stammten aus sogenannten „befreundeten Ländern“, wie Polen, Ungarn, Bulgarien oder Algerien und wurden in industriellen Schlüsselproduktionsbereichen zu Facharbeitern ausgebildet.<sup>49</sup> Die Qualifizierung und die zwischenstaatliche Arbeitskräftekooperation der Arbeiterimmigranten standen hierbei im Vordergrund. Das „freie“ Arbeitskräftepotential dieser Länder war jedoch, aufgrund eigener Arbeitsmarktprobleme, begrenzt. So waren Ungarn, Polen und Bulgarien nur zu Entsendungen geringer Arbeitskräftekontingente bereit, da sie diese selbst zum Aufbau der heimischen Wirtschaft benötigten.<sup>50</sup> Aus diesem Grund lenkte die DDR den Fokus parallel auch auf andere Staaten, bevorzugt aus der „Dritten Welt“. Ab den 70er und 80er Jahren bezog die DDR ihre Arbeiterimmigranten hauptsächlich aus Mosambik, Kuba und Vietnam. Zusätzlich ist seit den 70er Jahren und spätestens seit Mitte der 80er Jahre in der DDR eine Ausländerbeschäftigung deutlich größeren Umfangs zu verzeichnen. Die ausländischen Arbeiter wurden nun in größeren Zahlen kollektiv im Rahmen bilateraler Regierungsabkommen angeworben. Die reine Arbeitskraft der Immigranten trat immer mehr in den Vordergrund, was sich negativ auf die Qualität der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auswirkte und nicht selten zu Konflikten mit den Entsendestaaten führte. Am Beispiel vietnamesischer Arbeiter ist der Anstieg der Ausländerbeschäftigung in der DDR deutlich nachzuvollziehen. In den ersten Jahren der Austauschabkommen mit der Sozialistischen Republik Vietnam, Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre, wurden ausgewählte Arbeitskräfte „zur Vertiefung der Brüderlichen Zusammenarbeit“ in begrenztem Umfang zu Qualifizierungszwecken in die DDR entsandt.<sup>51</sup> Ein Zusatzprotokoll aus dem Jahr 1985 veränderte jedoch die Arbeitsverträge dahingehend, dass nicht mehr die Qualifizierung, sondern der Arbeitseinsatz der vietnamesischen Arbeiter

---

<sup>48</sup> Vgl.: Jasper, S. 152.

<sup>49</sup> Vgl.: Müggenburg, S. 7 f.

<sup>50</sup> Vgl.: Marburger, S. 10; zum Folgenden, ebenda, S. 12.

<sup>51</sup> Vgl.: Jasper, S. 159.

im Vordergrund stand. Während zwischen 1980 und 1985 insgesamt lediglich 10.000 Vietnamesen in die DDR eingereist waren, kamen allein in den Jahren 1987/88 rund 60.000 neue vietnamesische Vertragsarbeiter hinzu.<sup>52</sup> Bis Ende des Jahres 1989 stellten circa 192.000 Vertragsarbeiter rund 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung der DDR, wovon die vietnamesischen Arbeiter mit knapp 66 Prozent aller Vertragsarbeiter die größte Gruppe bildeten.<sup>53</sup>

Die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt der ausländischen Arbeiter in der DDR bildete einerseits das „*Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik*“, andererseits die „*Anordnung über den Aufenthalt von Ausländern in der Deutschen Demokratischen Republik*“, beide aus dem Jahr 1979.<sup>54</sup> Laut § 3 des „*Ausländergesetzes*“ sowie § 1 und § 2 der „*Ausländerverordnung*“ wurde den Vertragsarbeitern eine Aufenthaltsgenehmigung für einen länger befristeten Aufenthalt aus Gründen der Berufsausbildung und Berufsausübung in der DDR erteilt. Die Grundvoraussetzungen zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis waren folgende: Der ausländische Antragsteller musste sich in einem Arbeitsverhältnis befinden sowie über ein gesichertes Einkommen und eine Wohnung verfügen. Beide Gesetzestexte sind jedoch sehr knapp und vage formuliert, weshalb über weitergreifende Bedingungen für die Gewährung der Aufenthaltserlaubnis und der mit diesem Status verbundenen Rechte und Pflichten keine Auskunft erteilt wurde. Gemäß § 5 des *Ausländergesetzes* konnte eine Aufenthaltsgenehmigung für ausländische Arbeiter in der DDR „zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden.“<sup>55</sup> Diese Entscheidungen, die durch das DDR-Innenministerium oder die Abteilung Pass- und Meldewesen der Deutschen Volkspolizei getroffen wurden, bedurften keinerlei Begründung und waren somit gerichtlich nicht überprüfbar. Somit behielt sich die DDR-Regierung einen großen Ermessensspielraum in der Ausländerpolitik vor, der die unkontrollierte Einwanderung, teils durch unpräzise ausländerrechtliche Normen, teils aufgrund interner administrativer Entscheidungsmechanismen, kontrollierte und verhinderte. De facto hatten Ausländer, die sich in der DDR aufhielten, die gleichen Rechte wie DDR-Bürger, soweit es keine Zusatzverträge zwischen der DDR und dem jeweiligen Entsendeland der betroffenen Personen gab. So waren ausländische Arbeitskräfte, Auszubildende und Studierende während

---

<sup>52</sup> Vgl.: Dennis, Mike: Die Vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR, 1980-1989, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 16; Marburger, S. 12.

<sup>53</sup> Vgl.: Müggenburg, S.7.

<sup>54</sup> Vgl.: Marburger, S. 12; zum Folgenden, ebenda, S. 12 ff.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 12.

ihres DDR-Aufenthalts ihren deutschen Arbeitskollegen oder Kommilitonen gleichgestellt. Dies betraf den Zugang zu allen sozialen Leistungen wie kostenlose Gesundheitsfürsorge, kulturelle Betreuung, fachliche Weiterbildung und politische Betätigung, die sich jedoch vor allem auf die Mitgliedschaft im FDGB, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, bezog.<sup>56</sup>

Alle zusätzlichen gesetzlichen Regelungen, welche die Vertragsarbeiter betrafen, waren in den jeweiligen Regierungsabkommen festgelegt. Diese zwischen der DDR und den Partnerländern geschlossenen Regierungsabkommen waren zeitliche und projektbefristete Verträge, die, im Gegensatz zu dem „rudimentären Ausländerrecht“, strikt reglementiert waren.<sup>57</sup> Die Regierungsabkommen wurden auch der innerstaatlichen Ausländergesetzgebung vorgezogen, sofern sie aufenthaltsrechtliche Regelungen beinhalteten. Individuelle Aufenthaltsgenehmigungen für Vertragsarbeiter waren somit nicht mehr notwendig. Sowohl die bilateralen Regierungsabkommen als auch die „Rahmenrichtlinien zur Durchführung von Regierungsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten über die zeitweilige Beschäftigung ausländischer Werktätiger in Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 01.07.1980, regelten im Prinzip den größten Teil der Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter und Auszubildenden während ihres Aufenthaltes in der DDR.<sup>58</sup> Die bilateral geschlossenen Arbeitsverträge unterschieden sich von Partnerland zu Partnerland. Doch gab es Gemeinsamkeiten, die alle Verträge gleichermaßen beinhalteten:<sup>59</sup> Wie bereits erwähnt, hatten die einreisenden Arbeiter einen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung, befristet auf die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses. Der Aufenthalt in der DDR erfolgte stets ohne Familienangehörige und Reisen in dritte Länder mussten durch die jeweiligen Botschaften der Herkunftsländer genehmigt werden. Die pauschale Aufenthaltsdauer betrug in den meisten Fällen vier bis fünf Jahre und konnte im Einzelnen einmalig um zwei Jahre verlängert werden. Nach zwei Jahren Arbeit oder Berufsausbildung in der DDR stand den ausländischen Arbeitern in der Regel ein zweimonatiger Heimaturlaub zu, der jedoch auch erst nach schriftlicher Genehmigung angetreten werden durfte.

Die Einstellungsvoraussetzungen zum Auslandsaufenthalt in der DDR galt es zu erfüllen. So mussten die Arbeiter ein Mindestalter von 18 Jahren und ein Höchstalter von 35 Jahren, dazu mindestens einen Grundschulabschluss und ein Arbeitstauglichkeitszertifikat des

---

<sup>56</sup> Vgl.: Jasper, S. 173 f.

<sup>57</sup> Vgl.: Sextro, S. 18.

<sup>58</sup> Vgl.: Jasper, S. 174.

<sup>59</sup> Vgl.: Marburger, S. 13 f; Jasper, S. 174 f; zum Folgenden, ebenda.

Herkunftslandes vorweisen können, um in die DDR einreisen zu dürfen. Die Kosten für die An- und Abreise, sowie sämtliche Urlaubsreisen wurden für gewöhnlich zwischen beiden Vertragsländern aufgeteilt. Nur im Falle vietnamesischer Arbeiter übernahm die DDR sämtliche anfallenden Kosten. Die Verantwortung für die ausländischen Arbeiter in der DDR fiel in den Zuständigkeitsbereich der Hauptabteilung des Pass- und Meldewesen des Ministeriums des Innern, des Staatssekretariats für Arbeit und Löhne, sowie der durch die Regierungsabkommen involvierten Fachministerien. Darüber hinaus mussten von den Betrieben Betreuungspersonen für die Vertragsarbeiter eingesetzt werden, die in alltäglichen Dingen, wie zum Beispiel bei Arztbesuchen oder Wohnheimkontrollen, den Arbeitern als Ansprechpartner dienten. Ebenso mussten die Botschaften der jeweiligen Länder Dolmetscher zur Verfügung stellen - generell wurde ein Dolmetscher für etwa 50 Landsleute eingesetzt - damit ein geregelter Ablauf bei der Arbeit und im Privaten garantiert, und Verständigungsprobleme so gering wie möglich gehalten werden konnten. Für die Unterbringung der Vertragsarbeiter waren die Einsatzbetriebe verantwortlich. Sie wurden in geschlechterspezifisch getrennten Gemeinschaftswohnungen untergebracht, wobei jeder Wohnraum mit höchstens vier Personen zu belegen war. Jedem ausländischen Arbeiter mussten mindestens fünf Quadratmeter Wohnfläche zustehen, die er monatlich zu einem Preis von 30 DDR-Mark zu mieten hatte. Um den Vertragsarbeitern den Einstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern, mussten sie nach ihrer Einreise an einem bis zu dreimonatigen Lehrgang teilnehmen, der ihnen die Grundkenntnisse der deutschen Sprache und ihrer zukünftigen Tätigkeit vermitteln sollte. In dieser Zeit erhielten die Vertragsarbeiter einen Mindestlohn in Höhe von 400 DDR-Mark. Im Allgemeinen waren Löhne und Prämien sowie Sozialversicherungsbeiträge und Steuern nach den Richtlinien der DDR zu beziehen und zu entrichten. Einzig und allein die vietnamesischen Vertragsarbeiter mussten zusätzlich zu ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zwölf Prozent ihres Nettoeinkommens an den vietnamesischen Staat zu dessen Wiederaufbau abgeben. Gruppenübergreifend erhielten die Vertragsarbeiter eine Trennungsschädigung von vier DDR-Mark pro Tag, wobei diese Entschädigung bei unentschuldigtem Fehlen halbiert und im Wiederholungsfall gestrichen werden konnte. Auch war es den Vertragsarbeitern möglich, bis zu 60 Prozent ihres monatlich 350 DDR-Mark übersteigenden Nettoeinkommens an ihre Familien im Heimatland zu transferieren. Die Ein- und Ausfuhr von Warensendungen in die Heimatländer erfolgte im Rahmen der DDR-Zollbestimmungen und des jeweiligen Vertragslandes, wobei auch hier für vietnamesische, angolische und mosambikanische Arbeiter Zollvergünstigungen bestanden.

Die hier dargestellten rechtlichen Rahmenbedingungen bildeten die Grundlage für den Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte in der DDR. Die der Einfachheit halber bewusst allgemein gehaltene Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der Ausländerpolitik der DDR soll in den folgenden Kapiteln am Beispiel der vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Hansestadt Rostock konkretisiert werden.

## 1.2 Anwerbung, Einreise und Ankunft in der DDR

In der Möglichkeit, als Vertragsarbeiter in die DDR einreisen zu dürfen, um dort zu arbeiten oder im besten Falle eine Ausbildung zu bekommen, sahen viele Vietnamesen die große Chance der wirtschaftlichen Krise ihres Heimatlandes zu entkommen. Nach dem Ende des Krieges mit den Vereinigten Staaten von Amerika 1975 stürzte Vietnam, mit über drei Millionen Arbeitslosen und weiteren Millionen Kriegsverletzten, in eine gravierende Wirtschaftskrise. Lebensmittelknappheit und verbreitete Armut lösten zwischen 1978 und 1979 große Fluchtwellen aus.<sup>60</sup> Die frühe Bereitschaft der DDR, Vietnam beim Wiederaufbau des Landes zu helfen, lässt sich dadurch erklären, dass es gerade die sozialistischen Länder und jungen Nationalstaaten, wie die Sozialistische Republik Vietnams, waren, von welchen die DDR zuerst als eigenständiges Land anerkannt wurde. Dies war für die DDR ein wichtiger Schritt des Bemühens um internationale Anerkennung, da sie sonst eher als ein Vasallenstaat der UdSSR galt.<sup>61</sup> Darüber hinaus wurde die DDR von den Vietnamesen als fortschrittlicher sozialistischer Industriestaat gesehen, sogar noch vor der Sowjetunion, Tschechoslowakei oder Ungarn.<sup>62</sup> Für viele Vietnamesen bedeutete ein Arbeitsvertrag mit der DDR deshalb die Möglichkeit auf eine finanziell gesicherte Zukunft der eigenen Familie.

Um die Lage der in Vietnam angeworbenen Arbeiter besser verstehen zu können, gibt Michael Feige einen interessanten Einblick in die traditionelle vietnamesische Familie und die Stellung der einzelnen Familienmitglieder im Familienverband.<sup>63</sup> So verdeutlicht er, dass diejenigen jungen Frauen und Männer, die Vietnam verließen um in der DDR zu arbeiten, dies nicht aus eigenem Antrieb taten. Vielmehr entschieden die Eltern darüber, welche Kinder ihrer Meinung nach geeignet waren, die langjährige Trennung von der Familie auf sich zu nehmen. Die vietnamesische Familie orientierte sich hierbei an einem Clansystem konfuzianischer Ausrichtung mit komplizierten hierarchischen Strukturen. Dazu zählt nicht nur die Familie selbst, sondern darüber hinaus auch Verwandte. Die grundlegenden Tugenden des Konfuzianismus, wie „Loyalität des Untertanen“, „Pietät des Sohnes“, „Ehrfurcht des Jüngeren“, „Gehorsam der Frau“, „Treue des Freundes“ und „Güte des Herrschers“, begründeten dabei die grundlegenden sozialen Beziehungen, stützten die gesamte

---

<sup>60</sup> Vgl.: Dennis, S. 16 f.

<sup>61</sup> Vgl.: Feige, Michael: Vietnamesische Vertragsarbeiter. Staatliche Ziele - lebensweltliche Realität, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 37.

<sup>62</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

<sup>63</sup> Vgl.: Feige, S. 40; zum Folgenden, ebenda.

vietnamesische Gesellschaft und spielten in der Stabilität des Staates, der sich auf die Moral jedes Einzelnen und vor allem auf die zentrale Rolle der Familie berief, eine wesentliche Rolle.<sup>64</sup> Die konfuzianische Familientradition stand hierbei keineswegs im Konflikt mit der neueren Ideologie der Sozialistischen Republik Vietnams. Auch der vietnamesische Staat war hierarchisch aufgebaut und konnte sich den familiären Strukturen problemlos überordnen. Michael Feige bezeichnet das sozialistische System Vietnams in diesem Zusammenhang als eine Art Meta-Familie. Einen Arbeitsauftrag in der DDR zu bekommen bedeutete deshalb für Vietnamesen nicht nur die eigene Familie, sondern auch gleichermaßen den vietnamesischen Staat beim Wiederaufbau zu unterstützen. Feige führt auch Ho Chi Minhs Fünf-Punkte Programm auf, das so gut wie jeder jugendliche Vietnameser zu verinnerlichen hatte:

1. Yeu To Quha, yeu dong bao! Liebe die Heimat, liebe das Volk!
2. Hoc tap tot, lao dong tot! Lerne gut, arbeite gut!
3. Doan ket tot, ky luat tot! Übe Solidarität und halte Disziplin!
4. Giu gin ve sinh that tot! Halte Sauberkeit!
5. Khiem ton, that tha, dung cam! Sei bescheiden, ehrlich und tapfer!

Dieses Programm verankerte sich, laut Feige, fest im Bewusstsein vieler vietnamesischer Jugendlicher. Viele ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter seien noch heute in der Lage dieses Programm zu rezitieren und Michael Feige fügt an: „Aus diesen Überzeugungen heraus erklären sich auch die hohe Einsatzbereitschaft und der unermüdliche Fleiß der vietnamesischen Vertragsarbeiter.“<sup>65</sup>

Die soziale Herkunft der vietnamesischen Vertragsarbeiter variierte stark. In den frühen Jahren der Regierungsabkommen mit Vietnam wurden bevorzugt ehemalige Soldaten, Nachkommen von Widerstandskämpfern oder Witwen von Soldaten als Arbeiter in der DDR eingesetzt. Dies änderte sich jedoch im Laufe der Zeit und gegen Ende der 80er Jahre wurden Arbeiter aus allen sozialen Schichten angeworben.<sup>66</sup> Diese Anwerbung war jedoch weniger ein durch die persönliche Motivation der Arbeiter aus bestimmbarer Prozess, sondern wurde sie vielmehr von den Fachministerien bestimmt und geleitet. Das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne koordinierte die Anwerbung der Arbeiter. Die Anzahl der geforderten Arbeiter seitens der DDR wurde an die zuständigen vietnamesischen Fachministerien und Funktionäre weitergeleitet, die wiederum die jeweilig zutreffenden Betriebe informierten. Die

---

<sup>64</sup> Vgl.: Stephan, S. 35.

<sup>65</sup> Feige, S. 40.

<sup>66</sup> Vgl.: Dennis, S. 19.

Entscheidung, wer wann einreisen durfte und zu welchem Termin, lag im Ermessen der vietnamesischen Betriebsleitungen und deren Vorgaben durch die Ministerien.<sup>67</sup> Die Arbeiter in den vietnamesischen Betrieben mussten Anträge für eine Auslandsarbeit stellen und sich damit offiziell für eine Arbeitsstelle in der DDR bewerben. Da die Bewerberquote in den vietnamesischen Betrieben jedoch sehr hoch war, fiel die Wahrscheinlichkeit ausgewählt zu werden für die vietnamesischen Arbeiter oft sehr gering aus.<sup>68</sup> Sprachliche Vorkenntnisse spielten bei der Auswahl der Arbeitskräfte weniger eine Rolle als die Qualifikation und der Gesamteindruck von den Arbeitern. So berichtet Herr Long N.D., dass nur die besten Arbeiter und diejenigen, die sich nichts zu Schulden hatten kommen lassen beziehungsweise keine eingetragenen Vorstrafen hatten, ausgewählt wurden.<sup>69</sup> Auch Herr Thai V.D. bestätigt, dass vor allem gute, junge und fleißige Arbeitskräfte bei der Auswahl bevorzugt wurden.<sup>70</sup> Wurde einem Arbeiter ein Arbeitsplatz im Ausland zugeteilt, stellte die Familie einen schriftlichen Antrag zur Übernahme dieser Stelle. Anschließend erfolgten Gesundheitstests, sowie mehrtägige Schulungen zum Verhalten im Ausland.<sup>71</sup> Das Reisegepäck der Vietnamesen bestand meist nur aus einem Koffer, der mit persönlichen Gegenständen, kleineren Geschenkartikeln und vietnamesischen Lebensmitteln bestückt war.

Die Einreise in die DDR erfolgte per Flugzeug nach Berlin-Schönefeld. Nach der Ankunft wurden die Vertragsarbeiter von ihren Betreuern am Flughafen empfangen oder per Bus zu ihren jeweiligen Arbeitsorten gefahren, um dort begrüßt zu werden. Fragt man die ehemaligen Vertragsarbeiter was ihre ersten Eindrücke in der DDR gewesen seien, so fällt die Antwort oft eindeutig aus:

„(...) Der erste Eindruck für uns ist die Klimazone hier in der DDR. Im April ist auch noch sehr kalt im Vergleich zu Vietnam. Wir haben kein warme Wäsche dabei. Aber da man wurde von Betrieb abgeholt und Betrieb hat für jede eine Wärmejacke mitgebracht. Und jeder bekommt Wärmejacke vom Flughafen Schönefeld. (...)“<sup>72</sup>

Nach der Ankunft mussten sich die Vertragsarbeiter für gewöhnlich ärztlich untersuchen lassen. Darüber hinaus wurden sie in Gruppen eingeteilt. Die Gruppengröße richtete sich jeweils nach den Aufgaben in den Betrieben und variierte zwischen 30 und 150 Personen pro Gruppe. Jeder Gruppe wurden Gruppenleiter und Übersetzer zugeteilt, welche nicht selbst in den Betrieben arbeiten mussten, sondern lediglich für die Vermittlung zwischen Betrieb und

---

<sup>67</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

<sup>68</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D..

<sup>69</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>70</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D..

<sup>71</sup> Vgl.: Feige, S. 41; zum Folgenden, ebenda, S. 42 ff.

<sup>72</sup> Interview Herr Long N.D..

Arbeitern zuständig waren. Da die deutschen Betreuer oft Schwierigkeiten bei der Aussprache der vietnamesischen Namen hatten, wurden den Arbeitern kleine, runde Erkennungsmarken mit eingravierten Identifikationsnummern ausgehändigt. Nicht selten wurde diese Nummerierung von den Vietnamesen als demütigend und diskriminierend empfunden. Wie schon aus dem vorangehenden Zitat ersichtlich, stand den Vietnamesen nach der Einreise eine Erstausrüstung an europäischer Kleidung zu. Dies diente einerseits dazu, den Vietnamesen den Klimabedingungen angepasste Kleidung zu verschaffen, andererseits aber auch, um die ausländischen Arbeiter optisch an ihre temporäre Wahlheimat anzugleichen. Die ersten drei Monate des DDR-Aufenthalts waren für den obligatorischen Deutschunterricht vorgesehen, den jeder Vertragsarbeiter zu absolvieren hatte. Je nach Betrieb wurde die Unterrichtszeit jedoch auf bis zu drei Wochen heruntergekürzt, um die Arbeiter schneller einsetzen zu können.<sup>73</sup> Nach den Deutschkursen wurden die Arbeiter dann ihren Tätigkeitsfeldern zugeordnet und mit den Arbeitsabläufen vertraut gemacht.

---

<sup>73</sup> Vgl.: Feige, S. 43.

### 1.3 Wohnsituation, Freizeitverhalten und Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter

Die Unterbringung der Vertragsarbeiter in der DDR erfolgte für gewöhnlich in großen Gemeinschaftsunterkünften oder sogenannten „Arbeiterhotels“. Diese waren vom Betrieb gestellte und oft eigens für die ausländischen Arbeiter errichtete Wohnheime, die sich in der Nähe oder mitunter auf dem Gelände der jeweiligen Betriebsstätte befanden. Die Lage und die Art der Wohnheime variierten jedoch stark:

„Die Wohnbedingungen waren so unterschiedlich wie die bauliche Substanz und der Bauzustand der Wohnheime selbst. Es gab abgeschlossene, von mehreren Vertragsarbeitern bewohnte Wohnungen mit Küche und Bad, solche mit Küche, Bad und Freizeit-/Fernsehraum je Etage und Wohnheime, in denen sich die Bewohner mehrerer Etagen zentrale Gemeinschaftsküchen und -sanitärräume teilen mussten“<sup>74</sup>

Oft wurden die ausländischen Arbeiter in separaten Wohnblocks oder Wohnkomplexen untergebracht, wo nur geringer Kontakt zu Deutschen bestand. Durch strenge Anmelde- und Ausweisvorschriften wurde es Deutschen zusätzlich erschwert oder fast unmöglich gemacht, die Ausländerwohnheime zu betreten. Allein anhand der separaten Unterbringung der Arbeiter ist zu erkennen, dass die Integration der Ausländer in die ostdeutsche Bevölkerung nicht gewollt war und mit Absicht nicht gefördert wurde. Für Bernd Wagner sind Integration wie sie heute verstanden wird und wie sie in der DDR verstanden wurde zwei komplett verschiedene Welten: „Es ging lediglich um die Nutzung von Vertragsarbeitern für die DDR durch Arbeit oder für den Aufbau von Kompetenz (...) zur Sicherung konformer politischer Verhältnisse in ihrem eigenen Land“<sup>75</sup>

Betrachtet man die städtebauliche Entwicklung Rostocks und die Wohnsituation der vietnamesischen Vertragsarbeiter dort, lässt sich erkennen, dass diese Entwicklungen auch auf die Hansestadt zutreffen. Mit dem 1957 durch die DDR-Regierung verabschiedeten Beschluss, den Seehafen in Rostock zu einem international konkurrenzfähigen Überseehafen auszubauen, stiegen Rostocks Einwohnerzahlen in den darauffolgenden Jahren deutlich an.<sup>76</sup> Die wachsende Wohnungsknappheit im Stadtzentrum und in den umliegenden Ortschaften drängte die Stadt und den Staat zum Handeln. Ab Oktober 1958 wurde von staatlicher Seite

---

<sup>74</sup> Marburger, S. 23.

<sup>75</sup> Wagner, Bernd: Migrationspolitisch relevante Akteure in der DDR, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 22.

<sup>76</sup> Vgl.: Keipke, Bodo: Rostocks Entwicklung in der DDR. 1949 bis 1989, in: Karsten Schröder (Hrsg.): In deinen Mauern herrscht Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, S. 290 f.; zum Folgenden, ebenda.

aus begonnen, einen Bebauungsplan für Rostock anzufertigen, der bis 1965 die Entstehung von fünf neuen Wohngebieten mit Wohnraum für über 75. 000 Menschen und den gleichzeitigen Aufbau des Stadtzentrums vorsah. Die Ausführung dieser Pläne in so kurzer Zeit erscheint im Nachhinein sehr unrealistisch. Man erkennt jedoch anhand dieser Bestrebungen die neue Tendenz in der Planung ganzer Wohngebiete an der Peripherie Rostocks. Im Anschluss an das Wohngebiet Reutershagen I wurde somit bereits 1958 mit dem Bau des neuen Wohngebietes Reutershagen II begonnen. Schon bald setzte sich die Plattenbauweise als schnellste und effektivste Bauart durch, auch wenn sich durch diese die Gestaltungsmöglichkeiten der industriell gefertigten Häuser deutlich reduzierten. Es wurde der in Rostock entwickelte Plattentyp P1 zum Bau von vier bis fünfstöckigen Häusern verwendet. Nach Reutershagen II wurde die Südstadt Rostocks ausgebaut, jedoch endete damit die Phase der westlichen und südlichen Ergänzung des Stadtgebietes. Ab 1965 erfolgte aufgrund der topografischen Bedingungen eine konsequente Weiterentwicklung des Siedlungsraumes Richtung Warnemünde. In den nördlich von Rostock gelegenen landwirtschaftlichen Regionen entstanden so zwischen 1965 und 1987 die Stadtgebiete Lütten Klein, Evershagen, Lichtenhagen, Schmarl und Groß Klein, und auf der gegenüberliegenden Seite der Warnow die Gebiete Dierkow und Toitenwinkel. Innerhalb von rund dreißig Jahren wurden in Rostock neun Stadtteile mit rund 54. 000 Wohnungen errichtet, in denen weit mehr als die Hälfte aller Rostocker lebten. Die Stadtentwicklung in Rostock steht beispielhaft für die „generelle Stadtplanung“ der DDR, wie sie in vielen ostdeutschen Großstädten zu dieser Zeit angewandt wurde.<sup>77</sup>

In Rostock war die Wohnlage der Arbeiter an den Standort des Betriebes gebunden. So lebten die Seehafenarbeiter in Lichtenhagen, die Arbeiter der Deutschen Reichsbahn in der Südstadt oder in Toitenwinkel und die Angestellten des Fischkombinats in Marienehe.<sup>78</sup> In Rostock-Lichtenhagen beispielsweise standen in der Mecklenburger Allee mehrere Wohnheime, in denen ausschließlich vietnamesische Vertragsarbeiter untergebracht waren. Für Nguyen Do Thinh, selbst ehemaliger Vertragsarbeiter und langjähriger Vorsitzender des Rostocker vietnamesisch-deutschen Vereins Diên Hồng e.V., kam diese Isolierung der Vertragsarbeiter praktisch einer Ghettoisierung gleich.<sup>79</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl.: Betker, Frank: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945 - 1994), München 2005, S. 74.

<sup>78</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D.; Herr Bao D.V..

<sup>79</sup> Vgl.: Nguyen, Do Thinh: Arbeitsfeldanalyse, S. 6.

Wie in vielen anderen Wohnheimen gab es auch hier Einlasskontrollen. Damit sollten „Fremde Besucher“ in den Räumlichkeiten vermieden werden. Darüber hinaus galten strenge Hausordnungen, welche die Bewohner einzuhalten hatten. Gerade in den Wohnheimen der vietnamesischen Vertragsarbeiter wurden häufig unangekündigte Zimmerdurchsuchungen von der Heimleitung und den Gruppenleitern durchgeführt, um Fremdübernachtungen einzudämmen. Dies war möglich, da die Heimleitung Generalschlüssel zu den Wohnungen besaß. Im Falle eines Regelverstoßes informierten die Gruppenleiter meist unverzüglich die vietnamesische Botschaft, die nicht selten die Rückreise der betroffenen Personen einleitete.<sup>80</sup> Im vietnamesischen Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen, dem sogenannten Sonnenblumenhaus, wohnten zum Beispiel zwischen 2 und 5 Personen in einer Wohnung und insgesamt rund 500 Vietnamesen im ganzen Haus. Jede Wohnung teilte sich eine Küche. In diesen kleinen Wohngemeinschaften wurde zusammen gekocht und für gewöhnlich miteinander die Freizeit verbracht.<sup>81</sup> Es kam jedoch nicht oft vor, dass alle Bewohner anwesend waren, was auf das Drei- beziehungsweise Vierschichtensystem zurückzuführen ist und wodurch die Arbeiter zu verschiedenen Zeiten im Betrieb sein mussten. Die Wohnungsgröße und die Anzahl der Personen pro Wohnung hingen stark vom Vermögen des Betriebes ab. Während die vietnamesischen Wohnheime in Lichtenhagen, die vom Rostocker Seehafen gestellt wurden, als sehr modern und komfortabel galten, gab es auch andere Wohnheime mit deutlich schlechteren Bedingungen:

„In andere Betrieben gab es nicht so was. Keine Wohnung sondern nur wie Baracke. (...) In eine Etage nur eine Küche. Ich habe in Süden besucht. Gibt in eine Küche ... gibt jede Zimmer 2-3 Personen und dann 20 Zimmer, gibt ungefähr 60 Leute in eine Küche“<sup>82</sup>

So berichtet auch Herr Bao D.V., dass sich bei ihm zu Hause in Rostock Toitenwinkel bis zu 16 Personen eine Wohnung und somit eine Küche und ein Bad teilen mussten.<sup>83</sup> Während die „normalen“ Vertragsarbeiter in den Wohnheimen auf mehr oder weniger engem Raum lebten, stand den jeweiligen Gruppenleitern und Dolmetschern durch die höher gestellten Aufgaben separater Wohnraum zu. Deren Einliegerwohnungen, mit Größen von bis zu 32 Quadratmetern, befanden sich oft in den gleichen Wohnheimen wie die Wohnungen der

---

<sup>80</sup> Vgl.: Marburger, S. 24.

<sup>81</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D.; zum Folgenden, ebenda.

<sup>82</sup> Interview Herr Long N.D..

<sup>83</sup> Vgl.: Interview Herr Bao D.V..

anderen Vertragsarbeiter.<sup>84</sup> Anhand dieser Ausführungen ist deutlich zu sehen, wie stark sich die Wohnsituationen der vietnamesischen Vertragsarbeiter voneinander unterschieden.

Ein generelles Problem vieler vietnamesischer Vertragsarbeiter in der DDR war, laut Herrn Vinh L.V., die Sprachbarriere, welche langfristig zu einer Abkapselung und Gruppenbildung führte. Deshalb pflegten nur wenige Vietnamesen Kontakte zu deutschen Bürgern und Arbeitskollegen. Zwischenmenschliche Beziehungen zwischen Vertragsarbeitern und Deutschen, vor allem zwischen Männern und Frauen, waren streng untersagt. Deshalb verbrachten viele Vietnamesen, wie schon erwähnt, ihre Freizeit in ihren Wohnungen beziehungsweise Wohnheimen. Doch gerade hier beschränkten sich die Freizeitangebote oft nur auf Tanzabende in den Klubräumen, Fernsehen und Lesen, soweit fremdsprachige Literatur und Filme vorhanden waren. Mangelndes Angebot an Sportstätten reduzierte die sportlichen Betätigungen meist auf Tischtennis.<sup>85</sup> Herr Long N.D. berichtet, dass in seinem Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen die Hauptbeschäftigung am Wochenende aus Geburtstagsfeiern bestand. Bei 500 Mitbewohnern ergab sich seiner Meinung nach sehr oft die Möglichkeit zum geselligen Beisammensein. Bei diesen Festen wurde bewusst auf eine deutsche Ausrichtung Wert gelegt. Die Vietnamesen wollten sie wie Deutsche ausrichten und stellten dabei ihre vietnamesischen Traditionen hinten an.<sup>86</sup> Interessant in den Aussagen von Herrn Long N.D. ist auch, dass auf diese Feste regelmäßig auch deutsche Arbeitskollegen eingeladen wurden. So lässt sich der nicht vorhandene Kontakt zwischen Deutschen und vietnamesischen Vertragsarbeitern, auf den auch Herr Vinh L.V. im Interview hingewiesen hat, nicht pauschalisieren, sondern muss immer individuell hinterfragt werden. Festzuhalten ist jedoch, dass sich viele Vietnamesen in Deutschland, auch noch nach mehrjährigem Aufenthalt, fremd fühlten. Abseits von der Heimat, in einem fremden Land, getrennt von der Familie, hatten viele von ihnen das Bedürfnis nach Vertrautheit und Bekanntem. In den Wohnheimen schufen sie sich deshalb, soweit dies möglich war, eine Parallelwelt.

Auf eine ganz andere Art und Weise opferten viele vietnamesische Vertragsarbeiter ihre Freizeit, um einer intensiven Handelstätigkeit nachzugehen, mit dem Zweck, ihre Familien in Vietnam zu versorgen und abzusichern: „Nach Einschätzung der Abteilung II der MfS<sup>87</sup>-Bezirksverwaltung Halle im September 1988 waren bis zu 50% der vietnamesischen Vertragsarbeiter in ungesteuerte nebenberufliche Tätigkeiten und in Spekulationen

---

<sup>84</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V.; zum Folgenden, ebenda.

<sup>85</sup> Vgl.: Muggenburg, S. 15.

<sup>86</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D..

<sup>87</sup> Abk.: Ministerium für Staatssicherheit.

verwickelt“.<sup>88</sup> Die Wohnheime der Vietnamesen wurden hierbei nicht selten in Werkstätten für die Herstellung von Jeans, Hemden und anderen Kleidungsstücken umfunktioniert. Die Arbeiter bildeten unter anderem komplexe Netzwerke und interne Austauschsysteme, um DDR-Bürger mit Textilien zu versorgen. Mit diesen Aktivitäten bewegten sie sich am Rande der Legalität, doch wussten sie gekonnt die Lücken der DDR-Mangelwirtschaft zu schließen und zu ihren Gunsten zu nutzen. Um der Produktivität der Vietnamesen entgegenzuwirken, wurden mitunter Nähverbote ausgesprochen, die von den Arbeitern jedoch zu umgehen gewusst wurden. So schafften sie es, sich eine durchaus lukrative Einnahmequelle auszubauen, wie die Meinung eines DDR-Bürgers laut der Kreisdienststelle des MfS Riesa bestätigt: „Die Vietnamesen sind besser und schneller wie unsere Dienstleistungsbetriebe. Dort muss man Glück haben, ehe man einen Termin bekommt und dann wartet man noch wochenlang“.<sup>89</sup> Nicht selten verdienten die vietnamesischen Vertragsarbeiter bei ihrer Nebentätigkeit mehr als in den Betrieben. Dies wirkte sich auf die Arbeitsmoral der Arbeiter aus, was sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Betriebsleitungen negativ auffiel: „Die vietnamesischen Arbeitskräfte verursachen Fehlschichten und lassen sich krankschreiben, nur um Hosen nähen zu können. Wir würden auch nicht mehr arbeiten, wenn wir mit Hosennähen Hunderttausende verdienen würden.“<sup>90</sup> Natürlich war diese Entwicklung nicht im Sinne der DDR-Behörden, doch sämtliche Versuche, etwas gegen die rege Freizeitbeschäftigung vietnamesischer Vertragsarbeiter zu unternehmen, schlugen fehl.

---

<sup>88</sup> Dennis, S. 25; zum Folgenden, ebenda, S. 26.

<sup>89</sup> Zit. nach: Information über Verhaltensweisen vietnamesischer Arbeitskräfte im VEB-Stahl- und Walzwerk Görlitz, in: Riesa, 20.05.1986, BStU, Außenstelle Dresden, AKG, Pi, 128/86, Bl.8; Dennis, Fußnote, S.26.

<sup>90</sup> Feige, S. 47.

## 2. Integration und Ausländerfeindlichkeit in der DDR

---

### 2.1 Das Arbeitsleben in den Betrieben

In den Betrieben blieben die Vertragsarbeiter meist auf der unteren Stufe der Beschäftigungshierarchie. Diese niedrigere Einstufung wurde mit ihrer geringeren Berufsqualifikation im Gegensatz zu den deutschen Arbeitern gerechtfertigt. Darüber hinaus waren viele Vertragsarbeiter bis zum Ende ihres DDR-Aufenthaltes nicht in der Lage ihre Lehrgänge abzuschließen oder Schlüsselqualifikationen zu erlangen.<sup>91</sup> Die niedrigen Tätigkeiten, die von den ausländischen Arbeitern ausgeführt wurden, wurden sehr oft durch die Auszahlung diverser Lohnprämien aufgewertet. Deshalb nahmen viele von ihnen die oft gesundheitsgefährdenden und risikoreichen Arbeiten in Kauf, da sie dafür gut entlohnt wurden. Während den Vertragsarbeitern in den 60er und 70er Jahren per Vertrag noch eine Ausbildung garantiert wurde, kamen sie ab den 80er Jahren ausschließlich zum Arbeiten in die DDR. Darüber hinaus setzte man sie bis zu den 80er Jahren noch in denjenigen Arbeitsfeldern ein, in denen sie später auch in ihren Heimatländern wieder arbeiten sollten. Auch dies änderte sich ab den 80er Jahren und die ausländischen Arbeitskräfte wurden fortan ausschließlich in Bereichen eingesetzt, in denen akuter Arbeitsmangel bestand.

Generell spielten Vorqualifikationen der ausländischen Arbeiter keine Rolle. Nur in einzelnen Fällen wurden Vertragsarbeiter in solchen Berufssparten eingesetzt, in denen sie schon in Vietnam gearbeitet hatten. Anhand der für diese Magisterarbeit befragten Vietnamesen wird schnell ersichtlich, dass Vorqualifikationen für die Arbeit in den DDR-Betrieben sehr oft nicht notwendig waren. Herr Thai V.D. arbeitete vor seiner Einreise in die DDR als Kraftfahrer in Vietnam. Nach der Einreise 1984 stellte man ihn als Fließbandarbeiter im Rostocker Chemiehafen an. Dort arbeitete er bis 1987, um dann im Fährhafen Sassnitz Mukran an einer Umschulung zum Kranfahrer teilzunehmen.<sup>92</sup> Auch Frau Nguyen T.B.T., Warenzählerin aus der vietnamesischen Hafenstadt Hải Phòng, arbeitete nach ihrer Ankunft 1984 als Köchin in der Hansestadt Rostock.<sup>93</sup> Ebenso wurde Herr Bao D.V., der hauptberuflich in der vietnamesischen Armee tätig gewesen war, in Rostock bei der

---

<sup>91</sup> Vgl.: Dennis, S. 32; zum Folgenden, ebenda, S. 33 f.

<sup>92</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D..

<sup>93</sup> Vgl.: Gesprächsrunde Diên Hồng e.V..

Deutschen Reichsbahn als Gleisbauer eingesetzt. Im Interview mit Herrn Bao D.V. wurde deutlich, dass er ausschließlich zum Arbeiten und nicht für Ausbildungszwecke in die DDR gekommen war. Die Arbeit als Gleisbauer beschreibt er als eine körperlich sehr anstrengende Tätigkeit, die bei jedem Wetter verrichtet werden musste. Für ihn als Vietnamesen, der andere Temperaturen gewohnt war, stellte sich diese Arbeit deshalb gerade im Winter als sehr mühsam und kräftezehrend dar. Auch die Kontakte zu deutschen Arbeitskollegen bezeichnen die Befragten als eher gering. Durch die harte Arbeit blieb häufig keine Zeit für Konversationen. Herr Bao D.V. betont, dass sie somit auch bei der Arbeit ihre Deutschkenntnisse nicht verbessern konnten und bei sämtlichen Problemen immer erst ein Dolmetscher anreisen musste.<sup>94</sup> Für gewöhnlich wurden die vietnamesischen Arbeiter zu Schichtbeginn um acht Uhr morgens in Gruppen aufgeteilt und an ihre jeweiligen Arbeitsorte geschickt. Die Gruppengröße belief sich pro Schicht auf rund 10 Personen und die Gruppen bestanden hauptsächlich aus vietnamesischen Arbeitern. Kontakte zu deutschen Arbeitern konnten somit von vornherein überhaupt nicht stattfinden. Die Dolmetscher vermittelten den Arbeitern die zu verrichtenden Aufgaben.

Generell lässt sich feststellen, dass die Arbeitsrealitäten dieser drei beispielhaft vorgestellten vietnamesischen Vertragsarbeiter wohl auf einen Großteil der eingereisten Vietnamesen in der DDR zutrafen: Die zu leistende Arbeit in den Betrieben beschränkte sich auf monotone und/oder körperliche Schwerstarbeit und hatte keinerlei Verbindung zu den persönlichen Qualifikationen der Vietnamesen.

Zwar waren die ausländischen Vertragsarbeiter arbeitsrechtlich den DDR-Bürgern gleichgestellt, da für beide Gruppen das Arbeitsgesetzbuch der DDR die Grundlage bildete, doch mangelte es seitens des FDGB an engagierter Interessenvertretung und Unterstützung der Vertragsarbeitnehmer.<sup>95</sup> Neben der belastenden Arbeit mussten sie auch Benachteiligungen am Arbeitsplatz hinnehmen. Mangels ausreichender Qualifikation arbeiteten sie oft an älteren Maschinen, die ein höheres Maß an körperlicher Arbeit abverlangten und ein größeres Gesundheitsrisiko bargen.<sup>96</sup> Für Ausländer herrschte mitunter auch ein strengeres Pausenregime, was sich in kürzeren Raucher- oder Kaffeepausen für sie niederschlug. Ein Problem, mit dem sich vor allem vietnamesische Arbeiter konfrontiert sahen, waren die auf deutsche Arbeiter ausgerichteten Maschinen. Für die gewöhnlich körperlich kleineren Vietnamesen führte dies oft zu Erschwernissen bei der Bedienung der

---

<sup>94</sup> Vgl.: Interview Herr Bao D.V.; zum Folgenden, ebenda.

<sup>95</sup> Vgl.: Müggenburg, S. 16.

<sup>96</sup> Vgl.: Ebenda.

Anlagen. Trotzdem galten vor allem die vietnamesischen Arbeitskräfte aus der Sicht des Staatssekretariats als außerordentlich produktiv:

„Die vietnamesischen Werk tätigen kommen mit einer hohen Disziplin und Arbeitsmoral in die Betriebe. Sie nutzen ihre Arbeitszeit voll aus, arbeiten mit großer Intensität und sind zu einem großen Teil auf Grund ihrer Qualifikation in der Lage, nach einer relativ kurzen Einarbeitungszeit die Leistungskennziffer zu erreichen und zu überbieten.“<sup>97</sup>

Neben den Vertragsarbeitern, die als Schichtarbeiter in den Betrieben arbeiteten, gab es noch eine kleine Gruppe privilegierter Vertragsarbeiter, die bevorzugt als Gruppenleiter oder Dolmetscher fungierten. Zu dieser zweiten Gruppe gehörten Herr Long N.D. und Herr Vinh L.V.. Herr Long N.D. hatte vor seiner Einreise bereits in Vietnam ein vierjähriges Studium der Germanistik abgeschlossen.<sup>98</sup> Durch diese Vorkenntnisse in Deutsch konnte er nach seiner Einreise 1984 sofort als Dolmetscher im Seehafen Rostock und als Gruppenleiter eines Wohnheims in Rostock-Lichtenhagen anfangen. Die Vertragsarbeiter wurden je nach Betrieb in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Diesen Gruppen wurde ein Gruppenleiter, ein stellvertretender Gruppenleiter und 2 bis 4 Dolmetscher zugeteilt. Die Aufgabenbereiche von Herrn Long N.D. als Gruppenleiter beschränkten sich hierbei fast ausschließlich auf die Arbeit im Wohnheim. Nur bei Notfällen konnte auch er als Dolmetscher an andere Orte beordert werden. Die Arbeit im Wohnheim beschreibt er als sehr anspruchsvoll. Zu seinen Aufgaben gehörten die Wohnungsvergabe, die Betriebszuordnung der jeweiligen Arbeiter, die Postdienste und die Jugendleitung. Darüber hinaus war Herr Long N.D. der Gewerkschaftsvorsitzende der vietnamesischen Arbeiter in Rostock, der Warenausfuhrbeauftragte aller Hausbewohner für deren Sendungen in die Heimat und der Ansprechpartner für das Zollamt und die vietnamesische Botschaft. Als Gewerkschaftsmitglied und als Mitglied der FDJ, der Freien Deutschen Jugend, genoss Herr Long N.D. gewisse Privilegien. Durch Reisen nach Tschechien und Polen, sowie überregional stattfindende Gewerkschaftstreffen bekam Herr Long N.D. Freiheiten, die nur wenigen Vertragsarbeitern zu Teil wurden.

Auf Umwegen gelang es Herrn Vinh L.V. sich eine gehobene Position als Vertragsarbeiter zu erarbeiten. Nachdem er 1976 in die DDR eingereist war, begann er eine Berufsausbildung als Pressmaschinenbauer im Kombinat Erfurt.<sup>99</sup> Ziel seines DDR-Aufenthaltes war es, eine Ausbildung zu absolvieren um später nach Vietnam zurückzukehren, um dort als Fachkraft

---

<sup>97</sup> Dennis, S. 33.

<sup>98</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D.; zum Folgenden, ebenda.

<sup>99</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V.; zum Folgenden, ebenda.

eingesetzt werden zu können. Nach dieser dreijährigen Ausbildung bekamen die besten Absolventen, darunter Herr Vinh L.V., ein weiterführendes Studium angeboten. Daraufhin begann er ein dreijähriges Ingenieursstudium in Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz. Ab 1982 arbeitete er schließlich als Ingenieur im Kombinat Erfurt und zusätzlich als Dolmetscher für neue, unerfahrene vietnamesische Vertragsarbeiter. Nach Ablauf seines Arbeitsvertrages musste Herr Vinh wieder zurück nach Vietnam, wurde jedoch schon 1988 erneut in die DDR geschickt, dieses Mal als Gruppenleiter einer 30 Personen umfassenden Gruppe in der Neptunwerft des Schiffbaukombinats Seehafen Rostock. Normalerweise war es nicht vorgesehen, ehemalige Vertragsarbeiter erneut in die DDR zu senden. Mitte und Ende der 80er Jahre benötigte die vietnamesische Regierung aufgrund der massenhaften Anwerbungen jedoch erfahrene Arbeiter, die als Gruppenleiter in der DDR funktionieren würden. Als Gruppenleiter übernahm Herr Vinh L.V., wie Herr Long N.D., nun koordinative Tätigkeiten abseits des eigentlichen Betriebsalltags. Herr Vinh L.V. bekam eine Eigentumswohnung gestellt, war Mitglied der FDJ und leitender Funktionär des vietnamesischen Verbandes.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass große Teile der vietnamesischen Vertragsarbeiter als günstige Arbeitskräfte für niedere Tätigkeiten in der DDR eingesetzt wurden und am Arbeitsplatz oft unter starken psychischen und körperlichen Belastungen litten: die tägliche, oft monotone Arbeit im Schichtsystem, der Druck der Normerfüllung sowie die stark begrenzte Freizeit machten vielen Vertragsarbeitern zu schaffen. Doch das Verlangen nach einem guten Verdienst, um später in der Heimat besser dazustehen, bildete für viele einen unermüdlichen Antrieb. Nur sehr wenige Vertragsarbeiter kamen in den Genuss in höher gestellten Positionen zu arbeiten.

## 2.2 Der Alltag und die reale Lebenssituation der Vertragsarbeiter

Die gezielte Isolierung und die vorherrschende Desinformationspolitik über den Aufenthalt ausländischer Werkträger in der DDR erschwerten die Bedingungen für einen vorurteilsfreien Kontakt zwischen DDR-Bürgern und ausländischen Vertragsarbeitern auf der Basis von Vertrautheit, Respekt, Toleranz und Freundschaft. Die DDR-Regierung vermied eine Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf den Aufenthalt ausländischer Arbeitskräfte in der DDR, um zu verschleiern, „dass die Vertragsarbeitnehmer aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten der DDR ins Land geholt“ worden waren.<sup>100</sup> Es war gerade diese Desinformationspolitik seitens der Regierung, die zu einer großen Unkenntnis über die tatsächlichen Lebensbedingungen der ausländischen Werkträger führte. Dies förderte nicht nur das Entstehen von Gerüchten und Vorurteilen gegenüber Ausländern, sondern prägte auch ein auf Ablehnung und Distanzierung basierendes Verhältnis. Die Regierungsabkommen unterlagen bis kurz vor der politischen Wende strikter Geheimhaltung und Daten in Bezug auf die Vertragsarbeitnehmer durften nicht veröffentlicht werden. Arbeitermigration wurde als Ausbildungswanderung verharmlost und wissenschaftliche Forschungsprojekte über die Lebenssituation von Ausländern in der DDR nicht genehmigt. Wissenschaftliche Mitarbeiter in Universitäten und Betrieben mussten sich schriftlich dazu verpflichten, jegliche Kontakte zu Ausländern zu meiden und umgehend zu melden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass im Jahr der deutschen Wiedervereinigung rund 60 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung angaben, keinen persönlichen Kontakt zu Ausländern gehabt zu haben, beziehungsweise wenig über diese zu wissen. So verbrachten zwei von drei Ausländern ihre Freizeit unter sich, ohne Deutsche. Paradoxe Weise standen diese Bedingungen in komplettem Widerspruch zu den, laut Regierungsabkommen versprochenen, Möglichkeiten der kulturellen, sportlichen und sozialen Weiterbildung der Vertragsarbeiter durch die Betriebe.

In der Anfangsphase der Ausländerbeschäftigung gab es noch Versuche, die ausländischen Arbeitskräfte durch ein Patenprogramm in Gastfamilien einzugliedern, um ihnen so ein „Gefühl der Heimat zu vermitteln“. Diese Art der Integration brachen staatliche Stellen jedoch mit der rapide ansteigenden Zahl an Vertragsarbeitern ab.<sup>101</sup> Auszüge aus Erfahrungsberichten verdeutlichen diese Situation, ein ehemaliger Personalleiter eines DDR-Betriebes erinnert sich:

---

<sup>100</sup> Müggenburg, S. 24; zum Folgenden, ebenda, S. 24.

<sup>101</sup> Vgl.: Dennis, S. 37.

„Wir hatten uns (...) vorgenommen, dass zum Weihnachtsfest ein Vietnameser mit nach Hause genommen wurde, um ein bisschen zu feiern, ein bisschen Familienanschluss. Das wurde von der Botschaft nicht gestattet. Sie mussten im Wohnheim bleiben (...). So war es auch zu Ostern oder sonst zu deutschen Feiertagen“.<sup>102</sup>

Es gab weitere Bemühungen, um Kontakte zu ausländischen Arbeitern aufzunehmen. Vor allem suchten die Kirchen nach inoffiziellen Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme und Integration. So entstand beispielsweise das Mitte der 80er Jahre unter kirchlicher Führung gegründete Kommunikationscafé „Cabana“ in Ost-Berlin, das zu mehr Toleranz gegenüber ausländischen Vertragsarbeitern aufrief und einen Begegnungsort für den interkulturellen Austausch bildete. Diese und ähnliche Institutionen wurden zwar vom Staat geduldet, jedoch trafen sie beim Rat des Stadtbezirks auf „äußerstes Mißfallen“.<sup>103</sup>

Persönlich tiefergehende Kontakte oder sogar Eheschließungen zwischen ausländischen Arbeitern und DDR-Bürgern wurden generell vom Staat erschwert oder, wenn möglich, verhindert. DDR-Bürger durften zwar Anträge zur Eheschließung mit einem Ausländer stellen, doch wurden diese nicht immer angenommen: „Die Bearbeitungszeit dauerte in der Regel sehr lange und entband den Ausländer nicht davon, falls sein Vertrag zwischenzeitlich auslief, auszureisen.“<sup>104</sup> Ein wichtiger und sehr bemerkenswerter Punkt im Zusammenhang zur Behandlung der Vertragsarbeiterinnen in der DDR war die Vereinbarung über die *Verfahrensweise bei Schwangerschaft (...) werktätiger Frauen in der DDR*.<sup>105</sup> Im Fall einer Schwangerschaft blieben den Vertragsarbeiterinnen nicht viele Möglichkeiten. Entweder sie entschieden sich für eine kostenfreie Abtreibung oder sie mussten die vorzeitige Heimreise antreten. Die Begründung hierfür war, es liege „nicht im ökonomischen Interesse der DDR, dass weibliche ausländische Werkstätige in der Zeit der produktiven Arbeit und Qualifizierung (...) Kinder zur Welt bringen“.<sup>106</sup> Bis 1990 sollen jährlich rund 300 vietnamesische Frauen aufgrund von Schwangerschaft die DDR verlassen haben.<sup>107</sup> Doch die Heimreise schwangerer Frauen brachte nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten mit sich, da die meisten Vertragsländer der DDR voreheliche Schwangerschaften ächteten. Eheschließungen von Vertragsarbeitern untereinander wurden jedoch geduldet. So berichtet Frau Nguyen T.B.T.,

---

<sup>102</sup> Dennis, S. 37.

<sup>103</sup> Vgl.: Müggenburg, S. 25.

<sup>104</sup> Sextro, S. 41.

<sup>105</sup> Vgl.: Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): *Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR*, Münster 1991, S. 204.

<sup>106</sup> Feige, S. 50.

<sup>107</sup> Vgl.: Sextro, S. 36.

dass sie ihren heutigen Ehemann, der ebenfalls vietnamesischer Vertragsarbeiter war, noch vor der Wende in der DDR heiraten durfte.<sup>108</sup>

Das Alltagsleben der vietnamesischen Vertragsarbeiter bestand somit fast ausschließlich aus Arbeit und den begrenzten Freizeitmöglichkeiten in den Wohnheimen. Herr Long N.D. bezeichnet das Leben in der DDR, so weit entfernt von der Heimat, als „langweilig“. Die Arbeiter versuchten, sich zumindest in den Wohnheimen, wie schon beschrieben, durch Feiern eine willkommene Abwechslung zu schaffen.<sup>109</sup> Wie Herr Bao D.V. ergänzt, beliefen sich die einzigen Kontakte vieler Vertragsarbeiter außerhalb des Betriebes und der Wohnheime im Alltag auf kurze Begegnungen mit Ostdeutschen in den Supermärkten.<sup>110</sup> Auch gestaltete sich der Kontakt der Vertragsarbeiter zu ihren Familien in der Heimat schwieriger als gedacht. Ein Telefonanschluss war bis in die 80er Jahre hinein in vietnamesischen Haushalten eine Seltenheit. Somit blieb ihnen einzig der Postweg, um Kontakte in die Heimat zu pflegen. Laut Herrn Vinh war diese Art der Kontaktaufnahme jedoch alles andere als einfach. Ein Brief benötigte unter den damaligen Bedingungen im besten Falle rund einen Monat, bis er in Vietnam ankam, und ebenso einen Monat, um von Vietnam in die DDR zu gelangen. So warteten die Vertragsarbeiter mitunter bis zu 2 Monate, bis sie Antworten auf ihre Nachrichten erhielten. Frau Nguyen T.B.T. berichtet, dass sie erst einen Monat nach dem Tod ihrer Mutter eine Nachricht erhielt und keine Möglichkeiten mehr hatte an der Beerdigung teilzunehmen.<sup>111</sup>

Bei der genaueren Untersuchung der Lebens- und Alltagsstrukturen vietnamesischer Vertragsarbeiter ist es unerlässlich, ihre reale Lebenssituation zu analysieren. Betrachtet man die wissenschaftlichen Arbeiten zum Themenkomplex „Wohnsituation und Lebensbedingungen“ der ausländischen Vertragsarbeiter in der DDR und vergleicht diese mit den Resultaten aus den Interviews, ergeben sich unweigerlich Differenzen. Die Unterbringung und die Arbeitsbedingungen, unter denen die Vertragsarbeiter in der DDR lebten beziehungsweise arbeiteten, wurden unweigerlich als unmenschlich und entwürdigend bezeichnet und ausgelegt. Bei der Befragung der für diese Arbeit interviewten ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter ergaben sich insofern Differenzen, dass die Vertragsarbeiter ihre eigenen Lebensumstände in der DDR subjektiv besser und selbst nicht so negativ beurteilten. Die Mehrzahl der befragten Vietnamesen schilderte ihre Erlebnisse in der DDR

---

<sup>108</sup> Vgl.: Gesprächsrunde Diên Hồng e.V..

<sup>109</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D..

<sup>110</sup> Vgl.: Interview Herr Bao D.V..

<sup>111</sup> Vgl.: Gesprächsrunde Diên Hồng e.V..

als durchweg positiv, da sich ihre Lebensumstände, im Vergleich zu Vietnam, erheblich verbessert hatten. Darüber hinaus befanden sie sich in einem garantierten Arbeitsverhältnis und schufen sich selbst zusätzliche Möglichkeiten, ihr Arbeitseinkommen zu ergänzen.<sup>112</sup> Für die meisten Vietnamesen bot das Leben in der DDR die einmalige Chance, aus der Armut des Heimatlandes auszubrechen. Deshalb übte die DDR mit dem für Vietnamesen hohen Lebensstandard und den unbegrenzten Lernmöglichkeiten, die sie in Vietnam nicht hatten, eine unglaubliche Faszination auf sie aus:

„Ich bin jung. Ich will Europa sehen. Ich hatte im Film gesehen. Das ist faszinierend. Egal was ich mache, im Hafen [Rostocker Seehafen] freue ich mich. Ich bin davon überzeugt, wenn ich in Europa bin habe ich die Möglichkeit was zu lernen (...) und die Welt kennen[zu]lernen.“<sup>113</sup>

In den Gesprächen wurde ersichtlich, dass die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter nur sehr selten negativ über das Leben in der DDR sprechen. Dieses gab ihnen Sicherheit, einen gewissen Grad an Organisation und natürlich einen, für vietnamesische Verhältnisse, guten Lohn. Während die Vertragsarbeiter in der DDR zwischen 700 und 1000 DDR-Mark im Monat verdienten, belief sich das vietnamesische Monatseinkommen umgerechnet auf nur rund 10 DDR-Mark oder weniger.<sup>114</sup> Diese Sicherheit konnte ihnen in Vietnam niemand bieten und viele der ausländischen Arbeiter lernten dies im Laufe der Zeit zu schätzen. Doch auch wenn die reale Lebenssituation von den Vietnamesen in der DDR im Vergleich zum Leben in Vietnam besser aufgenommen wurde, täuscht nichts über die Tatsache hinweg, dass die Vertragsarbeiter in der DDR als eine Minderheit behandelt und ausgegrenzt wurden.

---

<sup>112</sup> Vgl.: Dennis, S. 37.

<sup>113</sup> Interview Herr Thai V.D..

<sup>114</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D..

## 2.3 Sprachliche, soziale und kulturelle Differenzen

Eines der größten Probleme der Vietnamesen in der DDR war, wie schon erwähnt, die Sprachbarriere. Der obligatorische Sprachkurs nach ihrer Einreise fiel meist sehr spärlich aus. Der 3 monatige Intensivsprachkurs war oft die einzige Möglichkeit, die Deutsche Sprache zu erlernen. Herr Thai V.D. berichtet, dass für aufgeschlossene und lernwillige Vertragsarbeiter Büchermaterial zum Selbststudium der deutschen Sprache angeboten wurde. Die ausländischen Arbeiter konnten so ihre Freizeit nutzen, um sich sprachlich fortzubilden. Dies taten jedoch seiner Meinung nicht allzu viele, sondern nur diejenigen, die wirklich Interesse an der Fremdsprache hatten.<sup>115</sup> Wer etwas Deutsch sprechen konnte, hatte nach der Meinung von Herrn Thai V.D. auch weniger Schwierigkeiten Kontakte zu deutschen Arbeitskollegen herzustellen. Viele vietnamesische Vertragsarbeiter hatten jedoch nicht das Bedürfnis Deutsch zu lernen. Für Herrn Bao D.V. war die Motivation dazu dadurch nicht vorhanden, weil er die Sprache zum Arbeiten nicht essentiell benötigte. Er betont jedoch, dass er schon früh sehr gut Deutsch verstanden hatte. Das war wichtig, um den Anweisungen der Gruppenleiter Folge leisten zu können.<sup>116</sup> Es waren deshalb vor allem die sprachlichen Defizite, welche die Vertragsarbeiter an den Rand der DDR-Gesellschaft drängten. Nicht selten wurden sie aufgrund sprachlicher Mängel am Arbeitsplatz benachteiligt. Diese Benachteiligung war sogar von Staats wegen legitimiert und in den Rahmenbedingungen der Verträge festgehalten: „(...) In den Rahmenverträgen (...) wurde festgelegt, daß die Werktätigen nicht mit Arbeiten beschäftigt werden [durften], für deren sichere Ausführung sie nicht die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache [besaßen]“.<sup>117</sup>

Doch auch andere interkulturelle Unterschiede bereiteten den ausländischen Werktätigen in der DDR Schwierigkeiten. Die Umstellung auf die deutsche Ernährung brachte für viele Ausländer Probleme mit sich. Die meisten Vietnamesen mussten sich an das deutsche Essen erst gewöhnen und viele klagten über Magenbeschwerden, Krankheiten oder Mangelerscheinungen.<sup>118</sup> Die Gewöhnung an das Kantinenessen in den Betrieben fiel den vietnamesischen Vertragsarbeitern schwer, vor allem deswegen, weil in Deutschland die Hauptmahlzeit des Tages mittags und in Vietnam traditionell abends eingenommen wird.<sup>119</sup>

---

<sup>115</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D..

<sup>116</sup> Vgl.: Interview Herr Bao D.V..

<sup>117</sup> Jasper, S. 177.

<sup>118</sup> Vgl.: Beth, Uta und Anja Tuckermann: Geschichte, Arbeit und Alltag vietnamesischer Migrant\_innen, in: Kien Nghi Ha (Hrsg.): Asiatische Deutsche. Vietnamesische Diaspora and Beyond, Berlin 2012, S. 108.

<sup>119</sup> Vgl.: Feige, S. 46; zum Folgenden, ebenda.

Die abwechslungsarme Auswahl an Obst und Gemüse machte den Vietnamesen obendrein zu schaffen. Um dem entgegenzuwirken, kochten die Vietnamesen für gewöhnlich gemeinsam unter sich in den Wohnheimen, wo sie täglich aus Weißkohl oder Chinakohl sowie, falls vorhanden, Geflügel, Schweinebauch, Rindfleisch und Eiern ihre eigenen Mahlzeiten zubereiteten. In einigen Gegenden pflegten Vietnamesen sogar Verbindungen zu Bauern, um so einfacher und günstiger an frisches Geflügel, Eier oder Schweinefleisch zu gelangen. Typische vietnamesische Nudelsuppen wurden aus Spaghetti oder DDR-Makkaroni gekocht. Ihre improvisierten Mahlzeiten ergänzten sie durch vietnamesische, auf privatem Weg bezogene Lebensmittel.

Die vietnamesischen Vertragsarbeiter legten auch in der DDR großen Wert auf das Festhalten an Traditionen. Traditionelle Feiertage, wie Nationalfeiertage oder Mitherbstfeste, wurden auch in der DDR ausgerichtet und gefeiert.<sup>120</sup> Eine Vielzahl der Vietnamesen hatte das Bedürfnis ihren Gruppenzusammenhalt und ihre Heimatgefühle auch in der Fremde zu pflegen. Herr Thai V.D. betont, dass sie auch bewusst neue, deutsche Kulturelemente in diese Feiern integrierten. Einerseits, um sich an die deutschen Gepflogenheiten anzupassen, andererseits, um sich in der DDR heimischer zu fühlen.<sup>121</sup>

Eine unerwartet geringe Rolle spielte die Religiosität im Leben der Vietnamesen. Von den für diese Arbeit befragten Vietnamesen bezeichneten sich alle als religionslos. Herr Thai V.D. erklärt, dass die typische Vorstellung des „buddhistischen Vietnamesen“ nicht mehr auf seine Generation, sondern eher auf die Generation seiner Mutter und Großmutter zutraf. Darüber hinaus spiele Religion in kommunistischen Systemen generell eine geringfügige Rolle. Religionsbedingte kulturelle Unterschiede existierten bei vietnamesischen Arbeitern deshalb in der DDR nicht. Fast alle Vietnamesen pflegten jedoch, unabhängig von religiösen Motiven, traditionelle Bräuche, die sie auch in Deutschland weiterführten. Herr Thai V.D. verweist hier auf den Hausaltar, der, seiner Meinung nach, in keinem vietnamesischen Haushalt fehlen dürfe. Bei diesem Altar handelt es sich um einen prunkvoll geschmückten Schrein, der zum Gedenken der Toten genutzt wird und am Todestag eines Bekannten, Verwandten oder Familienmitgliedes mit Kerzen, Räucherstäbchen und frischem Obst bestückt wird.

Es ist zu erkennen, dass sich die vietnamesischen Vertragsarbeiter in der DDR, trotz der kulturellen und sozialen Unterschiede, auf ihre eigene Art und Weise gut zu Recht fanden. Eine starke Gruppenbildung und Abkapselung zur deutschen Gesellschaft ist dennoch zu

---

<sup>120</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

<sup>121</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D.; zum Folgenden, ebenda.

verzeichnen und auf die sprachliche und räumliche Distanzierung zurückzuführen. Schon die getrennte Unterbringung in separaten Wohnheimen förderte eine interne Gruppendynamik der Vietnamesen. In den Augen von Herrn Thai V.D., hatten die meisten Vietnamesen jedoch keine Probleme, sich im Alltagsleben der DDR zu behaupten. Für ihn zeichnen sich Vietnamesen durch ihre enorme Anpassungsfähigkeit aus, was ihnen ermöglicht, sich auch unter schwierigen Umständen gut zurechtzufinden.

## 2.4 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Zu Beginn dieses Kapitels ist es wichtig, die verwendeten Begrifflichkeiten zu definieren. Der Begriff „Rechtsextremismus“ muss hier im Zusammenhang mit organisierter Fremdenfeindlichkeit aus nationalsozialistischen und politischen Motiven heraus gesehen werden. Darüber hinaus beinhaltet der Begriff Rechtsextremismus Positionen wie: übersteigerten Nationalismus, vorurteilsgeprägte rassistische Anschauungen, Intoleranz, Unfähigkeit zum Kompromiss in politischen und sozialen Auseinandersetzungen, Militarismus und Soldatentum, Verherrlichung des nationalsozialistischen Faschismus, Negierung und Verharmlosung des Holocaust und latente oder offene Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele. Sowohl individueller als auch organisierter Rechtsextremismus wird daher als Ausdruck einer komplexen vorurteilsgeprägten Ideologie zur Propagierung und Durchsetzung inhumaner und undemokratischer Ziele verstanden. Diese Begriffsbestimmung von Rechtsextremismus deckt auch die Zusammenhänge ab, die im vopolitischen Raum als Merkmale für den Rechtsextremismus durch und von Jugendlichen angesehen werden müssen.<sup>122</sup> Der Begriff „Faschismus“ und die damit verbundene Problematik gehen auf die Entstehung und die Entwicklung faschistischer Regime in Deutschland, Italien und Spanien nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Die wichtigsten Merkmale des Hitlerfaschismus sind: 1. Bündnis zwischen einer aufsteigenden Elite und Teilen der traditionellen Macht- und Funktionselite. 2. Der politische Bereich wird parallel von Partei- und Staatsapparaten wahrgenommen, wodurch die Grenzen des staatlichen Gewaltmonopols verwischt werden. 3. Terroristische Unterdrückung jeder Art von Opposition und Umwandlung der demokratischen Abläufe. 4. Faschistische Massenbewegung und integrierte Terrororgane. 5. Rassistische, beziehungsweise antisemitische Ausgrenzungs- und Vernichtungsideologie.<sup>123</sup> Der Begriff „Faschismus“ bezieht sich auf die gesellschaftliche Mitte, aus der sich diese Strömungen entwickelten und in denen sie auch die größten Wirkungen hatten: „Er hebt sich damit vom Begriff „Rechtsextremismus“ insofern ab, da er darauf verzichtet, die Verortung der Ursachen allein extremistischen Randlagen zuzuschreiben.“<sup>124</sup> Die Definition des Begriffes „Faschismus“ ist insofern wichtig, da sich die

---

<sup>122</sup> Vgl.: Waibel, Harry: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Neofaschistische, antisemitische und xenophobische Einstellungen und Gewalttaten von Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der DDR-spezifischen historischen, politischen und ideologischen Bedingungen und Ursachen, Berlin 1995, S. 6 f.

<sup>123</sup> Vgl.: Ebenda, S. 7; zum Folgenden, ebenda.

<sup>124</sup> Ebenda, S. 7.

DDR klar von ihm distanzierte und sich von Beginn an als „antifaschistischer Staat“ definierte. Die Bewegung des „Neofaschismus“, die sich aus dem Rechtsextremismus entwickelte, ist so zu definieren, dass bei ihr deutliche Anzeichen für eine politische Orientierung auf den deutschen Faschismus festzustellen sind. Neofaschistische und rassistische Taten von ostdeutschen Jugendlichen, auf die im Folgenden eingegangen wird, wurden in der DDR als Ausprägungen eines vorpolitischen Bewusstseins begriffen. Die hier gelieferten Definitionen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen in gewissem Rahmen die Begriffsbestimmungen klären, auf die sich das folgende Kapitel bezieht.

Zu Beginn soll ein Einblick in fremdenfeindliche Motive der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber den ausländischen Vertragsarbeitern im Alltag gegeben werden. Anschließend wird ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung rechtsextremistischer Handlungsweisen und fremdenfeindlichen Verhaltens in der DDR, unter Berücksichtigung von DDR-spezifischen politischen, historischen und ideologischen Bedingungen gegeben. Im Anschluss daran werden beispielhaft rechtsextreme Einstellungen und Gruppierungen unter ostdeutschen Jugendlichen in der DDR analysiert.

Obwohl die ausländischen Arbeitnehmer durch die gezielte soziale Isolation weitgehend von der ostdeutschen Bevölkerung getrennt lebten, wurden sie trotzdem Zielscheibe von Beschimpfungen und Hass.<sup>125</sup> Da die DDR-Volkswirtschaft keinen Arbeitskräftemangel zu verzeichnen hatte, wirkte sich die Ausländerfeindlichkeit hier in anderem Maße aus. Mike Dennis bezeichnet die Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland, die sich vor allem gegen Vietnamesen richtete, als eine Art „sozio-ökonomischen Chauvinismus“, den er auf die DDR-Mangelwirtschaft zurückzuführen. Denn, obwohl die ausländischen Vertragsarbeitnehmer nahezu ausschließlich in die DDR geholt worden waren, um als günstige Arbeitskräfte die DDR-Wirtschaft zu unterstützen, wurden sie im Umkehrschluss paradoxerweise für Versorgungsengpässe und den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht: „Nach Meinung jedes zweiten Befragten DDR-Bürgers hatten sie (...) als „Aufkäufer“ und „Allesfresser“ durch ihr „Hamstern“ die schlechte Versorgungslage in der (...) DDR mit zu verantworten“.<sup>126</sup>

In diesem Zusammenhang muss - in einem kurzen Exkurs - erwähnt werden, dass vietnamesische Vertragsarbeiter vorwiegend an Warentransfers in ihre Heimat interessiert

---

<sup>125</sup> Vgl.: Dennis, S. 40; zum Folgenden, ebenda.

<sup>126</sup> Müggenburg, S. 23.

waren, da sie bei Lohntransfers für gewöhnlich mit Verlusten durch Umrechnung in die Landeswährung, durch Inflation und bürokratische Aufwände zu rechnen hatten. Der Warentransfer nach Vietnam unterlag strikten Regelungen, denn viele Waren aus der DDR waren im Heimatland sehr begehrt. Aus diesem Grund neigten viele Vietnamesen dazu, Waren aufzukaufen und, wenn möglich, an ihre Familien in Vietnam zu schicken. Dennoch sollten die Versorgungsengpässe in der DDR durch Heimsendungen der Vietnamesen nicht noch offenkundiger werden.<sup>127</sup> Die Verträge erlaubten den Vietnamesen bis zu zwölf Warenpakete pro Jahr mit einem Wert von je rund 100 DDR-Mark in die Heimat zu senden. Trotz des strengen Reglements seitens der Regierung, versuchten die Vietnamesen so viele Waren wie möglich in die Heimat zu überführen. Ehemalige DDR-Zollberichte verdeutlichen den Warenumfang der gesendeten Materialien: „Es [wurde] versucht, größere Mengen (...) (in Einzelfällen bis zu 4.800 Fahrradspeichen, 340 Fahrradketten, 835 Kugellagern, 1.023 Glühlampen für Mopeds, 420 kg Zucker) mit der Begründung „familiärer Bedarf“, nach der SR Vietnam auszuführen.“<sup>128</sup> Aus diesem Grund wurden die Vietnamesen von DDR-Bürgern als Konkurrenten um knappe Waren angesehen und oft beschuldigt, Waren aufzukaufen und zu horten, um diese anschließend zu verschicken.

Dieser „Wettstreit“ zwischen DDR-Bürgern und Ausländern um Konsumgüter bildete ein ständiges Problem. Die ostdeutsche Bevölkerung sah sich durch den Zuzug der ausländischen Arbeiter in ihre Wohngebiete bedroht und interpretierte dies als Eindringen Fremder in ihre Lebensbereiche. Die DDR-Bevölkerung warf den Ausländern vor, dass sie die Supermärkte regelgerecht plünderten. Dadurch würden die Ausländer, so die Anschuldigungen, die bereits schon schlechte und angespannte Versorgungslage an Lebensmitteln und weiteren Konsumgütern noch zusätzlich verschlimmern: „Wenn sie [die Ausländer] im Fleischerladen, am Süßwarenstand oder in der Kinderschuhabteilung einen Großeinkauf machen, werden Hausfrauen, Verkäuferinnen und andere mitunter aggressiv“, ist beispielhaft der evangelischen Wochenzeitung Die Kirche im Mai 1989 zu entnehmen.<sup>129</sup>

Der Konkurrenzgeist und Neid gegenüber den Vertragsarbeitern drückte sich auch in Hinblick auf die knappe Wohnungslage aus. Die Tatsache, dass den Vertragsarbeitern Wohnraum zugeteilt wurde, sorgte vielerorts für Ärger. Die Zuteilung der Vertragsarbeiter auf ihre Wohnungen umfasste, aufgrund der hohen Personenzahl und blockartigen Einteilung, oftmals

---

<sup>127</sup> Vgl.: Müggenburg, S. 22.

<sup>128</sup> Feige, S. 48.

<sup>129</sup> Zit. nach: Krüger-Potratz, Marianne: Ausländer und Minderheiten in der DDR im Spiegel der Printmedien - Ein Überblick bis zur Wende, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991, S. 54.

ganze Wohnblöcke, die ausschließlich für Vertragsarbeiterwohnungen reserviert wurden. Viele ostdeutsche Bürger neigten dazu, darin eine Gefahr und eine zusätzliche Begrenzung des generell mangelnden Wohnraums zu sehen.<sup>130</sup> Darüber hinaus warfen sie der Regierung eine Bevorzugung der Ausländer vor, denn, laut Bürgermeinung, mussten sich Deutsche oft mühsam eigene Unterkünfte suchen. Die Feindseligkeit gegenüber den ausländischen Arbeitern intensivierte sich mit der wachsenden Unzufriedenheit der Ostdeutschen gegenüber der DDR-Regierung. Nicht selten machten sich DDR-Bürger aus Angst vor Lebensmittel- und Wohnungsknappheit auf Kosten der vietnamesischen Vertragsarbeiter Luft: „(...) die Vietnamesen sollen dorthin zurückkehren, wo sie hergekommen sind“.<sup>131</sup> Gerüchte über gewisse Privilegien, in deren Genuss die Vietnamesen kommen würden, hielten sich hartnäckig und heizten fremdenfeindliche Ressentiments zusätzlich an. Die gängigsten Gerüchte besagten, dass Vietnamesen täglich 4 US-Dollar Devisenzahlung erhielten, Hühner in den Wohnheimen züchteten sowie ständige Reiseerlaubnis in die Bundesrepublik und Westberlin erhielten. Die jahrelange Verschleierung der DDR-Regierung über die tatsächlichen Rahmenbedingungen der Ausländerarbeit in der DDR sorgte nun, Jahre später, für wilde Spekulationen. Da diese nie aufgeklärt wurde - und auch bis heute vielen Bürgern der ehemaligen DDR nicht klar ist, warum ausländische Vertragsarbeiter in ihr Land geholt wurden - konnten solche Gerüchte und fremdenfeindliche Motive fruchten und entstehen.<sup>132</sup>

Vor allem am Arbeitsplatz waren die Vertragsarbeiter Anfeindungen und Vorwürfen ausgesetzt. In einer Studie zeigt Annegret Schüle, dass bei deutschen Arbeitern in den Betrieben oft ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber den ausländischen Kollegen existierte.<sup>133</sup> Hinzu kam die oft kritische Einstellung der ostdeutschen Arbeiter gegenüber der Arbeitsleistung der ausländischen Arbeiter. Wie aus damaligen Betriebsberichten hervorgeht, hoben die meist sehr fleißigen vietnamesischen Vertragsarbeiter durch ihre stete Normerfüllung das Arbeitsniveau, was wiederum den deutschen Arbeitskollegen negativ aufstieß:

„Sie versuchten die vietnamesischen Werkstätigen auf das von ihnen für richtig gehaltene Diszipliniveau herunterzuziehen. (...) Eine Gruppe von Werkstätigen, die

---

<sup>130</sup> Vgl.: Dennis, S. 41.

<sup>131</sup> Dennis, S. 44; zum Folgenden, ebenda.

<sup>132</sup> Vgl.: Beth, S. 111.

<sup>133</sup> Vgl.: Schüle, Annegret: Die Haltung von DDR-Bürgern zu Vertragsarbeitern am Arbeitsplatz. Eine Fallstudie aus der Textilindustrie, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 133.

für ihre schlechte Arbeitsdisziplin im Betrieb bekannt war, [hatte] mit Drohungen versucht, die (...) Werk tätigen von ihrer guten Planerfüllung abzubringen.“<sup>134</sup>

Die regen Nebentätigkeiten, denen viele vietnamesische Vertragsarbeiter in ihrer Freizeit nachgingen, blieben ebenfalls nicht unbemerkt und dienten vielen deutschen Arbeitern als Nährboden für Beschwerden und Anfeindungen. Polizei- und MfS-Berichte zeigen, was für viele ostdeutsche Arbeiter ein Ärgernis darstellte: „Die Vietschi’s sind zu faul zum Arbeiten, sie nähen die ganze Nacht Hosen, und auf Arbeit ruhen sie sich auf unsere Kosten aus.“<sup>135</sup> Die lukrativen Nebeneinkünfte der vietnamesischen Vertragsarbeiter sorgten für Neid und Eifersucht: „Die machen ein Schweinegeld und dazu noch Steuerhinterziehung in höchster Potenz und keiner sagt was.“<sup>136</sup>

Es ist deutlich zu erkennen, dass sich die ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitsplatz aufgrund ihrer Nationalität, ihrer Gewohnheiten und ihrer Arbeitsweise fremdenfeindlichem Verhalten ausgesetzt sahen. Doch eine Fremdenfeindlichkeit gegenüber Ausländern beschränkte sich nicht nur auf die Betriebe, sondern kam in vielen Bereichen des Alltags vor: Berichte über Busfahrer, die sich weigerten, Vietnamesen im Bus zu transportieren, bis hin zu Meldungen über Kantinen, die Vietnamesen, aus Angst vor Übertragung von Tuberkuloseviren das Betreten der Speisesäle untersagten, finden sich über die ganze DDR verteilt.<sup>137</sup> Gerade in den letzten zwei bis drei Jahren bis zum Ende der DDR wurden die ausländischen Vertragsarbeiter als „Sündenböcke“ dargestellt und noch mehr als zuvor für die schlechte wirtschaftliche Lage im Land verantwortlich gemacht.<sup>138</sup> Uta Beth und Anja Tuckermann gehen in ihrem Aufsatz „Geschichte, Arbeit und Alltag vietnamesischer Migrant\_innen“ sogar soweit, dass sie die diskussionswürdige Behauptung aufstellen, die DDR-Regierung tolerierte die öffentliche Diskriminierung der ausländischen Werk tätigen zu dieser Zeit, um dadurch von den eigenen Fehlern abzulenken: „Wider besseres Wissen ließ sie [die DDR-Regierung] zu, dass die Medien die gereizte Stimmung noch anheizten.“<sup>139</sup>

Kritische Meinungen der befragten ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter aus Rostock zum Themenkomplex Fremdenfeindlichkeit/Fremdenhass zu bekommen, erwies sich als schwierig, da keiner der Befragten klar Stellung zu diesem Thema beziehen wollte. Das Verhältnis zu DDR-Bürgern wird von den Befragten oft als freundschaftlich beschrieben und

---

<sup>134</sup> Dennis, S. 41.

<sup>135</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>136</sup> Ebenda.

<sup>137</sup> Vgl.: Mühlberg, Felix: Vietnamesen in der DDR sind „gleichberechtigt“, in: Irene Runge: Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin 1990, S. 50.

<sup>138</sup> Vgl.: Beth, S. 111.

<sup>139</sup> Ebenda.

das Vorkommen von Konflikten meist verneint. Einzig Herr Thai V.D. gab zu erkennen, dass Vietnamesen Gefahr liefen, auf der Straße beleidigt zu werden. Doch seiner Meinung nach, findet sich solches Verhalten auch an vielen anderen Orten weltweit.<sup>140</sup> Anhand dieser Aussagen ist die Schwierigkeit zu erkennen, von vietnamesischen Zeitzeugen kritische Meinungen zu diesem Thema zu bekommen. Dieser Auffassung war auch Felix Mühlberg: „Mein Anliegen, von Vietnamesen etwas über Fremdenhass, die Ausländerfeindlichkeit in der DDR zu erfahren, musste ich schnell aufgeben.“<sup>141</sup> Viele Belege und Berichte zeigen jedoch unweigerlich, dass Fremdenfeindlichkeit in der DDR-Bevölkerung gegenüber den Ausländern existierte und offen praktiziert wurde. Über deren Entstehung und Hintergründe wird im Folgenden näher eingegangen.

Frank Schumann führt die Ablehnung von Ausländern und die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersaussehenden in der DDR hauptsächlich auf die weitgehende Isolierung der DDR-Bürger zurück.<sup>142</sup> Der in der DDR praktizierte Gedanke des proletarischen Internationalismus und der grenzüberschreitenden Solidarität, unter dem die ausländischen Vertragsarbeiter ins Land geholt wurden, verkam, aus Schumanns Sicht, zur Abstraktion. Die Begegnungen von DDR-Bürgern mit Ausländern beschränkten sich fast ausschließlich auf offizielle Treffen wie Freundschaftstreffen, Festivals, Kollektivreisen und Delegationsbesuche. DDR-Bürgern und vor allem Jugendlichen wurde die Möglichkeit zu individuellen Begegnungen und Erlebnissen mit Ausländern so gut wie nie gewährt. Generell gab es für DDR-Bürger nur begrenzte Reisemöglichkeiten - einzig die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) war in den 80er Jahren ohne Visum erreichbar: „Fremde Kulturen wurden, wenn überhaupt, nur per Medien wahrgenommen, eine aktive Auseinandersetzung mit ihnen konnte nicht erfolgen.“<sup>143</sup> Die DDR-Bürger waren, laut Schumann, in jeder Hinsicht eingemauert und zur Provinzialität verurteilt. Die jahrelange Abschottung führte notgedrungen zu einer „geistigen Enge“ und „Kurzsichtigkeit“ und etablierte in den Köpfen der DDR-Bevölkerung ein eurozentrisches Weltbild, das sich bei vielen Ostdeutschen noch zusätzlich auf das eigene Land reduzierte. Schumann fügt hinzu, dass die von der DDR-Regierung propagierte nationale Arroganz und überhöhte Selbstdarstellung in Bezug auf die Stellung der DDR in der Welt, diesen Provinzialismus verstärkte und dazu führte, dass das Wissensvakuum vieler Bürger über die tatsächliche Beschaffenheit der Dinge in einem überheblichen Nationalstolz gipfelte.

---

<sup>140</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D..

<sup>141</sup> Mühlberg, S. 49.

<sup>142</sup> Vgl.: Schumann, S. 29; zum Folgenden, ebenda, S. 29 ff.

<sup>143</sup> Ebenda.

Als ein weiterer wichtiger Grund für die Entstehung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Tendenzen in der DDR-Gesellschaft muss die mangelnde kollektive Verarbeitung des Faschismus beziehungsweise Nationalsozialismus gesehen werden. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung wurde 1947/48 mit der Durchsetzung des Stalinismus in der sowjetischen Besatzungszone abrupt beendet. Die Gefahr auftretender analoger Macht- und Denkstrukturen zwischen Faschismus und Stalinismus wurde als zu groß eingeschätzt:

„Darum wurde auch jahrzehntelang in der DDR entschieden die Totalitarismuskonzeption, die eine (...) Gleichsetzung zwischen Faschismus und stalinistischem Sozialismus vornahm, wie auch die Bezeichnung „Nationalsozialismus“ für den deutschen Faschismus entschieden bekämpft.“<sup>144</sup>

Dadurch sollte jeder Verdacht auf ähnliche Gesellschaftsstrukturen zwischen „damals und heute“ vermieden werden. Trotzdem wurde der Faschismus in der DDR vehement abgelehnt und als verbrecherisch verurteilt. Eine konkrete Auseinandersetzung mit ihm fand jedoch nur vordergründig statt. „Die Führung des Landes bezog ihre Legitimation aus der Tatsache, mehrheitlich im antifaschistischen Widerstand gestanden und in faschistischen Kerkern gesessen zu haben. Das gab ihr moralische Integrität nach innen und außen.“<sup>145</sup> So präsentierte sich die DDR bis 1989 als ein „antifaschistisches Bollwerk“. Die offiziellen Stellen propagierten von Beginn an den Antifaschismus und forcierten eine Haltung, „die Alt- und Neo-Nazis lediglich im westlichen Teil Deutschlands ansiedelte.“<sup>146</sup> In Artikel 6 der DDR-Verfassung wurde diese Haltung mehr als deutlich niedergeschrieben: „Die DDR hat auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet.“<sup>147</sup> Durch die unmittelbare „Verleihung eines Antifaschismus a priori“ und die Verbrüderung mit der UdSSR, fand in der DDR keine Aufarbeitung, sondern eine Verdrängung der NS-Vergangenheit statt.<sup>148</sup> Die DDR-Regierung schob die gesamte Schuld und mangelnde Aufarbeitung auf die Bundesrepublik und deklarierte Rassismus stets als ein westdeutsches Problem. Nach dem Krieg wurden in der DDR praktisch alle Mitläufer zu Antifaschisten erklärt und die Aufklärung und Verarbeitung des Faschismus an die Schulen und Familien abgetreten. Doch die pädagogische und familiäre Verantwortung, in Bezug auf die Verarbeitung und die Vermittlung der Folgen des Faschismus, liefen vielerorts ins Leere. Die in der Schule gelehrt Wahrnehmung des Nationalsozialismus als Gegenspieler zum Kommunismus wurde auf eine Art und Weise vermittelt, welche die Beteiligung der

---

<sup>144</sup> Schumann, S. 22.

<sup>145</sup> Ebenda; zum Folgenden, ebenda, S. 24 f.

<sup>146</sup> Hess-Meining, S. 156; zum Folgenden, ebenda, S. 156 f.

<sup>147</sup> Zit. nach: Brück, Wolfgang: „Wenn die Skin-Masse läuft...“ Rechtsradikale in der DDR, in: Kursbuch Nr. 113/1993; Deutsche Jugend, Berlin 1993, S. 85.

<sup>148</sup> Vgl.: Neubacher, S. 23.

Bevölkerung ignorierte: „(...) die im Geschichtsunterricht (...) vermittelte Faschismus-Definition von Georgi Dimitroff exkulpierte diese (...), indem alle Schuld den ‚reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischsten Elementen des Finanzkapitals‘ angelastet wurde.“<sup>149</sup>

In der DDR wurde ein nicht hinterfragter Antifaschismus zur Basis des Wissens über den Nationalsozialismus gemacht. Aus der Sicht von Frank Schumann wurde der Antifaschismus von den Herrschenden der DDR als gesellschaftlicher Kitt verstanden und galt als Konsens zwischen allen Bevölkerungsteilen und politischen Kräften. Wer den Antifaschismus kritisierte, kritisierte die Führung und grenzte sich somit selbst aus.<sup>150</sup> Die kommunistische Führung bezog, wie erwähnt, ihre politische Legitimation aus ihrer antifaschistischen Vergangenheit. Dies führte zwangsläufig zu einer überhöhten Würdigung des proletarischen und kommunistischen Widerstandes. Die DDR-Regierung propagierte damit ein vereinfachtes Weltbild, in dem sie die Gesellschaft in Faschisten und Antifaschisten einteilte: „Dieses grobe Raster ohne Zwischentöne machte nicht nur Differenzierung für die Nachgeborenen nahezu unmöglich, sondern führte auch zu einer Überhöhung des Widerstandskampfes.“<sup>151</sup> Der „Vorzeige-Antifaschismus“ wurde den DDR-Bürgern von oben auferlegt, doch entsprach er nicht den Intentionen der Mehrheit des Volkes: „Er war ehrlich von jenen, die tatsächlich am 8. Mai 1945 befreit wurden, aber den anderen war er verordnet worden.“<sup>152</sup> Schumann betonte, dass gegen die Verordnung des Antifaschismus grundsätzlich nichts einzuwenden sei, da verbrecherische Systeme ordnende Korrekturen benötigen, damit auf ihnen humane Gesellschaften errichtet werden könnten. Doch er fügte hinzu, dass solche Verordnungen im Laufe der Zeit in einen natürlichen Erziehungsprozess münden müssten. Deshalb sei es einer der größten Fehler der DDR-Führung gewesen, den verordneten Antifaschismus nie von seinem ultimativen Charakter befreit zu haben: „Sie hat ihn degeneriert zu einem politischen Transparent, statt ihn zu einer Lebenshaltung zu machen.“<sup>153</sup> Realistisch begrenzte sich der verordnete Antifaschismus auf die Pflege des antifaschistischen Erbes, auf die Bewahrung antifaschistischer Traditionen, auf Pflichtzeremonien in Gedenkstätten und an Gedenktagen und verkam im Laufe der Jahre zu einer „hohlen Phrase“. Die Verordnung des Antifaschismus hatte praktisch das ganze Volk vom Nationalsozialismus freigesprochen. Diese Exkulpierung erzeugte wiederum eine mangelnde Aufarbeitung der Beteiligung des

---

<sup>149</sup> Zit. nach: Langer, Hermann: Rechtsextremismus von Jugendlichen in der DDR, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts 1/1991, S. 93.

<sup>150</sup> Vgl.: Schumann, S. 24.

<sup>151</sup> Schumann, S. 25; zum Folgenden, ebenda, S. 25 f.

<sup>152</sup> Ebenda.

<sup>153</sup> Ebenda.

Einzelnen am Antisemitismus und Gewalt gegenüber Minderheiten. Dadurch entstanden Barrieren für die Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung gegenüber Fremden und Außenseitern.<sup>154</sup> Vielmehr wirkte der amtliche „Antifaschismus“, vor allem gegen Ende der DDR, auf viele DDR-Bürger unglaublich, „womit in mancher Hinsicht das Gegenteil einer überzeugenden Ablehnung des Nationalsozialismus erreicht wurde.“<sup>155</sup> Oft wurde der Antifaschismus als ein Werk „der Alten“ abgetan oder mit Linksextremismus und linkem Terror in Verbindung gebracht. Die Ablehnung des „veralteten“ Antifaschismus manifestierte sich deshalb immer öfter in rechtsextremistischen Anschauungen und legitimierte für viele den Wechsel ins rechte politische Lager: „Rassistisch sein ist doch jetzt erlaubt.“

Ulrike Hess-Meining betont, dass der „verordnete Antifaschismus“ und die totalitäre Regierungsform der DDR einen Ursachenkomplex bildeten, der mit einem Anwachsen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Zusammenhang stand. Für sie war die undemokratische Struktur der DDR, in der die Reproduktion totalitärer Unterdrückung nicht angesprochen werden durfte, ein zentraler Faktor. Denn gerade das förderte die Tabuisierung der Existenz rechtsextremer Mentalitäten, was wiederum kritische Stellungnahmen dazu verhinderte. Deshalb unterstreicht Hess-Meining, dass ein wesentlicher Aspekt rechtsextremer Erscheinungen in der DDR auf die gezielte Verdrängungsmethodik der DDR-Regierung zurückzuführen ist.

Vor allem bei Jugendlichen entwickelten sich rechtsextreme Handlungsweisen und Überzeugungen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich ein Großteil der Jugend von dem von der DDR propagierten Antifaschismus und den ritualisierten Inhalten und Methoden der realsozialistischen Wirklichkeit der DDR abwandte, und stattdessen völkisch-nationalistische Positionen einnahm.<sup>156</sup> Bemerkenswert dabei ist, dass in der DDR keine rechtsextremistischen Netzwerke aus alt- oder neofaschistischen Parteien und Organisationen existierten. Darüber hinaus hatten ostdeutsche Jugendliche keine unmittelbar bewussten Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus gemacht, „aus denen heraus sie ihre neofaschistischen Einstellungen und Praktiken hätten autonom entwickeln können.“<sup>157</sup> Deshalb waren sie auf die Erfahrungen von Erwachsenen angewiesen, die sich, individuell verschieden, entweder pro- oder antifaschistisch äußerten. Rechtsextremistische Äußerungen und Gewalttaten von Jugendlichen in der DDR bleiben für Harry Waibel deshalb Relikte aus der Welt der

---

<sup>154</sup> Vgl.: Hess-Meining, S. 160.

<sup>155</sup> Ebenda.

<sup>156</sup> Vgl.: Waibel, S. 11., zum Folgenden, ebenda, S. 8 ff.

<sup>157</sup> Ebenda.

Erwachsenen, die von der Jugend aufgenommen und ohne perspektivische Reflexion wiedergegeben wurde. Durch ihr Verhalten bewegten sich viele der Jugendlichen damit in politischen und ideologischen Traditionen der Geschichte deutscher Rechtsextremisten, jedoch auf der Basis anderer Grundvoraussetzungen, im Vergleich zu Westdeutschland. Eindeutige Angaben über die Anfänge rechtsextremistischer Erscheinungen in der DDR sind durch die offizielle Tabuisierung des Rechtsextremismus durch die SED fast unmöglich. Aufzeichnungen belegen jedoch, dass es schon früh in der DDR zu rechtsextremistischen Ausschreitungen mit antisemitischem oder neonazistischem Charakter kam: Von den 50er Jahren bis in die 70er Jahre liegen Dokumente rechtsextremistischer Taten vor, denen Berichte von „Sieg Heil“ und Hakenkreuz-Schmierereien bis hin zu Schändungen von jüdischen Friedhöfen zu entnehmen sind.<sup>158</sup> Generell ist eine Zunahme rechtsextremistischen Verhaltens in der DDR ab den 80er Jahren wahrzunehmen. Auch setzte erst ab Mitte der 80er Jahre in der DDR eine öffentliche Auseinandersetzung mit jugendlichen Rechtsextremisten, und insbesondere neonazistischen, Skinheads ein. Spätestens seit dem Überfall von rund 30 Skinheads auf die Besucher eines Punk-Konzertes in der Ost-Berliner Zionskirche am 17.10.1987, war die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der ostdeutschen Bevölkerung unvermeidbar geworden, da nun auch erstmals in den Medien über diese Themen berichtet wurde.

Durch die Ablehnung des DDR-Herrschaftssystems und der erstarrten, fremdbestimmten gesellschaftlichen Strukturen entstand in der DDR ein breites Spektrum jugendlicher Subkulturen. Den Kern dieser Bewegungen bildeten ältere Schüler und männliche Lehrlinge, deren Einstieg in die Subkulturen ebenso wie bei anderen Jugendkulturen „als Ausdruck für Anders-Sein-Wollen und die Identifikation mit einer bestimmten Musik- und Stilrichtung fand.“<sup>159</sup> Die generelle Ablehnungshaltung dieser Jugendkulturen gegenüber allem was sich als links und systemgemäß verstand, konnte sich im Laufe der Zeit nur nach rechts wenden. Die zu Beginn losen Jugendgruppierungen formierten sich ab Mitte der 80er Jahre zu informellen, aber stabilen, Gruppen heran, die „über einen festen Mitgliederstamm verfügten und sich nach einem festgelegten Regelsystem trafen.“<sup>160</sup> In dieser Zeit bildeten sich weitere Gruppen, die sich unter anderem als „Nazi-Skins“ oder „Faschos“ bezeichneten, und den Kern der politisch motivierten, rechtsextremen Bewegung bildeten. Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen aus anderen Ländern, wie beispielsweise der

---

<sup>158</sup> Vgl.: Neubacher, S. 28; zum Folgenden, ebenda, S. 29 f.

<sup>159</sup> Ebenda.

<sup>160</sup> Ebenda.

Bundesrepublik Deutschland oder Ungarn, die krisenhafte Entwicklung in den 80er Jahren und die bewusste Ablehnung des SED Staates, festigte diese Gruppen und trieb deren Politisierung und Ideologisierung voran.

In Bezug auf diese Jugendkulturen ist es interessant zu sehen, dass laut Umfragen junge ostdeutsche Ausländer deutlich negativer bewerteten und entschiedener ablehnten als ältere Bürger. Frank Neubacher verweist hier auf eine Studie, die aufzeigt, dass eine Gruppe von Lehrlingen zu 70 % der Meinung gewesen sei, es gäbe zu viele Ausländer in der DDR, und eine Schulklasse der 9. Jahrgangsstufe zu 60 % dieser Aussage zustimmte.<sup>161</sup> Als Grund für diese Aussagen nennt Neubacher den geringen Kenntnisstand der Jugendlichen über das Alltagsleben der nichtdeutschen Bevölkerung. Nur etwa 23 % der befragten Jugendlichen gaben an, gut über das Leben der Ausländer in der DDR informiert zu sein: „Als Informationsquellen über das Alltagsleben von Ausländern nennen 61 % Gespräche im Freundes- und Bekanntenkreis. Es folgen Gespräche in der Familie (53 %), die Medien (45 %) und zuletzt direkte Kontakte zu Ausländern (11 %)“.<sup>162</sup> Darüber hinaus gaben rund 77 % der befragten Jugendlichen an, dass direkte Kontakte zu Ausländern nur eine untergeordnete Rolle für die Informationen über deren Alltagsleben spielen würden.<sup>163</sup> Neubacher fügt hinzu, dass gerade der hohe Anteil an Jugendlichen, der seine Informationen im Freundes- und Bekanntenkreis erwarb, bedenklich gewesen sei, denn diese informellen Gruppen hatten einen höheren Grad an Subjektivität. Die Tendenz der Weitergabe von Stimmungen und Meinungen, fernab jeglicher Objektivität, waren, laut Neubacher, eine große Gefahr für die Zunahme von Zerr- und Feindbildern. Das hohe Aggressionspotential gegenüber Ausländern in Kombination mit dem fehlenden Kontakt zu selbigen, hat für Neubauer einen nahezu paradoxen Charakter, weshalb er diese Problematik als „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ betitelt. Die Urteile gegenüber Ausländern basierten meist auf Vorurteilen. Wie bereits erwähnt, führten der geringe Ausländeranteil und die eingeschränkte Reisemöglichkeit in fremde Kulturkreise bei der Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu einem Mangel an Toleranz im Umgang mit anderen ethnischen Gruppen. Durch den geringen Kontakt zu Ausländern und der großen Abneigung gegenüber diesen seitens der Bevölkerung, folgen die Einstellungen gegenüber Ausländern eindeutig rassistischen Idealen, Vorgaben und Vorurteilen. Starke Ablehnung erfuhren vor allem Ausländer, die „als solche leicht zu erkennen [waren] und aus

---

<sup>161</sup> Vgl.: Neubacher, S. 87.

<sup>162</sup> Ebenda.

<sup>163</sup> Ebenda, S. 88; zum Folgenden, ebenda, S. 88 ff.

wirtschaftlich schwächeren Ländern [kamen]“, wie Schwarzafrikaner, Polen und Vietnamesen, Türken, sowie Sinti und Roma.<sup>164</sup>

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit spielten in der DDR eine größere Rolle, als durch die DDR-Regierung zugegeben wurde. Wie vielseitig die Ursprünge für rechtsextremes und fremdenfeindliches Verhalten in der DDR gewesen sind, und welche Ursachen für die Entwicklung dieses Verhaltens in der Bevölkerung in Frage kamen, wurden in diesem Kapitel dargestellt. Darüber hinaus wurde ersichtlich, inwiefern die ausländischen Vertragsarbeiter diesem fremdenfeindlichen Verhalten sowohl im Alltag als auch am Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Es ist nicht möglich, die Ursachen für rechtsextremes Verhalten auf gewisse Strömungen zu begrenzen, denn parallele und ineinandergreifende Entwicklungen spielten hierbei eine wichtige Rolle.

---

<sup>164</sup> Neubacher, S. 88.

### **3. Deutsche Wiedervereinigung: Die Folgen der Freiheit**

---

#### 3.1 Die politische Wende und die Grundlagen einer neuen Ausländerpolitik

Mitte des Jahres 1989 befanden sich sowohl die sozialistischen Länder Osteuropas, als auch die DDR in einer Zeit des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs. Im August 1989 überstieg die tägliche Anzahl der DDR-Flüchtlinge, die versuchten über Ungarn nach Westdeutschland zu gelangen, bereits die 100 Personen Marke.<sup>165</sup> In Anbetracht dessen beschloss die ungarische Regierung, die Grenze für Flüchtlinge aus der DDR generell zu öffnen. In der Folge gelang so rund 10.000 DDR-Bürgern die Flucht über Ungarn in die Bundesrepublik. Unter dem Druck dieser Fluchtwelle, und der sich zu dieser Zeit vermehrt entwickelnden Oppositions- und Demonstrationsbewegungen, wurde DDR-Staatsoberhaupt und SED-Parteichef Erich Honecker am 18. Oktober 1989 zum Rücktritt gezwungen: „Die Amtszeit seines Nachfolgers, Egon Krenz, wurde weiter von verschärfenden Bürgerprotesten begleitet. Am 7. November 1989 trat schließlich die Regierung unter Ministerpräsident Stoph zurück. Hans Modrow wurde einen Tag später als Ministerpräsident nominiert.“<sup>166</sup> Am 13. November 1989 wurde Hans Modrow von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR gewählt und versprach schon kurz darauf in seiner Regierungserklärung einen grundsätzlichen Wandel von Politik und Gesellschaft. Weiterführend trafen sich am 7. Dezember 1989, auf Vorschlag der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, Vertreter etablierter Parteien und diverser neuer Gruppierungen im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin zu einem ersten „Runden Tisch“. Ziel dieses „Zentralen Runden Tisches“ war es, über die Zukunft der DDR zu beratschlagen, da die SED als führende Partei und die aus Scheinwahlen hervorgegangene Volkskammer kein Vertrauen mehr besaßen.<sup>167</sup> Darüber hinaus versuchte der „Zentrale Runde Tisch“ das entstandene Machtvakuum, das durch die Absetzung Erich Honeckers entstanden war, zu füllen. Eklatante Missstände in Industrie und Landwirtschaft bedurften schnellen Handelns und die außenpolitischen Veränderungen mussten innerhalb der DDR abgesichert werden. Als Hauptanliegen hatte es sich der „Zentrale Runde Tisch“ vor allem zur Aufgabe gemacht, freie

---

<sup>165</sup> Vgl.: Sextro, S. 48; zum Folgenden, ebenda, S. 48 ff.

<sup>166</sup> Ebenda.

<sup>167</sup> Vgl.: Berger, Almuth: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches und ihre gesellschaftliche Situiertheit, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 196.

Wahlen vorzubereiten, die Grundlinien einer neuen Verfassung zu entwickeln und den Übergang zu einer frei gewählten demokratischen Regierung zu gestalten. Zwischen dem 7. Dezember 1989 und dem 13. März 1990 tagte der „Zentrale Runde Tisch“, der die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Kräfte der DDR vereinte, insgesamt 16 Mal. Neben diesem „Zentralen Runden Tisch“ entwickelten sich auch etliche andere „Runde Tische“ als Gesprächsforen auf Orts- und Bezirksebenen. Diese anfänglichen Gesprächsforen wurden zu festen Gremien weiterentwickelt, welche die demokratischen Entwicklungen entscheidend beeinflussten und bereit waren, Verantwortung zu übernehmen. Der „Zentrale Runde Tisch“ erhielt vom Ministerpräsidenten der DDR am 15. Januar 1990 das Angebot in eine „Regierung der nationalen Verantwortung“ einzutreten.<sup>168</sup> Das bedeutete, dass die entsandten Vertreter des „Zentralen Runden Tisches“ bis zu den Wahlen als „Minister ohne Geschäftsbereich“ an den Regierungssitzungen teilnehmen konnten. Mit diesem Schritt hatte der „Zentrale Runde Tisch“ direkten Einfluss auf das Regierungsgeschehen und entwickelte sich zu einem einflussreichen politischen Machtfaktor.

Durch das Engagement einzelner Mitglieder des „Zentralen Runden Tisches“, wie des von der neugegründeten SDP entsandten Aigali Dshunusows, sowie einzelner Mitglieder der neuen Bürgerbewegungen wurden auch zentrale Aspekte der „Ausländerfrage“ auf den Gremiumssitzungen angesprochen und ausgearbeitet. Dies hatte die Gründung der Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ als Untergruppe des „Zentralen Runden Tisches“ zur Folge, die, dem Muster des „Zentralen Runden Tisches“ folgend, aus „Vertretern und Vertreterinnen etablierter Parteien und Organisationen (SED-PDS, CDU, LPD, NDPD, DBD, VdgB/Bauernverband, FDGB) sowie denen der neuen Bürgerbewegungen (Demokratie Jetzt, Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Initiative Frieden und Menschenrechte, Grüne Partei, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband)“ bestand.<sup>169</sup> Am 2. Januar 1990 kam die Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, um ihre Aufgaben festzusetzen. Das Protokoll der ersten Sitzung umreißt ihre Aufgabenstellung: „Die Arbeitsgruppe nimmt sich vor, grundlegende Fragen der künftigen Ausländerpolitik unseres Landes und der daraus resultierenden Konsequenzen in das Zentrum ihrer Arbeit zu stellen und dem „Runden Tisch“ entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“<sup>170</sup> Die Arbeitsgruppe hatte den Anspruch der eigenständigen Erarbeitung neuer ausländerrechtlicher Strukturen.

---

<sup>168</sup> Vgl.: Berger: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 196; zum Folgenden, ebenda, S. 196 f.

<sup>169</sup> Ebenda.

<sup>170</sup> Zit. nach: Runder Tisch der DDR. Arbeitsgruppe Ausländerfragen: Protokoll vom 02.01.1990, Berlin 1990, S. 1; Berger: Die außenpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 196.

Doch dieser Anspruch der selbständigen Politikformulierung stand in Kontrast zum Bestreben der Bundesregierung, die rechtlichen Verhältnisse der DDR-Ausländerpolitik an die der Bundesrepublik anzugleichen, vor allem, die Lockerungen im Visabereich oder die Asylanträge betreffend.<sup>171</sup> Dennoch befasste sich die Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ intensiv mit der Stellung von Ausländern in der künftigen Verfassung der DDR. Sie überprüfte kritisch diverse Gesetze, wie Reisegesetze, Wahlgesetze, Mediengesetze und Vereinigungsgesetze und deren Auswirkungen auf Ausländer. Sie beschäftigte sich intensiv mit der Situation der Vertragsarbeiter und kritisierte in diesem Zusammenhang vor allem die Regierungsverträge, deren teils inhumane Regelungen und die unzureichende Vorbereitung der DDR-Bevölkerung auf die Anwesenheit mehrerer tausend ausländischer Arbeiter. Durch die Vorverlegung der Wahlen auf März 1990, musste die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit frühzeitig einstellen, konnte jedoch bis zu diesem Punkt dem „Zentralen Runden Tisch“ konkret ausgearbeitete Grundsatzpapiere vorlegen: 1. Leitlinien für die Ausländerpolitik in der DDR. 2. Standpunkt der AG Ausländerfragen des Runden Tisches zur Stellung von Ausländern in einer künftigen Verfassung der DDR. 3. Grundsätze zur Regelung des Aufenthaltes und Ausreise von ausländischen MitbürgerInnen, die auf Grund von Regierungsabkommen als Arbeitskräfte in Betrieben der DDR tätig sind. Die formulierten Richtlinien gingen davon aus, „dass eine neue Politik an der Respektierung der Menschenrechte und der Würde jedes Einzelnen orientiert sein muss.“<sup>172</sup> So hieß es im Einleitungstext der Leitlinien für die Ausländerpolitik in der DDR:

„Ausländerpolitik ist in dieser Sicht mehr als eine gesetzgeberische Regelung über den Aufenthalt von Ausländern. Sie geht davon aus, dass kulturelle Vielfalt Reichtum bedeutet, dass im Dialog ethische und nationale Grenzen überwunden und eine neue Qualität des Miteinanders befördert wird.“<sup>173</sup>

Um sicherzugehen, dass die neuen Ausländerbestimmungen in der Verfassung niedergeschrieben und festgehalten werden, forderte die Arbeitsgruppe den Beitritt der DDR zur Genfer Flüchtlingskonvention vom 28.07.1951.

Auf der Grundlage der formulierten Schwerpunkte legte der „Zentrale Runde Tisch“ einen Forderungskatalog vor, „der u.a. die Schaffung klarer Rechtlicher Normierungen für die Stellung von Ausländern in einer künftigen DDR-Verfassung und die Beibehaltung des

---

<sup>171</sup> Vgl.: Berger: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 198; zum Folgenden, ebenda, S. 198 ff.

<sup>172</sup> Ebenda.

<sup>173</sup> Zit. nach: Runder Tisch der DDR. Arbeitsgruppe Ausländerfragen: Leitlinien für die Ausländerpolitik in der DDR, verabschiedet am 12.03.1990, Berlin 1990, S. 1; Berger: Die außenpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 198.

kommunalen Ausländerwahlrechts beinhaltete.<sup>174</sup> Zusätzlich verlangte er die Veröffentlichung der Regierungsvereinbarungen, die mit den ausländischen Arbeitern geschlossen wurden, und die Änderung des DDR-Ausländergesetzes nach rechtstaatlichen Kriterien. Eine weitere wichtige, durch den „Zentralen Runden Tisch“ vorgelegte Forderung der Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“, beinhaltete die Ernennung und Einsetzung eines Ausländerbeauftragten. Dadurch sollte für die in der DDR lebenden Ausländer eine zusätzliche Schutz- und Beratungsinstanz geschaffen werden, die auch auf der Ebene der Länder, Städte und Gemeinden etabliert werden sollte. Der Ministerrat stimmte dieser Forderung im Februar 1990 zu und berief zum 1. März 1990 Almuth Berger zur Staatssekretärin und Ausländerbeauftragten beim Ministerrat der DDR: „Die Ausländerbeauftragte hatte das Recht zur Teilnahme an den Ministerratsitzungen und dort zwar kein Stimmrecht, aber Rederecht.“<sup>175</sup> Des Weiteren waren die Fachministerien und Behörden ihr gegenüber auskunftspflichtig und sie hatte Einspruchsrecht bei Ausweisungen und Abschiebungen sowie bei allen Ausländerfragen betreffende Vorlagen des Ministeriums.<sup>176</sup> Dadurch besaß die Ausländerbeauftragte unmittelbaren Einfluss auf die vom „Zentralen Runden Tisch“ hervorgebrachten Forderungen zur Neugestaltung der Ausländergesetzgebung. Zwar wurde die Berufung von Almuth Berger zuerst bis zum 18. März 1990, dem Tag der Volkskammerwahlen, befristet, da man nicht wusste, ob dieses Amt von der neu gewählten Regierung übernommen werden würde. Doch auch die Regierung unter Lothar de Maizière übernahm das Amt der Ausländerbeauftragten als Institution und Almuth Berger konnte ihrer Tätigkeit weiter nachgehen.<sup>177</sup>

Trotz der schweren Bedingungen in der politischen Umbruchzeit, unter denen die Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ versuchte eine neue Ausländerpolitik durchzusetzen, gelang es ihr, wesentliche Anstöße für diese zu geben. Auch wenn viele Forderungen, wie der Beitritt der DDR zu den Genfer Flüchtlingskonventionen, nicht erreicht wurden, setzte die Arbeitsgruppe „Ausländerfragen“ neue Impulse und sorgte dafür, dass das Thema „Ausländer in der DDR“ in Politik und Gesellschaft zu einem wichtigen Thema wurde. Allein durch die Einrichtung von Ausländerbeauftragten auf kommunaler und auf Landesebene schuf die Arbeitsgruppe ein Instrument zur deutlichen Verbesserung der Lage der Ausländer. Viele der in den neunziger Jahren im vereinten Deutschland diskutierten Fragen der Integration, des Zusammenlebens in einer pluralen Gesellschaft und der interkulturellen Kompetenz wurden

---

<sup>174</sup> Sextro, S. 54.

<sup>175</sup> Berger: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 202.

<sup>176</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>177</sup> Vgl.: Sextro, S. 57; Berger: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 203.

bereits hier aufgegriffen und diskutiert.<sup>178</sup> Die Wichtigkeit dieser frühen Ausländerarbeit wird deutlich, wenn die Situation betrachtet wird, mit der sich die ausländischen DDR-Bürger im Zuge der Wende konfrontiert sahen.

---

<sup>178</sup> Vgl.: Sextro, S. 57; Berger: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches, S. 203.

## 3.2 Die Verlierer der Wende

Der Zusammenbruch der DDR und die deutsche Wiedervereinigung brachten grundlegende Veränderungen für das Leben der DDR-Bürger aber auch der ausländischen Arbeitskräfte mit sich. Politische und gesellschaftliche Veränderungen erfassten sehr schnell die DDR-Wirtschaft und der radikale Wandel wirkte sich direkt negativ auf das Leben der Vertragsarbeitnehmer aus. Denn während sich für die Bürger der DDR eine Erweiterung ihrer bürgerlichen Rechte und eine Verbesserung ihrer materiellen und kulturellen Lebensqualität abzeichneten, wurde den ausländischen Vertragsarbeitern die deutliche Verschlechterung ihrer Aufenthaltsbedingungen bewusst.<sup>179</sup> Zum Zeitpunkt der Wende lebten noch etwa 190.000 Ausländer in der DDR, von denen rund 90.000 Vertragsarbeiter waren.<sup>180</sup> Den größten Anteil der Vertragsarbeiter zu dieser Zeit bildeten, wie schon in der Vorwendezeit, die vietnamesischen Vertragsarbeiter. Die Regierungsabkommen der Vertragsarbeiter waren noch bis 31.12.1990 in Kraft und hatten darüber hinaus Geltung, solange die ausländischen Arbeiter in DDR-Betrieben tätig waren. Offiziell galten somit Verträge, die bei der Einreise 1989 geschlossen wurden, bis 1994/95 und durften nicht einseitig gekündigt werden.<sup>181</sup> Einseitige Kündigungen wären rechtswidrig gewesen, hätten unmittelbar völkerrechtliche Konsequenzen mit sich gebracht und die freundschaftlichen Beziehungen zu den Partnerländern beeinträchtigt. Als erster Schritt wurden alle für 1990 vorgesehenen Einreisen in die DDR von der DDR-Regierung storniert.

Die Situation der Betriebe wurde immer problematischer, da die vormals bezahlten Subventionen nun durch die Stornierungen der Regierungsverträge gekürzt oder eingestellt wurden. Dies entzog vielen Betrieben die zum Wirtschaften nötigen finanziellen Mittel, was einen Großteil von ihnen in den Konkurs führte. Darüber hinaus kam es in vielen Betrieben zu Produktionseinschränkungen und Profilveränderungen, die entweder in Kurzarbeit oder Entlassungen mündeten. Viele der großen Kombinate zerbrachen und mussten sich in Unterbetriebe aufteilen oder schließen. Zusätzlich zum knappen Budget bereiteten vielen Betrieben nun die durch die ausländischen Arbeiter entstandenen Mehrkosten große Probleme, wie die Finanzierung der Wohnheime oder der Heimflüge. Laut Vertrag durften die

---

<sup>179</sup> Vgl.: Marburger, S. 31.

<sup>180</sup> Vgl.: Berger, Almuth: Nach der Wende: Die Bleiberechtsregelung und der Übergang in das vereinte Deutschland, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 70.

<sup>181</sup> Vgl.: Ebenda, S. 71; zum Folgenden, ebenda, S. 71 f.

ausländischen Arbeiter jedoch nicht entlassen werden, oft blieben Entlassungen dennoch unvermeidlich: „Es kam immer häufiger zu eigenmächtigen Entlassungen durch die Betriebe, Chartermaschinen wurden organisiert und Arbeiter einfach vertragswidrig zurückgeführt.“<sup>182</sup> Auch stellten viele Betriebe beim Ministerium für Arbeit und Löhne Anträge auf Kündigung der Arbeitsverhältnisse mit den Vertragsarbeitern. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, drohten viele Betriebe mit Streiks, sollte das Ministerium ihren Kündigungsanträgen nicht stattgeben.<sup>183</sup> Schon im Mai 1990 waren rund 60 % der in der DDR lebenden Vertragsarbeiter von Kündigungen betroffen. Etliche von ihnen flohen in die Bundesrepublik Deutschland und stellten dort Anträge auf Asyl.<sup>184</sup> Um Konflikte mit den Partnerländern zu verhindern, bemühte sich das Arbeitsministerium, die gekündigten Arbeitskräfte in anderen Arbeitsstellen unterzubringen. Das war jedoch aufgrund der flächendeckenden Entlassungswellen und des immer unübersichtlicheren Arbeitsmarkts nicht immer möglich. Anhand dieser Tabelle wird der Rückgang der 1990 noch erwerbstätigen Vertragsarbeiter deutlich<sup>185</sup>:

Herkunftsland	Erwerbstätige am 31.12.1989	Erwerbstätige am 31.12.1990
Vietnam	59.000	21.000
Mosambik	15.100	2.800
Kuba	8.300	60
Angola	1.300	200
China	900	40

Es ist zu beachten, dass der Rückgang der kubanischen und chinesischen Vertragsarbeiter nicht auf die veränderte Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Aufgrund des sich abzeichnenden Systemwandels und der damit verbundenen politischen Wende beorderten China und Kuba ihre Vertragsarbeiter bereits ab November 1989 zurück in ihre Heimatländer.<sup>186</sup> Die Regierungen Vietnams, Mosambiks und Angolas trafen weiterführende Vereinbarungen mit der DDR-Regierung, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

<sup>182</sup> Berger: Nach der Wende, S. 71.

<sup>183</sup> Vgl.: Sextro, S. 59.

<sup>184</sup> Vgl.: Berger: Nach der Wende, S. 71.

<sup>185</sup> Marburger, S. 32.

<sup>186</sup> Vgl.: Ebenda.

Die „Wiener Konvention über das Recht der Verträge“, welcher die DDR 1986 beigetreten war, erlaubte eine einvernehmliche Änderung von völkerrechtlichen Verträgen, wenn „zur Zeit des Vertragsschlusses nicht vorhersehbare politische und ökonomische Veränderungen eintreten, deren Auswirkungen das Ausmaß der noch zu erfüllenden Vertragspflichten grundlegend umwandeln.“<sup>187</sup> In solchen Fällen seien, laut der Wiener Konvention, die Partnerstaaten völkerrechtlich verpflichtet, an der Änderung der Verträge mitzuwirken. Auf der Grundlage dieser Konvention wurden vom Ministerrat der DDR Änderungsvorschläge der Regierungsabkommen ausgearbeitet. Die Vertragsänderungen mit Vietnam wurden am 13.05.1990 in der Verordnung über die Veränderung von Arbeitsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden bestätigt und unterzeichnet. Grundlegende Änderungen der Regierungsverträge beinhalteten:

- Die Abkommen wurden nicht verlängert.
- Betrieben wurde das Recht einer vorzeitigen Kündigung „aus zwingenden Gründen“ eingeräumt.
- Finanzielle Vergünstigungen für Vertragsarbeitnehmer, wie z.B. Mietsubvention, Trennungentschädigung, Freistellung für berufliche Fortbildung, wurden aufgehoben.
- Gekündigte Arbeitnehmer konnten entweder vorzeitig in die Heimat zurückkehren oder bis zum Ablauf der vorgesehenen Vertragszeit in Deutschland bleiben.
- Rückkehrer hatten einen Anspruch auf eine „einmalige Unterstützung“ von 3000 DM, die Fortzahlung von 70% des Nettolohnes für 3 Monate, Unterbringung im Wohnheim bis zur Ausreise sowie Organisation und Finanzierung der Heimreise durch den Betrieb.
- Für in Deutschland bleibende Arbeiter wurde die Bindung der Genehmigung an einen bestimmten Arbeitsvertrag, Arbeitsplatz und Arbeitgeber gelöst. Sie hatten das Recht auf Erteilung einer Arbeits- oder Gewerbeerlaubnis, Anspruch auf angemessenen Wohnraum, auf eine betriebliche Ausgleichszahlung, Arbeitslosengeld und außerdem das Recht auf Unterstützung bei Umschulungen oder Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes.<sup>188</sup>

Die Veränderungen der Regierungsabkommen brachten sowohl Vor- als auch Nachteile für die Vertragsarbeiter mit sich. Einer der größten Nachteile der neuen Bestimmungen betraf die

---

<sup>187</sup> Berger: Nach der Wende, S. 72.

<sup>188</sup> Vgl.: Ebenda, S. 72 f; Marburger, S. 33.

von nun an geltende Legalisierung von Kündigungen: „Zwingende Gründe‘ ließen sich leicht finden, und die Betriebe machten von dieser Möglichkeit extensiven Gebrauch.“<sup>189</sup> Auch die Kürzungen der ehemaligen finanziellen Vergünstigungen bedeuteten oft hohe finanzielle Einbußen für die Vertragsarbeiter.

Vorteile ergaben sich vor allem für Vertragsarbeiter, die für die restliche Vertragszeit in der DDR bleiben wollten. Auf der einen Seite bot sich nun, zumindest theoretisch, die Gelegenheit, auf individueller Basis einen Arbeitsplatz zu suchen oder ein eigenes Gewerbe anzumelden. Auf der anderen Seite erwies sich auch dies für die Betroffenen oft schwerer als gedacht. Aufgrund hoher Arbeitslosigkeit gestaltete sich eine individuelle Arbeitsplatzsuche meist sehr kompliziert. Darüber hinaus verweigerten viele Arbeitgeber die Einstellung von Vertragsarbeitern, da, ihrer Meinung nach, die verbleibende Aufenthaltszeit nicht mehr ausreiche, um die Arbeiter an ihren Arbeitsstellen einzulernen. Vor allem Vietnamesen nahmen die Möglichkeit wahr, ein ambulantes Gewerbe auszuüben. Mit Marktständen und Imbissbuden, an denen sie Frühlingsrollen oder Reisgerichte anboten, sowie mit Blumen- oder Textilgeschäften fanden viele Vietnamesen ihre Nische auf dem Arbeitsmarkt.<sup>190</sup> Doch aufgrund fehlender Immobilien und der für viele Ausländer unbezahlbaren Gewerbemieten hielt sich die Anzahl derer, die tatsächlich ein Gewerbe eröffneten, stark in Grenzen. Der größte Teil der ausländischen Arbeitskräfte entschied sich daher für eine vorzeitige Heimreise. In Anbetracht dessen erklären sich auch 1991 die stets rückläufigen Einwohnerzahlen ausländischer Vertragsarbeiter<sup>191</sup>:

Herkunftsland	Erwerbstätige am 31.03.1991	Erwerbstätige am 30.06.1991
Vietnam	13.500	4000
Mosambik	1.535	962
Angola	100	50

Mit der Entscheidung die DDR zu verlassen, entstand für viele Vertragsarbeiter das Problem, dass viele Betriebe ihren Verpflichtungen, die Ausreise- und Abfindungszahlungen betreffend, nicht nachkamen oder aktiv versuchten, diese zu umgehen, obwohl im Fall zahlungsunfähiger Betriebe das Finanzministerium für die Mehrkosten aufgekommen wäre.

<sup>189</sup> Marburger, S. 34.

<sup>190</sup> Vgl.: Berger: Nach der Wende, S. 73.

<sup>191</sup> Zit. nach: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hrsg.): Daten und Fakten zur Ausländersituation, 13. Aufl., Bonn Juli 1992, S. 39; Sextro, S. 127.

Dadurch erhielten viele Vertragsarbeiter die ihnen zustehenden Leistungen nicht, und nur in Einzelfällen wurden die Zahlungen im Nachhinein erstattet.<sup>192</sup>

Im Wiedervereinigungsvertrag wurden die Änderungen der Regierungsabkommen zwar eingetragen, dort wurde aber nicht festgelegt, welchen Aufenthaltstitel die ehemaligen Vertragsarbeiter im vereinten Deutschland bekommen würden. Ab dem 01.01.1991 sollten die Titelbezeichnungen für Ausländer gemäß des geltenden Ausländergesetzes der Bundesrepublik Deutschland angepasst werden.<sup>193</sup> Die an die Vertragsarbeiter verliehenen Aufenthaltstitel variierten dabei sehr stark. In seiner „Arbeitsfeldanalyse“ fasst Nguyen Do Thinh die wichtigsten Strukturdaten der in Rostock lebenden vietnamesischen Vertragsarbeiter zusammen. Die von ihm präsentierten Daten beziehen sich auf die Statistiken der Ausländerbehörde aus dem Jahr 1996. Danach erfüllten rund 90% der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter mit Hauptwohnsitz in Rostock nach der Wende die rechtlichen Voraussetzungen für einen Daueraufenthalt in Deutschland. Von rund 590 ehemaligen vietnamesischen DDR-Vertragsarbeitern und deren Familienangehörigen, die 1996 in der Hansestadt Rostock lebten, besaßen rund 41 eine Aufenthaltsberechtigung. Die Aufenthaltsberechtigung galt als der „beste und sicherste Aufenthaltstitel im Rahmen des Ausländergesetzes für einen Ausländer in Deutschland.“<sup>194</sup> Die Aufenthaltsberechtigung wurde an die Ausländer verliehen, die sich bis zum Zeitpunkt der Vergabe, dem 31.12.1990, schon bis zu 8 Jahre in Deutschland aufgehalten hatten. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch dadurch, dass, obwohl sich viele der Vertragsarbeiter schon mehr als 8 Jahre auf deutschem Gebiet befanden hatten, ihnen die DDR-Aufenthaltszeit nur bis zu 50 % angerechnet wurde.<sup>195</sup> Weitere 123 vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock besaßen eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Der mit 381 Personen größte Teil der Rostocker Vietnamesen erhielt den Aufenthaltstitel einer Aufenthaltsbefugnis zugeteilt. Diese wurde aus „humanitären oder völkerrechtlichen Gründen für am längsten zwei Jahre“ erteilt.<sup>196</sup> Eine Verlängerung war meist abhängig davon, ob innerhalb dieser zwei Jahre Sozialhilfe empfangen wurde, was aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage nicht immer zu verhindern war: „Besonders hart traf diesen Umstand alleinerziehende Frauen und Männer, zumal bei einer Befugnis inzwischen kein Anspruch auf Kinder- oder Erziehungsgeld bestand. Eine Absicherung der Existenz ohne Sozialhilfebezug war hier nur unter großen Mühen zu

---

<sup>192</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>193</sup> Vgl.: Berger: Nach der Wende, S. 73.

<sup>194</sup> Nguyen, S. 1.

<sup>195</sup> Vgl.: Berger: Nach der Wende, S. 75.

<sup>196</sup> Nguyen, S. 1.

leisten.“<sup>197</sup> Nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltsbefugnis konnte Antrag auf den Erhalt einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis gestellt werden. Die Zahl der Einbürgerungen von Rostocker Vietnamesen nach der Wende bis 1996 liegt nicht vor, jedoch wird diese von Herrn Nguyen Do Thinh, aus eigenen Recherchen heraus, auf rund 10 Personen geschätzt.

Die Massentlassungen aus den Großbetrieben trafen, wie erwähnt, vor allem die ausländischen Vertragsarbeiter. Diese fielen deshalb meist schnell in die Gruppe der „schwer vermittelbaren“ Arbeitslosen. Die Zeit der deutschen Wiedervereinigung beschreiben die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter aus Rostock als besonders hart. Herr Vinh L.V. betont, dass vor allem die Jahre 1991 und 1992 eine sehr schlimme Zeit für ihn und seine vietnamesischen Kollegen darstellten. Laut seiner Aussage, mussten sie sich als ausländische Arbeitskräfte in der DDR um nicht allzu viel kümmern. Die Arbeit wurde zugeteilt, sämtliche organisatorischen Anliegen wurden von den Funktionären und Gruppenleitern übernommen, Wohnraum wurde gestellt und man hatte keine anderen Sorgen, als die täglichen Arbeiten in der vorgegebenen Zeit zu erledigen. Die Wende brachte deutliche Veränderungen mit sich. Die von den ehemaligen Vertragsarbeitern erwartete Selbstorganisation überforderte viele. Man verlor seinen Arbeitsplatz, musste sich um eine eigene Wohnung kümmern, aufenthaltsrechtliche Belange klären oder klären lassen und sich in dem neuen System zurechtfinden.<sup>198</sup> Auch für Herrn Long N.D. und Herrn Bao D.V. bildeten die Selbstorganisation und der Überlebenskampf im neuen Deutschland anfangs die größten Herausforderungen. Während Herr Bao D.V. 1990 seine Arbeit bei der Deutschen Reichsbahn verlor und bis 1992 Arbeitslosengeld bezog, hielt sich Herr Long N.D. von 1990 bis 1992 mit Kurzarbeit über Wasser, bevor er ab 1992 Arbeitslosengeld beantragte.<sup>199</sup> Ein weiteres, schwerwiegendes Problem sieht wiederum Herr Thai V.D. im Verlust vieler Kontakte zu anderen, befreundeten Vietnamesen, da sich in dieser Krisenzeit jeder um sein eigenes Schicksal kümmern musste und viele die Stadt verließen.<sup>200</sup> Nachdem auch ihm seine Arbeit gekündigt worden war, zog er nach Hamburg, da er dort die Chance auf Arbeit größer einschätzte. In Hamburg arbeitete er in einem Betrieb, der Kaffeebecher herstellte und zog nach einiger Zeit nach Berlin, um dort als selbstständiger Unternehmer zu arbeiten, bevor er nach Rostock zurückkehrte.

---

<sup>197</sup> Berger: Nach der Wende, S. 75.

<sup>198</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

<sup>199</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D.; Herr Bao D.V..

<sup>200</sup> Vgl.: Interview Herr Thai V.D..

Mit der bundeseinheitlichen Bleiberechtsregelung, die am 17.06.1993 in Kraft trat, konnten ehemalige Vertragsarbeiter aus Vietnam, Mosambik und Angola nach § 32 des Ausländergesetzes eine Aufenthaltsbefugnis erhalten, wenn sie zum in der Bleiberechtsregelung festgelegten „begünstigten Personenkreis“ gehörten. Die Voraussetzungen für die Zuteilung dazu waren:

- ununterbrochener rechtmäßiger oder geduldeter Aufenthalt im Bundesgebiet.
- kein Erhalt von Leistungen für die freiwillige Rückkehr.
- Rücknahme eines gestellten Asylantrages bis zum 17.02.1993.
- Bestreiten des Lebensunterhalts aus legaler selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit.
- keine Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat.<sup>201</sup>

Zusätzlich vergab die Bundesanstalt für Arbeit und Sozialordnung (BMA) eine „besondere Arbeitserlaubnis“ an Personen, die sich mindestens seit fünf Jahren auf deutschem Gebiet aufgehalten hatten und zu dem begünstigten Personenkreis gehörten.<sup>202</sup>

Nguyen Do Thinh beklagt, dass die ehemaligen Vertragsarbeiter nicht schon früher mit den westdeutschen „Gastarbeitern“ gleichgesetzt wurden, denn „angesichts der relativ geringen Zahl [war] deren dauerhafte Sonderstellung von der Bundesregierung kaum zu rechtfertigen.“<sup>203</sup> Die Mehrzahl der Vertragsarbeiter wurde stattdessen offiziell wie „Werksarbeiter“ behandelt, „die nach Ablauf einer begrenzten, auf ein bestimmtes Objekt bezogenen Arbeit“ wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren mussten.<sup>204</sup> Diese ungleiche Behandlung führte zu unterschiedlichen Lebensbedingungen der betroffenen Vietnamesen in Deutschland. Nguyen Do Thinh unterscheidet drei wesentliche Gruppen von ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern und deren Lebensbedingungen in Rostock.

Zur ersten Gruppe zählt er Vietnamesen mit deutscher Staatszugehörigkeit, die meist schon zu DDR-Zeiten geheiratet hatten und seit mehr als 14 Jahren in Deutschland lebten. Sie hatten oftmals keine Schwierigkeiten im Alltag, vor allem da sie die deutsche Sprache gut beherrschten. Die Personen dieser ersten Gruppe lebten meist, mit Partner oder ohne, zurückgezogen mit ihren Familien und ihrem Freundeskreis und pflegten kaum Kontakte zu

---

<sup>201</sup> Vgl.: Berger: Nach der Wende, S. 75.

<sup>202</sup> Vgl.: Ebenda; Nguyen, S. 8.

<sup>203</sup> Nguyen, S. 9; zum Folgenden, ebenda, S. 9 ff.

<sup>204</sup> Berger: Nach der Wende, S. 73.

ihren Landsleuten. Diskriminierung im Alltag, so Nguyen Do Thinh, erfuhren sie nur aufgrund ihres Aussehens.

Zur zweiten Gruppe zählt Nguyen Do Thinh Vietnamesen mit Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltserlaubnis, welche schon mindestens seit 1982 in Deutschland lebten und meistens mit einem deutschen Partner verheiratet waren. In der DDR war ein Großteil dieses Personenkreises als Gruppenleiter angestellt gewesen. Später arbeiteten viele dieser Vietnamesen als Selbstständige im Einzelhandel, in der Gastronomie oder gingen anderen Tätigkeiten nach. Nach wie vor hatten die Personen dieser zweiten Gruppe keine hohen, qualifizierenden Berufsausbildungen, doch durch die Arbeitserlaubnis, die eventuellen Familienzusammenführungen oder die Inanspruchnahme der öffentlichen Sozialleistungen hatten sie kaum Nachteile im Alltag. Sie lebten nicht mehr in Wohnheimen, sondern mit ihren Familien in Mietwohnungen in den verschiedenen Stadtteilen. Probleme bei dieser Personengruppe ergaben sich oft durch das Alter der Betroffenen, da sie oft schon zu alt für einen Neuanfang im Berufsleben aber zu jung für die Rente waren. Personen dieser Gruppe, so Nguyen, verfolgten eine langjährige Lebensplanung in Deutschland.

Zur dritten Gruppe in Rostock zählen die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter, die frühestens im April 1984 und spätestens im September 1989 in die DDR eingereist waren, also damals bereits zwischen 7 und 12 Jahren in Deutschland gelebt hatten. Nach der Bleiberechtsregelung erhielten rund 90 % dieser in Rostock lebenden Vietnamesen nach der Beantragung eine Aufenthaltsbefugnis. Diese Personen lebten verunsichert, hatten meist keinen oder einen nicht anerkannten Berufsabschluss und übten Hilfsarbeitertätigkeiten aus: „Sie sehen nicht ein, oder können oder wollen nicht einsehen, daß sie ihre Sprachkenntnis verbessern sowie einen Beruf erlernen müssen, um ihren Aufenthalt in Deutschland zu sichern.“<sup>205</sup> Die Gründe dafür sieht Nguyen Do Thinh im Alltagsleben, das vielen Personen dieser Gruppe sehr viele Schwierigkeiten bereitete. Oft ließen sie ihre Familien und Kinder jahrelang in Vietnam zurück, um in Deutschland arbeiten zu können. Dabei spielte der Wunsch nach finanzieller Unterstützung der eigenen Familie und einer eventuellen Familienzusammenführung in Deutschland eine große Rolle. Aus diesem Grund arbeiteten die Vietnamesen überdurchschnittlich viel und gingen allen Arbeitsbeschäftigungen nach, die sie finden konnten, allerdings ohne dabei auf eine langfristige Berufs- und Zukunftsplanung zu achten. Nguyen Do Thinh betont, wie schwierig es für die Vietnamesen war, auf dem sowieso schon überlasteten Arbeitsmarkt Anfang der 90er Jahre, ohne unbefristete

---

<sup>205</sup> Nguyen, S. 10.

Aufenthaltsgenehmigung, ohne Berufsabschluss und mit nur sehr geringen Deutschkenntnissen, Arbeit zu finden:

„So [gab] es in Rostock die neuen Beschäftigungen für VietnamesInnen, wo sie am Tag mindestens 8 Tonnen Papiermüll am Fließband sortieren [mussten], wo sie in der Küche von 10 bis 23, 24 Uhr abwaschen, wo sie jeden Tag um 4 Uhr gen Wochenmärkte losfahren [mussten], um noch rechtzeitig einen Stand zu ergattern usw.“<sup>206</sup>

Durch die fehlende oder mangelnde Integration nach der Wende lebte ein Großteil der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter zurückgezogen. Vor allem bei neuen vietnamesischen Familienmitgliedern, die durch Familienzusammenführungen nach Deutschland gekommen waren, bestanden erhebliche Sprachdefizite. Durch die viele Arbeit, blieb am Wochenende oft wenig oder keine Zeit für die sprachliche Weiterbildung, und oft waren es die eigenen Eltern, die ihre Deutsch sprechenden Kinder nicht verstanden. Einige ledige und alleinlebende Männer, wobei Nguyen Do Thinh betont, dass es dies in Rostock nur vereinzelt gab, neigten zu überhöhtem Alkoholkonsum und Glückspielen im Casino: „Dabei ist es kein Einzelfall, dass sie ihre gesamten Ersparnisse verloren haben (...)“

Es lässt sich festhalten, dass sich die Lebensbedingungen der Vertragsarbeiter im Zuge der deutschen Wiedervereinigung deutlich verschlechterten. Die Massenentlassungen der Betriebe, die damit verbundene Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden finanziellen Probleme bereiteten vielen Vertragsarbeitern in der Wendezeit erhebliche Schwierigkeiten. Neben den Unklarheiten über den zukünftigen aufenthaltsrechtlichen Status bestimmten vor allem die Sorge um Wohnraum, Arbeitsplatz und Unterhaltssicherung das Leben der ausländischen Arbeitnehmer in den ersten Jahren nach der Wende. Häufig lebten sie in dieser Zeit am Existenzminimum und in zurückgezogenen Verhältnissen, mit der ständigen Angst, in ihr Heimatland zurückgesendet zu werden. Die einzige Möglichkeit in Deutschland zu bleiben bestand für viele darin, einen Arbeitsplatz zu finden, um sich den Lebensunterhalt zu sichern. Der Weg in die Selbstständigkeit bot hierbei einem Großteil vietnamesischer Vertragsarbeiter oft die einzige Möglichkeit zum Überleben.

---

<sup>206</sup> Nguyen, S. 11.

### 3.3 Der Weg in die Selbstständigkeit als einzige Rettung

Laut Statistik befanden sich 1996 rund 300 Personen der rund 590 ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter Rostocks in einem Arbeitsverhältnis oder waren selbstständig. Diese ausgeübten Tätigkeiten boten jedoch meist weder eine realistische Zukunftsperspektive, noch ausreichend Versicherungsschutz, da bei vielen Arbeiten nicht einmal Sozialversicherungsbeiträge geleistet wurden: „Im Grunde [handelte] es sich bei dieser Gruppe um Personen, die sozusagen Hauptberuflich einer Nebentätigkeit [nachgingen].“<sup>207</sup> Herr Nguyen Do Thinh unterscheidet zwei Hauptgruppen von arbeitenden ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern in Rostock:

Zum einen die abhängigen Beschäftigten, die oft in kleinen Familienbetrieben, überwiegend im Gastronomiebetrieb oder im ambulanten Handel, arbeiteten, aber extrem wenig verdienten. Nur in Ausnahmefällen arbeiteten die Menschen dieser ersten Gruppe eine volle Woche, sondern vorwiegend auf Stundenbasis für kurze Zeit am Tag. Dieses Leben am Existenzminimum zeigt deutlich, wie weit entfernt die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter von einer realistischen und auf Dauer funktionierenden Lebensplanung waren.

Zum anderen führt Nguyen Do Thinh die Gruppe der selbstständigen Unternehmer an, die oft viele Stunden am Tag hart arbeiteten und dabei finanziell nur schwer ihren Grundbedarf abdecken konnten. Diese Personen hatten oft nur ein Mindestmaß an Absicherung im Krankheitsfall, da sie ihre Krankenversicherungen ohne Krankengeldoption und darüber hinaus keine Invaliditäts- und Altersvorsorge abschlossen.

Dadurch dass die Mehrheit der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter den Weg in die Selbstständigkeit als die beste Chance auf Lebensunterhaltssicherung empfand, eröffnete sie Imbissbuden, Marktstände, Blumenstände oder kleine Restaurantbetriebe in denen oft die ganze Familie mitarbeitete. Diese Eigeninitiative unter den vietnamesischen Vertragsarbeitern führt Karin Weiss auf den Zwang zur Selbstständigkeit während und nach der Wende zurück. Durch den hohen Mangel an Arbeitsplätzen bot dieser Weg die besten Voraussetzungen für

---

<sup>207</sup> Nguyen, S. 2; zum Folgenden, ebenda, S. 2 ff.

das Überleben in Deutschland, vor allem für die eigene finanzielle Absicherung.<sup>208</sup> Die Selbständigkeit im Kleingewerbe war für viele die einzige Möglichkeit Geld zu verdienen, auch wenn die finanziellen Mittel, trotz eines hohen Arbeitsaufwandes, begrenzt blieben. Die befristete Aufenthaltsregelung machte langfristige Planung jedoch nahezu unmöglich, da die Betroffenen immer wieder mit einer Abschiebung zu rechnen hatten.

Viele der Vertragsarbeiter zogen sich, so Karin Weiss, in die „ethnic community“ zurück, das heißt, sie bildeten eine autonome ethnische Gemeinschaft mit eigenen Werten, eigenen Mustern und eigener Ökonomie. So entstand in und nach der Wendezeit eine autarke vietnamesische Migrantenökonomie mit fließenden Übergängen zwischen staatlich erfasster Ökonomie und Schattenwirtschaft:

„Die vietnamesischen Migranten eroberten sich in diesem Sinne Nischen im Handels- und Servicebereich, in denen sich ein reziprokes Verhältnis von tradierten Organisationsformen und wirtschaftlicher Effizienz entwickelte. Es handelte sich um legale, halblegale und illegale Formen des ‚ethnic business‘, das den vietnamesischen Lokalitäten sowie den politischen und juristischen Bedingungen angepasst ist.“<sup>209</sup>

Karin Weiss unterstreicht, dass obwohl sich diese Handelstätigkeit heute in legalen Bereichen bewegt, die Formen und die ethnischen Strukturen jedoch die gleichen geblieben sind. Auch Dao Minh Quang bestätigt, dass sich unter den ehemaligen Vertragsarbeitern ausdifferenzierte wirtschaftliche Strukturen entwickelten, die sich in vielerlei Hinsicht den in Deutschland üblichen wirtschaftlichen Strukturen angepasst hatten.<sup>210</sup> Die Geschäfte richteten sich nach den ethnischen Strukturen aus und boten Waren und Dienstleistungen an, die für die vietnamesische Gemeinschaft wichtig waren. Zwar richtete sich das Angebot auch an die deutsche Kundschaft, jedoch blieben die geschäftlichen Beziehungen größtenteils innerhalb der vietnamesischen Gruppe.

Dao Minh Quang geht davon aus, dass rund 55 % der Vertragsarbeitnehmer in Deutschland in den Jahren nach der Wende eine selbstständige Existenz gründeten, rund 15 % arbeitslos und rund 30 % als Arbeitnehmer tätig waren. Den hohen Anteil der Selbstständigkeit bei der Vertragsarbeitergruppe führt Dao Minh Quang auf verschiedene Faktoren zurück.

---

<sup>208</sup> Vgl.: Weiss, Karin: Nach der Wende: Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 83; zum Folgenden, ebenda, S. 83 ff.

<sup>209</sup> Zit. nach: Liepe, Lars: Die vietnamesische Migrantenökonomie, in: Tamara Hentschel (Hrsg.): Zweimal angekommen und doch nicht zuhause: Vietnamesische Vertragsarbeiter in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 44.

<sup>210</sup> Vgl.: Quang, S. 122; zum Folgenden, ebenda, S. 120 f.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass viele vietnamesische Vertragsarbeiter schon zu DDR-Zeiten begannen neben ihrem Arbeitsleben in den Betrieben Nebentätigkeiten auszuüben, um sich zusätzlich Geld zu verdienen. Durch diese Nebentätigkeiten entdeckten viele Vietnamesen die Marktlücken im DDR-System und sammelten Erfahrungen im Kleinhandel. Zusätzlich dazu brachten viele Vietnamesen die Tradition des Kleinhandels aus Vietnam mit.

Nach den Massenentlassungen in der Wendezeit ergriffen viele vietnamesische Vertragsarbeiter die Möglichkeit, ohne große Formalitäten und Regelungen, auf der Straße Waren zu verkaufen, um sich Geld dazuzuverdienen und um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Auf Basis dieser Tätigkeiten, so Dao Minh Quang, wurden die ersten Gewerbe angemeldet: „Aus ihnen heraus sind später auch die meisten der Familienbetriebe entstanden.“<sup>211</sup>

Ein weiterer Grund, der für die Selbstständigkeit vieler ehemaliger Vertragsarbeiter sprach, war die Möglichkeit der Vietnamesen, Familienangehörige, Freunde und Verwandte im Betrieb zu beschäftigen, um sich gegenseitig zu helfen.

Nach Dao Minh Quangs Einschätzung verteilte sich die Gruppe der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter auf die folgenden beruflichen Tätigkeiten:<sup>212</sup>

<b>Gruppe</b>	<b>Anteil</b>	<b>Branche</b>
Hochschulabsolventen	10 %	Dienstleistungsservice
Dolmetscher und Gruppenleiter	15 %	Großhandel und Fachgeschäft
Facharbeiter	55 %	Einzelhandelsgeschäfte und Gastronomie
ohne Berufsqualifikation	20 %	Umschulung, Arbeitnehmer oder arbeitslos

Das hauptsächliche Interesse richtete sich bei den ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern dabei auf folgende Branchen:<sup>213</sup>

---

<sup>211</sup> Quang, S. 120.  
<sup>212</sup> Ebenda, S. 121.  
<sup>213</sup> Ebenda.

<b>Branche</b>	<b>Anteil</b>
Gastronomie (Imbiss, Restaurant)	45 %
Einzelhandel und Großhandel (Textilien, Blumen, Lebensmittel, Zeitungen, Lotto)	35 %
Ex- und Importgeschäfte	5-10 %
Dienstleistungsservice: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Lohn- und Buchhaltungsbüros</li> <li>- Dolmetscher- und Übersetzungsleistungen</li> <li>- Reisebüros</li> <li>- Versicherungsbüros</li> </ul>	5-10 %

Generell lässt sich feststellen, dass die gesamte Gruppe der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter sehr aufstiegsorientiert war. Ihr gesamtes Leben richtete sich nach Arbeit und Existenzsicherung. Lange Arbeitszeiten und eine überdurchschnittliche Arbeitsbereitschaft, Arbeitswochen mit über 60 Stunden pro Woche, bildeten eher die Regel als die Ausnahme. Trotz dieses hohen Arbeitsaufwandes erwirtschafteten viele vietnamesische Kleinbetriebe oft nur Umsätze, die zur Existenzsicherung benötigt wurden. Der Durchschnittsverdienst eines vietnamesischen Kleinunternehmens liegt heute beispielsweise, laut Dao Minh Quang, bei rund 2000 Euro, was gleichzeitig das gesamte Familieneinkommen bedeutet. Dieses sehr geringe Gesamteinkommen sichert zwar die Grundexistenz, erlaubt darüber hinaus jedoch keine soziale Absicherung oder Konsum.<sup>214</sup>

Das Familieneinkommen konnte nur dadurch abgesichert werden, dass keine fest geregelten Arbeitszeiten eingehalten werden mussten. Die erwähnten langen Arbeitszeiten waren für die selbstständigen Unternehmer wichtig, ließen jedoch kaum Zeit für die Familie: „Vietnamesen wurden und werden auf Arbeitsmarktsegmente abgedrängt, die ein normales Familienleben nicht ermöglichen.“<sup>215</sup> Familie und Arbeit verschmolzen und eine klare Abgrenzung konnte nicht gezogen werden. Aufgrund der langen Arbeitszeiten wurden die Kinder der vietnamesischen Familien oft in Ganztagesbetreuungseinrichtungen untergebracht. Einerseits förderte dies die Integration der nachwachsenden Generation, andererseits verbrachten Eltern und Kinder so nur sehr wenig Zeit miteinander.

<sup>214</sup> Vgl.: Quang, S. 123.

<sup>215</sup> Zit. nach: Ehrlich, Ute: Vietnamesen in den neuen Bundesländern: Kreativität durch Ausbruch aus der sozial und ausländerrechtlich konstruierten Isolierung, in: Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit für Weltoffenheit und inneren Frieden (Hrsg.): Hintergründe 4: Ehemalige DDR-Vertragsarbeitnehmer. Zur sozialen und aufenthaltsrechtlichen Situation, Berlin 1996, S. 19.

Um den regionalen Bezug zu Rostock und die Thematik der selbstständigen Unternehmensgründung vietnamesischer Vertragsarbeiter nach der deutschen Wiedervereinigung zu veranschaulichen, wird im Folgenden auf die Arbeits- und Lebensgeschichte von Frau Nguyen T.B.T. eingegangen. Anhand ihrer Erfahrungen lässt sich die Situation der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Nachwendezeit in Rostock sehr gut nachvollziehen.

Ihr ursprünglicher Berufswunsch in Vietnam Lehrerin zu werden scheiterte an ihren, für diesen Berufszweig notwendigen, nicht ausreichenden Abschlussnoten.<sup>216</sup> Daraufhin arbeitete Frau Nguyen T.B.T. als Warenzählerin in der vietnamesischen Hafenstadt Hải Phòng. Die Entscheidung als Vertragsarbeiterin in die DDR zu gehen wurde von ihrer Mutter initiiert, woraufhin Frau Nguyen T.B.T. 1984 im Alter von 18 Jahren in die DDR einreiste. Ohne Vorkenntnisse auf diesem Gebiet wurde sie im Rostocker Seehafen als Köchin ausgebildet und arbeitete dort bis zur Auflösung der DDR. Die Wendezeit beschreibt Frau Nguyen T.B.T. als eine, für alle vietnamesischen Vertragsarbeiter, sehr schwierige Übergangszeit. Im Zuge der Wende wurde Frau Nguyen T.B.T. ihre Arbeitsstelle als Köchin gekündigt. Durch die Geburt ihres Sohnes 1990 und die damit verbundene Verantwortung, verbrachte Frau Nguyen T.B.T. die nächsten drei Jahre hauptsächlich als Hausfrau. Diese Zeit der Arbeitslosigkeit beschreibt sie als sehr schwer und unsicher, da sie und ihr Mann nicht wussten, wie und wo sie genügend finanzielle Mittel auftreiben sollten, um in Deutschland zu überleben. Gelegenheitsjobs als Verkäuferin auf Märkten, als Putzgehilfin in Kinos oder anderen Betrieben verhalfen ihr zu einem geringen, aber essentiellen Einkommen. Ab 1994 entschied sich Frau Nguyen T.B.T., als ausgebildete und erfahrene Köchin, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Den Grund für diese Entscheidung sah sie in den deutlich besseren Verdienstmöglichkeiten, der Unabhängigkeit und der Flexibilität.

Der Entschluss zur Selbstständigkeit wurde schnell gefasst, doch bis zu dessen Realisierung, so Nguyen T.B.T., war es ein weiter Weg. Die Gründung eines eigenen Unternehmens, im Fall von Frau Nguyen T.B.T. war dies zu Beginn die Eröffnung eines Imbisses, stellte die ausländischen Bürger vor teils unüberwindbare Schwierigkeiten. Allein die Finanzierung der gewünschten Projekte erwies sich in vielen Fällen schwer. Im Unterschied zu Deutschen, war es für Ausländer, allein wegen den beschränkten Aufenthaltsbefugnissen, erheblich schwieriger, sogar oftmals unmöglich, Bankkredite zur Unternehmensgründung zu bekommen. Deshalb, so Nguyen T.B.T., verließen sich viele Vietnamesen auf die Hilfe der

---

<sup>216</sup> Vgl.: Gesprächsrunde Diên Hồng e.V.; zum Folgenden, ebenda.

vietnamesischen Community. Nur durch Privatdarlehen von vietnamesischen Freunden und Bekannten konnte sie sich den Wunsch nach einem eigenen Imbissstand finanzieren. Ein Vorteil, den Frau Nguyen T.B.T. hatte, war die Hilfe ihres deutschen Nachbarn. Dieser half Frau Nguyen T.B.T. bei organisatorischen und bürokratischen Angelegenheiten, welche die meisten ausländischen, selbstständigen Unternehmer anfangs überfordern: Interne Kassenbuchabrechnungen, Kontakte zur Industrie und Handelskammer, Anmeldungen beim Gewerbeamt sowie die notwendigen Anmeldungen und Meldepflichten bei der Berufsgenossenschaft. Frau Nguyen T.B.T. verdankt diesem hilfsbereiten Nachbarn einen erleichterten Start ins selbstständige Berufsleben, in dessen Genuss nicht viele der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter kamen. Doch auch hier, berichtet Frau Nguyen T.B.T., verließen sich viele der Vietnamesen auf die Unterstützung der ethnischen Community und bekamen Hilfe von Freunden und Bekannten, die bereits Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt hatten.

Karin Weiss betont die Wichtigkeit dieser vietnamesischen Community. Die bildete nicht nur die Basis für soziale Beziehungen, sondern stand auch für materielle Sicherheit und Hilfsangebote in Notsituationen. Für die meisten vietnamesischen Vertragsarbeiter war ihre soziale Bezugsgruppe der Ersatz für die traditionelle Sozialversicherung: „Die Bezugsgruppe [sicherte] die Kreditwürdigkeit und Versorgung in Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Krankheit und [half], neu ankommende Familienangehörige in Deutschland (...) zu versorgen.“<sup>217</sup>

Obwohl Frau Nguyen T.B.T. zu Beginn ihrer Arbeit nicht die finanziellen Mittel zur Gründung des Imbisses besaß und sich für ihre Verhältnisse sehr hoch verschulden musste, war der Schritt zur Selbstständigkeit für sie der einzige Weg in eine bessere Zukunft:

„Ich hab auch gedacht, es ist am Anfang sehr schwer. (...) Keine Auto und nix Geld und so und ich sag: Jetzt fang ich an mit selbstständig machen! Ich fahr mit meinem Sohn zum Kindergarten, eine Hand mein Sohn und eine Hand mit Nudeln, Gemüse in der Tüte und zum Imbiss: verkaufen.“<sup>218</sup>

Während ihr Mann weiterhin als angestellter Maler sein Geld verdiente, begann Frau Nguyen T.B.T. ihren Imbiss zu eröffnen. Nach einer schwierigen Anfangsphase mit wenig Kunden, konnte sie nach einiger Zeit erste Erfolge verzeichnen und ihren Kundenstamm vergrößern. Daraufhin beendete ihr Mann seine Arbeit als Maler und arbeitete bei ihr im Imbissbetrieb mit. Ihr Erfolgsrezept, so Nguyen T.B.T., war die Kombination des Angebots aus deutscher

---

<sup>217</sup> Weiss: Nach der Wende, S. 88.

<sup>218</sup> Gesprächsrunde Diên Hồng e.V..

und vietnamesischer Küche. Dies war sehr untypisch, die meisten Vietnamesen beschränkten sich ausschließlich auf das Angebot von vietnamesischer Küche.

Anhand dieses Beispiels wird klar, welchen Problemen die vietnamesischen Vertragsarbeiter in der Wende- und Nachwendezeit ausgesetzt waren. Die fristlosen Kündigungen der Betriebe zogen für viele eine oftmals jahrelange Arbeitslosigkeit nach sich. In dieser Zeit blieb vielen nichts anderes übrig, als sich mit Nebenjobs Geld zu verdienen, um nicht von der Sozialhilfe abhängig zu werden. Dies hätte in vielen Fällen die Ausreise der Betroffenen bedeutet. Der Weg in die Selbstständigkeit bot für viele ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter eine gute Alternative. Unabhängigkeit, Flexibilität, die Aussicht auf besseren Verdienst und der Ehrgeiz ein Unternehmen aus eigener Kraft realisieren zu können, überzeugte eine Vielzahl von der Selbstständigkeit. Die Finanzierung der Unternehmen und die deutsche Bürokratie brachten oftmals die größten Probleme zur Realisierung der Selbstständigkeit mit sich, da einerseits die finanziellen Mittel zur Umsetzung nicht vorhanden waren, und andererseits das Wissen über die Anmeldung eines Gewerbes in Deutschland fehlte. Das Vertrauen in die ethnische Gemeinschaft der vietnamesischen Community, die Unterstützung, die sich die Vietnamesen gegenseitig zukommen ließen, bestätigt die These von Karin Weiss, dass sich die Vietnamesen in den Jahren nach der Wende eine autarke vietnamesische Migrantenökonomie aufbauten und verfolgten. Den ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern gelang es eine Nische im Dienstleistungssektor zu finden und für sich zu nutzen. Dies sicherte vielen die Finanzierung des Lebensunterhalts und das Bleiberecht in Deutschland.

## 4. Integration und Ausländerfeindlichkeit im vereinten Deutschland

### 4.1 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Im folgenden Kapitel soll auf die Entwicklung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen nach der deutschen Wiedervereinigung eingegangen werden. Die Frage, ob sich die rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen gegenüber Ausländern in der ehemaligen DDR in der Wende- und Nachwendezeit erhöht haben, soll hierbei im Vordergrund stehen. Darüber hinaus werden die rechtsextremistischen Strömungen in Ostdeutschland und deren Entwicklungen in Hinsicht auf den Einfluss westdeutscher rechtsradikaler Gruppierungen und Organisationen analysiert. Abschließend wird aufgezeigt, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf das Leben der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter hatten.

Bereits in Kapitel 2.4 wurde detailliert auf die Entwicklungen und Gründe des rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Potentials in der DDR-Bevölkerung eingegangen. Es ist deutlich zu sehen, dass sich ab Mitte der 80er Jahre vor allem bei Jugendlichen rechtsextreme Tendenzen bemerkbar machten, die unter anderem auf die Abkehr der Jugend vom propagierten Antifaschismus und den ritualisierten Inhalten und Methoden der realsozialistischen Wirklichkeit der DDR, sowie auf die Ablehnung des DDR-Herrschaftssystems zurückzuführen waren. Doch nicht nur in Jugendkreisen, sondern auch in der gesamten Bevölkerung waren ab Mitte der 80er verstärkt rechtsextreme und fremdenfeindlichere Tendenzen festzustellen, die wiederum auf den vorherrschenden Provinzialismus und die gezielte Verdrängungsmethodik der DDR-Regierung zurückzuführen waren. Kapitel 2.4 zeigt, dass es schon in der DDR rechtsextrem orientierte Strömungen gab und der Grundstein für die rechtsextremistischen Entwicklungen nach der Wende in Ostdeutschland bereits zu DDR-Zeiten gelegt wurde. Wolfgang Melzer warnt jedoch davor, diese Zunahme des Rechtsextremismus in Ostdeutschland allein auf die „Existenz von 40 Jahren DDR“ zurückzuführen, „als ob es rechtsextremistische und ausländerfeindliche Aktivitäten in Westdeutschland (...) nie gegeben habe.“<sup>219</sup> Darüber hinaus fügt Melzer an, dass oft die Meinung vertreten wurde, dass Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit im Osten Deutschlands nicht direkt zugenommen hätten, dass jedoch tatsächlich durch die

---

<sup>219</sup> Melzer, S. 147.

Wende erstmals das „aufbrechen“ und an die Oberfläche gelangen konnte, was schon lange latent in den Köpfen der DDR-Bevölkerung vorhanden gewesen war.<sup>220</sup> Die wichtigsten Ursachen für die zunehmende Verbreitung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit müssen, laut Melzer, in den Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und der deutschen Wiedervereinigung gesucht werden.

Der Zusammenbruch der alten Ordnung in der DDR und die sich vollziehende Systemtransformation hat, so Melzer, die Sinn- und Orientierungskrise der ostdeutschen Bevölkerung, vor allem der Jugend, noch weiter verstärkt: „Die dramatischen Veränderungen [betrafen] nahezu jeden Lebensbereich und stellten eine psychosoziale Extremsituation, ein ‚kritisches Lebensereignis‘ für den Einzelnen dar, dessen Bewältigung die subjektive Belastungskapazität z.T. [überstieg].“<sup>221</sup> Dieser Zusammenbruch bedeutete für viele Ostdeutsche eine starke psychische Belastung und wurde oft als der Verlust von Sicherheit und Geborgenheit oder Identitätskrise angesehen.<sup>222</sup> Für Richard Stöss erhöhten die ökonomisch-sozialen Folgen des Systemwechsels, der Niedergang der DDR-Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die enttäuschten Hoffnungen auf eine rasche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Druck auf die Menschen in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus strebten die ehemaligen DDR-Bürger in diesen Zeiten des Umbruchs nach Ruhe und Ordnung, nach Stabilität und Berechenbarkeit, nach Fürsorge und sozialer Gerechtigkeit, was, für Stöss, autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen zusätzlich verstärkte.<sup>223</sup> Die rasanten und radikalen Veränderungen und tiefgreifenden Wandlungen der eigenen Lebensumstände gipfelten bei den betroffenen Menschen oftmals in Verunsicherung, Bedrohung des Selbstwertgefühls, in Existenz- und Zukunftsängsten und in verstärkter Halt- und Orientierungslosigkeit.<sup>224</sup> Der Systemwandel bedeutete für viele Menschen den Zusammenbruch ihrer gewohnten Lebensumstände. An Stelle eines Lebens, das weitgehend in geordneten Bahnen verlief, trat fast schlagartig ein Leben, das von Ungewissheit geprägt wurde. Der Wegfall bisher bekannter sozialer Sicherheiten und der Übergang in eine, für viele ungewohnte, kapitalistische Gesellschaft, bedeutete einen Bruch in der eigenen Biographie, eine Abwertung oder ein Scheitern von persönlichen Lebensleistungen:

„Sich auf die neue, völlig veränderte Situation einzustellen, Orientierung zu finden und eine neue Identität zu entwickeln, setzte ein hohes Maß an Selbstständigkeit,

---

<sup>220</sup> Vgl.: Ebenda.

<sup>221</sup> Melzer, S. 147.

<sup>222</sup> Vgl.: Stöss, S. 169.

<sup>223</sup> Vgl.: Ebenda, S. 170.

<sup>224</sup> Vgl.: Melzer, S. 148.

Lernfähigkeit, Flexibilität und Selbstbehauptungswillen voraus, das den DDR-Bürgern nicht gerade in die Wiege gelegt worden war. Das für den Überlebenskampf in der westlichen Ellenbogengesellschaft notwendige Selbstvertrauen musste erst erworben werden.<sup>225</sup>

Die Wertevorstellungen und Mentalitäten der ostdeutschen Bürger unterschieden sich deutlich von denen Westdeutscher. In der DDR bedeutete, laut Stöss, eine umfassende und konforme Gestaltung von Lebenswegen (Schule, Ausbildung, Berufstätigkeit, Freizeit) nicht nur Bevormundung, sondern auch Sicherheit, Verlässlichkeit und Entlastung von Risiken. Diese Entlastungen wurden von einem Großteil der DDR-Bevölkerung gegen Loyalität eingetauscht: „Freiheit gegen Gleichheit und Gerechtigkeit.“<sup>226</sup> Die Ablehnung von Individualismus, Nonkonformität, Unsicherheit und Experimentierfreudigkeit sowie das Festhalten an ehemaligen Grundwerten, wie Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und Kollektivität, bestimmten das Denken und Handeln vieler ehemaliger DDR-Bürger nach rund 40 Jahren DDR-Ideologie.

Neben diesen sozialpsychologischen Problemen, eröffneten der Systemwandel und die Wiedervereinigung für viele ehemalige DDR-Bürger weitere Problemfelder auf ökonomischem und politischem Gebiet. Die Lehrstellen- und Arbeitsplatzknappheit und der Konkurrenzdruck bereiteten vielen Bürgern zu schaffen. Zusätzlich dazu verlor die Politik in den Augen der Bürger immer mehr an Glaubwürdigkeit: Die versprochenen und erhofften „Segnungen“ der Marktwirtschaft erwiesen sich für viele Ostdeutsche als „Mogelpackung“.<sup>227</sup> Melzer führt weiter an, dass der rücksichtslosen Rekapitalisierung der DDR keine durchgängige Demokratisierung, Entmilitarisierung und Zivilisierung der Gesellschaft folgte. Dies führte dazu, dass die „Modalitäten des deutschen Vereinigungsprozesses nur in begrenztem Maße zur Emanzipation des politischen Subjekts“, in diesem Falle der DDR, geführt hatten. Ein öffentlicher Diskurs über die Probleme der gesellschaftlichen Modernisierung und die Folgen der deutschen Einheit für die Bürger der ehemaligen DDR blieb aus, was, so Melzer, zu einer Projektion bestehender Überforderungsängste seitens der Ostdeutschen auf Ausländer führte.<sup>228</sup> Auch Richard Stöss unterstützt die These, dass die Ausländer im eigenen Land als „Sündenböcke“ für das sogenannte „Desaster“ der Wende verantwortlich gemacht wurden:

---

<sup>225</sup> Stöss, S. 68.

<sup>226</sup> Ebenda, S. 69.

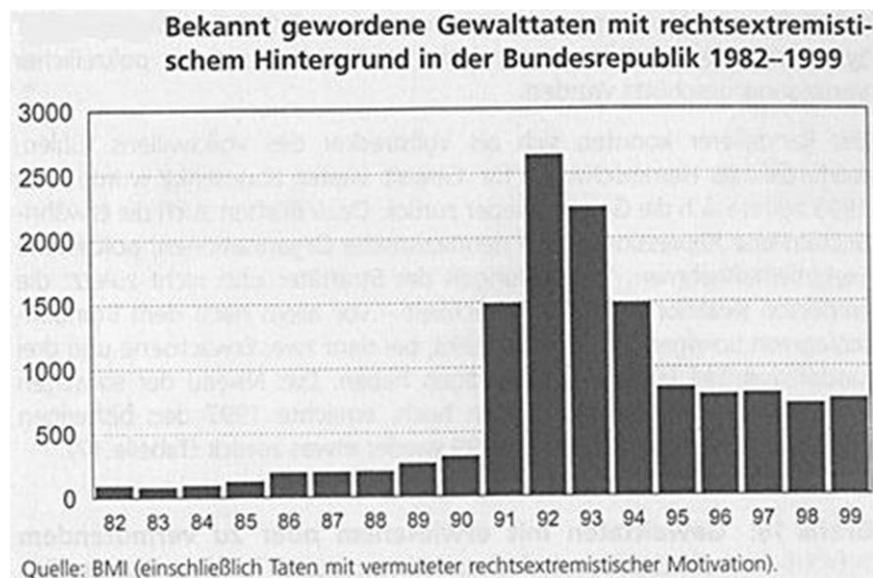
<sup>227</sup> Vgl.: Melzer, S. 148.

<sup>228</sup> Vgl.: Ebenda, S. 149.

„Sozial Schwache (Ausländer, Behinderte, Obdachlose) eignen sich nicht nur als Feindbild, sondern auch besonders gut dazu, Frustrationen abzureagieren. Insbesondere bei jungen Leuten steigerte sich die Unzufriedenheit bis hin zu aggressivem Hass und teilweise sogar bis zu roher Gewalt.“<sup>229</sup>

Die tiefgreifenden Identitätskrisen und Orientierungsverluste förderten die Herausbildung rechtsextremistischer Handlungsmuster und „vor allem die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere bzw. unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer“.<sup>230</sup> Sie unterstützten ebenfalls das „Bedürfnis nach der Wahrung und Stärkung der eigenen Nation und zur Abwertung und Ausgrenzung anderer Nationen und Völker.“<sup>231</sup> Das Zusammenspiel sozioökonomischer Probleme und fremdenfeindlicher Einstellungen könnte die deutliche Zunahme rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung, aber vor allem bei der Jugend, zu Beginn der 90er Jahre erklären.

Bestehende rechtsextremistische Subkulturen, wie die „Nazi-Skins“, „Faschos“ oder Skinhead-Bewegung, die sich schon zu DDR-Zeiten formierten, erhielten seit 1990 vermehrten Zulauf: „In Ostdeutschland entstand ein Flickenteppich aus Szenen, Gruppen und Cliques.“<sup>232</sup> Zwischen 1991 und 1994 schwoll die rassistische Gewaltbereitschaft in der Bundesrepublik in eine bis dahin unbekanntes Ausmaß an, „wobei die Hälfte der Gewalttaten in Ostdeutschland verübt wurde.“<sup>233</sup> Eine Statistik des Bundesministeriums des Innern<sup>234</sup> über bekannt gewordene Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zwischen den Jahren 1982 bis 1999 verdeutlicht den rapiden Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten zwischen 1991 und 1994:



<sup>229</sup> Stöss, S. 170.  
<sup>230</sup> Ebenda.  
<sup>231</sup> Ebenda, S. 69.  
<sup>232</sup> Ebenda.  
<sup>233</sup> Ebenda.  
<sup>234</sup> Ebenda, S. 155.

Diese rechtsextremistischen Gruppierungen und Subkulturen in Ostdeutschland waren jedoch keinen festen Strukturierungen unterworfen. Vielmehr bestanden sie aus labilen Gruppen mit großer Fluktuation:

„Sie [die Mitglieder dieser Gruppierungen] sind selten politisch interessiert und neigen kaum zu verbindlicher Mitarbeit in Organisationen und Parteien. Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden.“<sup>235</sup>

Der Rechtsextremismus in Ostdeutschland fand vorwiegend in subkulturellen Milieus statt und war stark bewegungsorientiert. Damit stand der ostdeutsche Rechtsextremismus Anfang der 90er Jahre in konkretem Gegensatz zum westdeutschen, der traditionellerweise auf organisierte rechtsextreme Strukturen, wie Organisationen und Parteien, setzte.

Neben den nach der Wende, wie erwähnt, verstärkt auftretenden sozialpsychologischen, ökonomischen und politischen Problemen, anhand derer sich Melzer und Stöss die Zunahme der rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Motivation in der Bevölkerung erklären, bildeten die neuen Bundesländer ab 1990 zusätzlich ein Rekrutierungsfeld westdeutscher rechtsextremer Organisationen und Parteien.<sup>236</sup> Unmittelbar nach der Öffnung der Mauer, versuchten Mitglieder und Organisatoren großer westdeutscher rechtsextremistischer Parteien und Organisationen, wie NPD, DVU, Republikaner und Neonazis, neue Anhänger und Mitglieder in Ostdeutschland zu werben. Das Ziel der Mehrheit dieser Parteien und Organisationen war es, den ostdeutschen Rechtsextremismus zu institutionalisieren. Bereits 1992 meldeten die Republikaner und die DVU jeweils 3.000 neue Mitglieder, andere rechtsextremistische Organisationen, weitere neue 1.200 Mitglieder. Trotz dieser hohen Zahlen, hielt sich die ostdeutsche Resonanz hinsichtlich westdeutscher rechtsextremer institutionalisierter Organisationen weitestgehend in Grenzen. Einen größeren Erfolg konnte die Gruppierung der westdeutschen Neonazis für sich verbuchen, die im Gegensatz zu den großen Parteien direkten Kontakt zu den kleineren, gewaltbereiten, subkulturellen Gruppierungen der Skinheads, Faschos und Hooligans suchte: „So entwickelte sich eine symbiotische Beziehung (...), die es den westdeutschen Neonazis ermöglichte, das diffuse rechtsextremistische Weltbild ihrer Kameraden im Osten neonazistisch zu formen, Kader zu bilden und organisatorische Strukturen zu errichten.“<sup>237</sup> Den westdeutschen Neonazis gelang es dadurch in den neuen Bundesländern schlagkräftige kleine Kadergruppen mit geschulten Aktivisten aufzubauen, „die durchaus in der Lage waren, für einzelne Vorhaben eine größere

---

<sup>235</sup> Stöss, S. 170.

<sup>236</sup> Vgl.: Ebenda, S. 173; zum Folgenden, ebenda, S. 173 ff.

<sup>237</sup> Ebenda, S. 174.

Anhängerschaft in den Szenen zu mobilisieren.<sup>238</sup> Trotz diverser Verbote wichtiger rechtsextremistischer Vereinigungen zwischen 1992 und 1995 seitens der Regierung, stiegen sowohl die Anzahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ab 1992, als auch die absolute Zahl der im Osten erfassten militanten Rechtsextremisten ab 1992, kontinuierlich an.

Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit während der Wende- und Nachwendezeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bekamen vor allem die ausländischen Vertragsarbeiter zu spüren. Marianne Krüger-Potratz beschreibt, dass die Grundstimmung im November und Dezember 1989 als eine „Wir wollen unter uns bleiben“-Stimmung zusammengefasst werden kann.<sup>239</sup> Die zunächst von allen geteilte Freude über die deutsche Wiedervereinigung schlug, laut Krüger-Potratz, schon nach kurzer Zeit um. Almuth Bergers Erinnerungen aus einem Interview von 1990 verdeutlichen dies:

„Der 4. November [1989] mit der großen Demonstration in Berlin war der positive Höhepunkt des Demokratisierungsprozesses in der DDR. Damals kam keiner auf die Idee, mitdemonstrierende Ausländer auszugrenzen. Ganz selbstverständlich wurden sie in dem Ruf ‚Wir sind das<sup>240</sup> Volk‘ einbezogen. Das hat sich schnell geändert. Als es in den Wochen nach dem 4. November hieß: ‚Wir sind das Volk‘ hieß es auch rasch: Zu diesem Volk gehören nicht alle. Ausländer raus! (...)“<sup>241</sup>

In dieser Zeit berichteten, so Krüger-Potratz, immer mehr Ausländer von nächtlichen Überfällen auf ihre Wohnheime. Darüber hinaus trauten sich aus Angst vor Übergriffen immer weniger Ausländer auf die Straße. Selbst von den Montagsdemonstrationen, an denen viele Ausländer teilgenommen hatten, blieben sie nun aus Gründen der persönlichen Sicherheit fern, „denn auch dort sähen die anderen Demonstranten untätig zu, wenn Ausländer beleidigt und tätlich angegriffen würden“.<sup>242</sup> Es waren die Großdemonstrationen und andere Großveranstaltungen, die in der Wende- und Nachwendezeit von rechtsradikalen und nationalistischen Gruppen unterwandert und dominiert wurden. Krüger-Potratz berichtet, dass niemand, nicht einmal die Polizei in solchen Situationen den Ausländern zur Seite stand. Die Aggressionen richteten sich vorwiegend gegen Ausländer, die äußerlich als solche zu erkennen waren. Die Hauptanklagepunkte von DDR-Bürgern gegenüber Ausländern und die

---

<sup>238</sup> Stöss, S. 173.

<sup>239</sup> Krüger-Potratz, S. 69; zum Folgenden, ebenda, S. 69 ff.

<sup>240</sup> Kommentar Krüger-Potratz, S. 142: „Dies scheint ein Druckfehler zu sein; dem Kontext nach muss der Ruf ‚Wir sind ein Volk‘ gemeint sein.“

<sup>241</sup> Krüger-Potratz, S: 69.

<sup>242</sup> Ebenda, S. 70.

Vorwände für deren Verfolgung waren, laut Helga Marburger, schon seit Jahrzehnten aus den alten Bundesländern bekannt:<sup>243</sup>

- „Sie nehmen Arbeitsplätze weg und okkupieren Wohnraum.“
- „Sie sind unberechtigte Nutznießer von Sozialleistungen, die eigentlich Deutschen zustehen.“
- „Sie gefährden die deutsche Kultur.“
- „Sie sind ein gefährliches Kriminalitätspotential.“

Die für diese Arbeit geführten Interviews mit den ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern aus Rostock bestätigen die Grundauffassung, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen in der Wende- und Nachwendezeit zunahmten. Herr Long N.D. berichtet von einer Zunahme fremdenfeindlicher Übergriffe im Alltag und von konkreten Übergriffen auf Ausländer, zum Beispiel an Bushaltestellen, die öfters mit Körperverletzungen einhergingen.<sup>244</sup> Herr Long N.D. macht den Systemwechsel für die zunehmende Ausländerfeindlichkeit verantwortlich, da das „strenge System“ der DDR Ausländerfeindlichkeit nicht zuließ und erst die neu gewonnenen Freiheiten im Zuge der Wende fremdenfeindliche Einstellungen hervorbrachten. Auch Herr Vinh L.V. spricht von einer durch Angst geprägten Zeit. Er berichtet, dass er und seine vietnamesischen Kollegen sich nur noch in Gruppen ins Freie getraut haben. Er fügt hinzu, dass auch schon zu DDR-Zeiten Ausländerfeindlichkeit gegenüber Vertragsarbeitern bestanden hatte, die sich in Beschimpfungen äußerte. Herr Vinh L.V. betont, dass das Verhältnis zwischen Ausländern und Deutschen nach der Wende deutlich angespannter wurde. Auch er führt die Ursachen dafür darauf zurück, dass es in der DDR „Prinzipien“ gegeben hatte, die solche Ausschreitungen verhinderten oder unterbanden, während die neu erlangte Freiheit in der Bundesrepublik solche Entwicklungen ermöglichte.<sup>245</sup> Die Ausländerfeindlichkeit, die den ausländischen Vertragsarbeitern entgegengebracht wurde, brachte nicht nur schwere psychische Belastungen, sondern, wie man anhand der Aussagen erkennt, auch einschneidende Behinderungen im Alltagsleben mit sich: „Öffentliche Verkehrsmittel,

---

<sup>243</sup> Vgl.: Marburger, S. 48.

<sup>244</sup> Vgl.: Interview Herr Long N.D..

<sup>245</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

Gaststätten usw. [wurden] zu kritischen Bereichen. Dunkelheit und einsame Wege [mussten] gemieden werden.<sup>246</sup>

Frau Nguyen T.B.T. sagt, dass die damaligen ausländerfeindlichen Reaktionen traumatischen Charakter besaßen. Auch sie wurde mehrfach Opfer rechtsradikaler und ausländerfeindlicher Übergriffe. In dem Zeitraum von 1994 bis 1995 nahm, laut Frau Nguyen T.B.T., die Gewaltbereitschaft gegenüber Ausländern vor allem unter Jugendlichen, im Alter von 14 bis 15 Jahren, stark zu. Frau Nguyen T.B.T., die damals einen asiatischen Imbiss in Rostock betrieb, berichtet, dass ihr Imbissstand mehrmals die Woche Zielscheibe rechtsradikaler Gewalt von Jugendlichen wurde. Diebstahl stand bei diesen Übergriffen nicht im Vordergrund, vielmehr ging es den Jugendlichen um die Beschädigung und Zerstörung des Imbissstandes. Dies führte soweit, dass ein Freund sich bereit erklärte, in ihrem Imbiss zu übernachten, um die Täter der fast täglichen Angriffe überführen zu können. Da diese Maßnahme jedoch keinen Erfolg brachte, verbesserte sich die Situation erst, als sie eine Alarmanlage installiert und einen professionellen Sicherheitsdienst für ihren Imbiss engagiert hatte. Frau Nguyen T.B.T. beschreibt diese Zeit als sehr schwer und aufregend und hebt hervor, dass in dieser Zeit die jugendlichen Gewalttäter das größte Problem für die Ausländer darstellten und weniger erwachsene oder ältere Bürger.<sup>247</sup>

Es wird deutlich, dass die ehemaligen Vertragsarbeiter in der Wendezeit und nach der Wende massiven und verstärkten rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Übergriffen ausgesetzt waren. Diese Fremdenfeindlichkeit verunsicherte viele Ausländer, sie fühlten sich bedroht und oftmals nicht willkommen. Ausschreitungen massiven Ausmaßes gegenüber Ausländern nahmen ab 1991 deutlich zu: Die Angriffe von Neonazis und Skinheads auf Ausländerwohnheime in Hoyerswerda, Sachsen, zwischen dem 17. und 22. September 1991, waren der Anfang einer Reihe rechtsextremer Anschläge auf Ausländerwohnheime, mit einem Ausmaß an Gewalt, das bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgekommen war.<sup>248</sup> Welche Folgen diese gewalttätigen und fremdenfeindlich motivierten Übergriffe auf Ausländer haben konnten, und mit welcher Rücksichtslosigkeit gegen Ausländer Anfang der 90er Jahre vorgegangen wurde, wird im nächsten Kapitel anhand der Anschläge auf das Wohnheim ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen verdeutlicht.

---

<sup>246</sup> Marburger, S. 49.

<sup>247</sup> Vgl.: Gesprächsrunde Diên Hồng e.V..

<sup>248</sup> Vgl.: Stöss, S. 155.

## 4.2 Rostock-Lichtenhagen: Deutscher Herbst 1992

Im diesem Kapitel folgt eine Darstellung der Anschläge auf das Wohnheim ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992. Um den Gesamtzusammenhang korrekt wiedergeben zu können, wird chronologisch über die Ereignisse berichtet. Beginnend mit der Einrichtung der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST), den sich daraus entwickelnden Problemen, bis hin zur Eskalation, die in den Anschlägen auf das vietnamesische Wohnheim deutlich wird.

Am 03.12.1990 eröffnete in Rostock-Lichtenhagen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Eröffnung wurde im Rahmen der Übertragung der bundesdeutschen Asylregelungen auf die neuen Bundesländer beschlossen.<sup>249</sup> Die ZAST befand sich im Stadtteil Rostock-Lichtenhagen in der Mecklenburger Allee 18, direkt neben einem Wohnheim ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter, dem, wegen seines auffallenden Hauswandmotivs, genannten Sonnenblumenhaus: „Eine Arbeitsgruppe der Landesregierung und der Kommunalverwaltung hatte sich für den Standort entschieden, weil ‚die angrenzend wohnende Bevölkerung mit einem Nebeneinander von Deutschen und Ausländern vertraut war‘“.<sup>250</sup> Die ZAST Mecklenburg-Vorpommern diente als Durchgangseinrichtung für nur diejenigen Personen, die Anträge auf Asyl gestellt hatten. Vor Erhalt des Asylbescheides und der damit einhergehenden Zuteilung auf den jeweiligen Landkreis, sollte die ZAST den Asylbewerbern als vorübergehende Unterkunft dienen. Die ZAST verfügte über Aufnahmekapazitäten für rund 200 bis 300 Personen und über einen Mitarbeiterstamm von 17 bis 19 Angestellten, die für Unterkünfte und Verwaltung der Asylverfahren verantwortlich waren. Während die ZAST bis Mitte 1991 rund 60 bis 70 Menschen pro Monat aufnahm, die vorwiegend vom Bund an die ZAST gesandt wurden, stiegen die Zahlen in der zweiten Hälfte von 1991 auf rund 500 Personen pro Monat an. Neben den vom Bund entsandten Asylbewerbern nahm die Zahl der Direktbewerber in dieser Zeit rapide zu: „Von Januar bis Mai 1992 meldeten sich 800 bis 900 und im Juni schon 1.585 Personen bei der ZAST.“<sup>251</sup> Der unerwartete Anstieg der Asylbewerber überforderte die Verwaltung der ZAST, was die Bearbeitungsdauer der individuellen Asylverfahren auf teilweise unbestimmte Zeit verlängerte. Da die

---

<sup>249</sup> Vgl.: Prenzel, Thomas: Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 15.

<sup>250</sup> Ebenda; zum Folgenden, ebenda, S. 16 ff.

<sup>251</sup> Ebenda.

Wohnraumkapazitäten im Gebäude der ZAST vollkommen ausgeschöpft waren, und auch die von der Stadt Rostock gestellten Notunterkünfte die Situation nicht entspannten, sahen sich viele Asylbewerber gezwungen, vor und um das Gebäude der Mecklenburger Allee zu campieren. Für viele Asylsuchende brachte diese Situation enorme Belastungen mit sich, da sie „teils über mehrere Tage hinweg unter katastrophalen Bedingungen unter freiem Himmel auf der Wiese vor der ZAST schlafen mussten.“<sup>252</sup> Ein Flüchtling schildert die Zustände vor der ZAST:

„Alles war voll (...). Es war katastrophal. So viele Leute. Was ich da gesehen habe, war erschreckend. Und ich habe gefragt, ‚warum seid ihr hier draußen?‘ Mir wurde gesagt, daß sie kein Asyl mehr bekommen. Da waren Leute mit kranken Kindern. Wir wurden erniedrigt, wir hatten Hunger. Und wir waren schmutzig. Wir wollten etwas Wärme und einen Platz, wo wir mit unseren Kindern bleiben konnten.“<sup>253</sup>

Die Bevölkerung Rostock-Lichtenhagens organisierte sich und verfasste gemeinsam aufgrund der offensichtlich unhaltbaren Zustände mehrere Schreiben an das zuständige Innenministerium in Schwerin: „Tenor dieser Briefe war weniger eine ausländerfeindliche Haltung als vielmehr die Sorge vor einer Eskalation.“<sup>254</sup> Die sich immer mehr zuspitzende Situation vor und um das Gebäude der ZAST veranlasste auch Rostocks Oberbürgermeister Klaus Kilimann einen Brief an das Schweriner Innenministerium zu senden, in dem er „von dramatisch gestiegener Ausländerfeindlichkeit sprach und sogar Tötungen nicht mehr ausschloss“.<sup>255</sup> Die Antwort auf diese Nachricht erhielt Kilimann, nach Auskunft Jochen Schmidts, erst einen Monat nach Absenden des Briefes. Nicht einmal der Aufforderung der Anwohner, mobile Toiletten für die Asylbewerber aufzustellen, kam die Stadt Rostock nach, was die Situation im Frühjahr 1992 noch zusätzlich verschärfte, da die täglich rund 300 frei campierenden Asylbewerber ihre Notdurft unter freiem Himmel verrichten mussten. Jochen Schmidt führt bei der Begründung der Stadt für die Weigerung der Verteilung mobiler Toiletten einen Kommentar von Oberbürgermeister Kilian an: „Das hätte bedeutet, daß wir einen Zustand legalisieren, den wir nicht haben [wollten].“<sup>256</sup>

Auch von der geplanten Verlegung der ZAST in das im Kreis Rostock gelegene Hinrichshagen sah die Stadt, laut Thomas Prenzel, ab. Das in Hinrichshagen befindliche ehemalige Militärgebiet hätte deutlich mehr Raumkapazitäten für eine

---

<sup>252</sup> Prenzel, S. 16.

<sup>253</sup> Zit. nach: Saunders, Mark und Siobhan Cleary: The Truth Lies in Rostock, Dokumentarfilm, BRD/GB 1993; Prenzel, S. 16.

<sup>254</sup> Schmidt, S. 64.

<sup>255</sup> Ebenda, S. 170 f.

<sup>256</sup> Ebenda, S. 64.

Asylbewerberaufnahmestelle geboten, als die ZAST in Rostock-Lichtenhagen. Davon riet der Rostocker Innensenator Peter Magdanz jedoch ebenfalls mit der Begründung ab, mit der Schaffung weiterer Unterkünfte würden nur noch mehr Asylbewerber „angelockt“ werden.<sup>257</sup> Durch die untragbaren Lebensbedingungen der Asylbewerber rund um die ZAST wurde der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und der Stadtverwaltung Rostocks von vielen Seiten Ignoranz und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Äußerst kritisch beurteilte auch Jochen Schmidt die damalige Lage in der Mecklenburger Allee:

„Hier ließ man eine Situation vorsätzlich eskalieren, um übergeordneten Stellen zu signalisieren, daß man in Sachen Asylbewerber an die Belastungsgrenze gekommen sei. Besonders erschreckend ist dabei, daß damit den zumindest in den Teilen der Bevölkerung existierenden Vorurteilen wie ‚Alle Ausländer sind dreckig, stinken und sind kriminell‘ nichts entgegengesetzt wurde. Im Gegenteil: Verhältnisse wurden geschaffen, die genau diese Vorurteile zu bestätigen schienen.“<sup>258</sup>

Ob die Situation von Stadt und Land vorsätzlich zum Eskalieren gebracht wurde steht zur Diskussion, sicher ist jedoch, dass laut einer Studie zur Akzeptanz von Asylsuchenden in Rostock vom Februar 1992, ein Drittel der rund 200 befragten Personen äußerst restriktive Maßnahmen gegen Flüchtlinge und Asylbewerber befürworteten.<sup>259</sup> Ein Anstieg von fremdenfeindlicher Motivation in der Rostocker Bevölkerung in diesem Zeitraum ist deutlich zu verzeichnen. Die Asylbewerber wurden „für einen Mangel an Arbeitsplätzen und Wohnungen verantwortlich gemacht und als kriminelle und schmutzige ‚Scheinasylanten‘ wahrgenommen, die nur wegen des Wohlstands nach Deutschland gekommen seien.“<sup>260</sup> Einen nicht unwesentlichen Grund für die weitere Verbreitung von Vorurteilen in der Rostocker Bevölkerung ist auf die Lokalpresse zurückzuführen, die durch Abdruck diverser Schriften die Asyldebatte in Rostock zusätzlich anheizte. Eine Leserin kommentiert in einem Leserbrief in der Zeitung „Norddeutsche Neueste Nachrichten“ vom 21.07.1992: „Die Asylanten leben doch schon besser als manch ein Deutscher. Es genügt, Asyl zu schreien und sie bekommen alles, was sie brauchen, egal ob berechtigt oder nicht.“<sup>261</sup> Darüber hinaus veröffentlichte die „Norddeutsche Neueste Nachrichten“ eine polarisierende Reportage über die ZAST mit der Überschrift: „Möwengrillen in einer Einraumwohnung“. In dieser

---

<sup>257</sup> Vgl.: Prenzel, S. 17.

<sup>258</sup> Schmidt, S. 64.

<sup>259</sup> Zit. nach: Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e.V.: UCEF-Report. Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, Rostock 1992, S. 54-58.

<sup>260</sup> Prenzel, S. 17.

<sup>261</sup> Beyer, Elfriede: Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen, Leserbrief, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 21.07.1992, S. 10; siehe Anhang 1, S. 112.

Reportage wurden Roma aus Rumänien als Diebe und Randalierer dargestellt, sowie ein Mitarbeiter der ZAST unhinterfragt zitiert:

„Alles, was glänzt, wird grundsätzlich abgebaut. Die Benutzung der Toiletten ist unüblich. (...) Das Schlimmste konnte Spiering gerade noch verhindern, als er kürzlich eine Roma-Familie in ihrer Einraum-Wohnung beim Grillen überraschte: Auf dem Balkon gefangene Möwen drehten sich über einem Lagerfeuer aus ZAST-Möbeln.“<sup>262</sup>

Thomas Prenzel betont, dass sich 1992 ebenfalls vermehrt rechtsextreme Gruppierungen in Rostock aktiv mit den Themen des angeblichen Asylmissbrauchs und der „Überfremdung“ Deutschlands auseinandersetzten. Die rechtsextremistischen Flugblätter der „Hamburger Liste Ausländerstopp“ im Juni 1992 titelten mit Parolen wie „Widerstand gegen die Asylantenflut“ oder „Rostock bleibt deutsch“ und heizten damit fremdenfeindliche Ressentiments noch zusätzlich an.<sup>263</sup> Ab August 1992 häuften sich die Meldungen von Übergriffen auf Nicht-Deutsche und die Lokalpresse gab „Mitte des Monats anonymen Anrufern eine Plattform, die unverhohlenen Gewalt gegen die ZAST ankündigten“.<sup>264</sup> Die anonymen Nachrichten wurden sowohl in den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“, als auch in der Rostocker Lokalausgabe der „Ostsee-Zeitung“ ohne Kommentar abgedruckt. So heißt es zum Beispiel am 19.08.1992 in den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“: „In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht.“<sup>265</sup> Die „Ostsee-Zeitung“ zitierte wiederum junge Deutsche, die angekündigt hatten, die rumänischen Roma „aufzuklatschen“ und die darauf hinwiesen, dass „die Rechten die Schnauze voll“ hätten.<sup>266</sup> Aufgrund dieser anonymen Ankündigungen handelte die lokale Polizei und veranlasste eine Verlegung des Großteils der sich vor der ZAST aufhaltenden Asylbewerber in Ersatzunterkünfte.<sup>267</sup>

Am darauffolgenden Samstag, den 22.08.1992, fanden sich in der Mecklenburger Allee in Rostock-Lichtenhagen tausende von Menschen ein. „Ab dem frühen Abend flogen Steine, Flaschen, Leuchtraketen und Brandsätze gegen die Flüchtlingsunterkunft und das benachbarte Wohnheim der vietnamesischen Vertragsarbeiter“, begleitet von Parolen wie „Deutschland

---

<sup>262</sup> Bentzien, Hans: Möwengrillen in einer Einraumwohnung. Teil 2 unserer Serie: Die Aufnahme- und Unterbringung von Asylbewerber, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 14.07.1992, S. 3; siehe Anhang 2, S. 113.

<sup>263</sup> Vgl.: Prenzel, S. 19.

<sup>264</sup> Ebenda.

<sup>265</sup> Vetter, Ulrich Ben: Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen“, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten/Rostocker Anzeiger vom 19.08.1992, S. 9; siehe Anhang 3, S. 114.

<sup>266</sup> Unbekannt: Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße, in: Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock vom 21.08.1992, S. 9; siehe Anhang 4, S. 115.

<sup>267</sup> Vgl.: Prenzel, S. 19.

den Deutschen, Ausländer raus!“ oder „Sieg Heil!“.<sup>268</sup> Diese gewalttätigen Attacken gegen die ZAST, das vietnamesische Wohnheim und vor allem deren Bewohner, markierten den Beginn einer fünftägigen Anschlagsserie mit bis dahin unbekanntem Ausmaß, an der sich rund 1.200 Gewalttäter beteiligten, „die aus den Reihen der bis zu 3.000 Schaulustigen und Sympathisanten auch noch ermuntert, unterstützt und vor polizeilicher Verfolgung geschützt wurden.“<sup>269</sup> Die polizeiliche Unterstützung an diesem 22. August beschränkte sich auf 20 Polizisten in Sommeruniform, die sich nach den ersten Angriffen seitens der Randalierer aus Überforderung zurückziehen mussten. Gegen 2 Uhr Nachts eintreffende Wasserwerfer aus Schwerin verfehlten in dem weitläufigen Gelände des Wohngebietes ihren Nutzen und die radikalen Übergriffe endeten am Folgetag um 5.30 Uhr, als „weniger die Polizei als die Müdigkeit über die Randaliererinnen und Randalierer siegte.“<sup>270</sup> Auch an diesem Tag setzten sich die Angriffe fort. Zusätzlich zu den wiederholten Attacken auf die ZAST und das Sonnenblumenhaus, klatschten tausende Anwohner der umliegenden Häuser Beifall und boten den Randalierern Schutz vor der Polizei und mentale Unterstützung, während Imbissstände sowohl Schaulustige als auch Akteure mit Nahrung versorgten. Obwohl das Polizeiaufgebot auf rund 800 Beamte aufgestockt worden war, gelang es den Polizisten nicht, die Situation in Lichtenhagen unter Kontrolle zu bringen. Rechtsextreme stürmten am 23. August zum ersten Mal das vietnamesische Wohnheim und „drangen bis in den sechsten Stock vor, bevor sie die Sicherheitskräfte herausholten.“<sup>271</sup> Laut Wolfgang Richter, dem damaligen Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock, und Nguyen Do Thinh, dem Sprecher der Vietnamesen, lag es nicht im Interesse der Polizei vor Ort, die ZAST und das vietnamesische Wohnheim wirksam vor den Angriffen zu schützen. Viel grotesker schilderte sich für Jochen Schmidt die Situation, als die Einsatzkräfte der Polizei eine spontane Gegendemonstration in Lichtenhagen, mit rund 200 Teilnehmern unter dem Motto: „Nazis raus!“, auflösten und etwa 60 Gegendemonstranten festnahmen, anstelle die Energie auf die Bekämpfung der rechten Randalierer zu verwenden.<sup>272</sup>

Ab Montagnachmittag, dem 24.08.1992, wurden die Asylbewerber der ZAST in Heime anderer Städte und Kreise des Landes verlegt und das Gebäude der ZAST wurde geräumt. Siegfried Kordus, Einsatzleiter und Polizeidirektor von Rostock, brachte der Räumung der ZAST Zweifel gegenüber:

---

<sup>268</sup> Ebenda, S. 20.

<sup>269</sup> Stöss, S. 156.

<sup>270</sup> Prenzel, S. 20; zum Folgenden, ebenda, S. 20ff.

<sup>271</sup> Ebenda.

<sup>272</sup> Vgl.: Schmidt, S. 34.

„Sigfried Kordus (...) hielt das (...) für falsch, weil damit nicht nur den Angreifenden ein Erfolgserlebnis beschert wurde, das sie zu weiteren Aggressionen ermutigen würde. Gleichzeitig wären auch die Beamten im Einsatz entmutigt worden, die nun ein leeres Gebäude zu schützen hatten. Die Menschen im vietnamesischen Wohnheim sah man in der Einsatzleitung trotz der Angriffe der vergangenen Tage nicht als gefährdet an.“<sup>273</sup>

Jochen Schmidt betont, dass die Angriffe auf die ZAST und die damit verbundenen Missstände auf die vietnamesischen Vertragsarbeiter und deren Familien bezogen waren, und die Polizei dies letztendlich hätte realisieren müssen. Schmidt kritisiert diese Nachlässigkeit, indem er darauf aufmerksam macht, dass gerade Polizeidirektor Kordus einen öffentlichen Artikel in einer Broschüre des Bundesinnenministeriums mit dem Titel „Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus. Texte zur Inneren Sicherheit“ verfasst hatte. In diesem Artikel machte Kordus auf die zunehmende Ausländerfeindlichkeit vor allem auch gegenüber Vietnamesen in Rostock aufmerksam:

„Ab August 1990 kam es wiederholt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Gruppierungen Jugendlicher und Heranwachsender mit Ausländern (...). Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit richtete sich ebenfalls gegen die noch in Rostock lebenden vietnamesischen Bürger. Im Stadtgebiet wurden Karten aufgefunden, die zur ‚Ausländervernichtung‘ aufriefen. Die Karten waren unterzeichnet mit ‚Ausländervernichtung - Kommando Wolf‘ und enthielten Parolen wie ‚Wir kriegen Euch alle, Deutschland bleibt Deutsch - Sieg Heil!‘ oder ‚Vitschis werden erdrosselt‘.“<sup>274</sup>

Demnach hätte auf die Räumung der ZAST, laut Schmidt, auch eine Räumung des Sonnenblumenhauses folgen müssen, um nicht nur die Asylbewerber, sondern auch die im benachbarten Haus lebenden Vietnamesen zu schützen.

Im Verlauf des Nachmittages des 24.08.1992 beobachteten anwesende Polizisten in Lichtenhagen, dass die Situation in der Mecklenburger Allee, trotz der Evakuierung der ZAST, erneut eskalieren könnte. Die Einsatzleiter zweier anwesender Hamburger Hundertschaften forderten deshalb bei dem örtlichen Einsatzleiter Jürgen Deckert Verstärkung an. Jedoch konnten an diesem Tag keine weiteren Einsatzkräfte mobilisiert werden, da diese zum Schutz und zur Sicherung einer zeitgleich in Rostock stattfindenden Konferenz des Bundesinnenministers Rudolf Seiters mit dem Inspekteur des Bundesgrenzschutzes Fredi Hitz, Ministerpräsidenten Berndt Seite, Innenminister Lothar Kupfer, dem Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit im Schweriner Innenministerium, Olaf von Brevern, und

---

<sup>273</sup> Prenzel, S. 21; Schmidt, S. 36.

<sup>274</sup> Zit. nach: Kordus, Siegfried: Aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit am Beispiel der Stadt Rostock, in: Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus. Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1992, S. 88; Schmidt, S. 36.

Polizeidirektor Siegfried Kordus benötigt wurden. Aufgrund dieser Konferenz gelang es Jürgen Deckert nicht Siegfried Kordus zu erreichen, um weitere Einsatzkräfte zum Schutz des vietnamesischen Wohnheims zu mobilisieren.<sup>275</sup> Nach der Bekanntgabe, dass die Polizisten vor Ort keinerlei weitere Unterstützung bekommen sollten, lehnten die Beamten der Hamburger Hundertschaften es ab, nach über 22 Stunden Dauereinsatz, die ZAST weiter zu schützen und zogen sich, nach Rücksprache mit der Hamburger Einsatzleitung, zurück. Von diesem Moment an blieb das vietnamesische Wohnheim ungeschützt und seine Bewohner sich selbst überlassen, da nun keinerlei Polizeischutz mehr vorhanden war. Unter den Augen tausender Schaulustiger legten Rechtsextremisten und weitere hunderte Randalierer in den unteren Stockwerken des Sonnenblumenhauses Feuer, warfen Molotow-Cocktails und Pflastersteine „und drangen bewaffnet nach oben vor, wo mehr als 120 Vietnamesinnen und Vietnamesen, eine Handvoll deutscher Unterstützerinnen und Unterstützer, Wachmänner wie auch ein Kamerateam um ihr Leben bangten.“<sup>276</sup> Aufgrund des mangelnden Schutzes durch die Polizei gelang es der eintreffenden Feuerwehr erst nach eineinhalb Stunden nahe genug an die Brandstelle heranzukommen, um mit den Löscharbeiten zu beginnen. Denen im Haus eingeschlossenen Personen gelang es über das Dachgeschoss in das Nebengebäude zu flüchten und sich in Sicherheit zu bringen, während die randalierende Meute vor dem Haus Sprechchöre wie, „Deutschland den Deutschen“ und „Wir kriegen euch alle“ grölte. Nach erfolgreichen Löscharbeiten der Feuerwehr konnten die Vietnamesen in von der Polizei bereitgestellte Busse geleitet und aus Rostock-Lichtenhagen gebracht werden.

Noch Tage nachdem das vietnamesische Wohnheim in Flammen aufgegangen war, wüteten rechtsradikale Randalierer in Rostock-Lichtenhagen, „demonstrierten Parolen skandierend durch die Straßen, errichteten Barrikaden und griffen die Polizei an.“<sup>277</sup> Derweil befanden sich die Bewohner des Sonnenblumenhauses in einer Turnhalle im Stadtteil Marienehe, bei mangelnder Versorgung mit nahezu keinen Lebensmitteln und unter ständiger Angst bei Verlassen des Gebäudes erneut angegriffen zu werden. Jochen Schmidt betont das mangelnde Interesse und die unzureichende Handlungsbereitschaft der Stadt Rostock in Bezug auf vernünftige Versorgung und finanzielle Unterstützung der in der Notunterkunft untergebrachten Vietnamesen. Nach weiteren drei Tagen in isolierten Zuständen wurden die Vietnamesen nach Niex, südlich von Rostock, in ein Landschulheim verlegt: „Von dem Moment an, wo wir in Niex waren, haben wir keinen, weder von Stadt noch vom Land, mehr

---

<sup>275</sup> Vgl.: Schmidt, S. 79 ff.

<sup>276</sup> Prenzel, S. 21; zum Folgenden, ebenda.

<sup>277</sup> Ebenda, S. 22.

gesehen oder gehört. Wir waren ja versorgt und untergebracht. Und damit hätte man am liebsten die ganze Geschichte totgeschwiegen“, erinnerte sich Astrid Behlich, eine Betreuerin aus dem Sonnenblumenhaus.<sup>278</sup> Der Aufforderung des Rostocker Bürgermeisters eine Woche nach den Anschlägen, dass die Vietnamesen in ihre Wohnungen in der Mecklenburger Allee zurückkehren sollten, da nur ein kleiner Teil der bewohnbaren Fläche dem Feuer zum Opfer gefallen sei, kamen die Vietnamesen mit der Unterstützung des Ausländerbeauftragten Wolfgang Richters nicht nach und verharteten für mehrere Wochen im Landschulheim Niex.<sup>279</sup> Auch Herr Nguyen Do Thinh berichtet:

„Zwei Wochen haben wir, rund 100 Männer und Frauen und Kinder, zusammengehockt in einem Landschulheim in Niex bei Rostock. Weitere neun Frauen mit ihren Kleinkindern waren in einem Frauenhaus der Kirche in Graal-Müritz untergebracht. Das Wetter und die Umgebung waren schön. Eigentlich könnte man denken, daß das eine Ferienfahrt vietnamesischer Familien sein könnte. Aber der Grund warum sich so viele VietnamesInnen das erste Mal nach der Vereinigung Deutschlands wieder in engen Räumen zusammenfanden, war nicht wegen eines gemeinsamen Familienvergnügens. Sie mußten sich solange dort versteckt halten, bis die Stadt Rostock wieder Herr ihrer Lage war ...“<sup>280</sup>

Am 26.08.1992 gelang es der Polizei gegen 2 Uhr mit Hilfe von Wasserwerfern und Tränengas die bis zu diesem Punkt immer noch andauernden Ausschreitungen zu beenden.<sup>281</sup> Damit endete die rassistische Anschlagsserie deutscher Bürger auf Asylbewerber und ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Rostock-Lichtenhagen, bei der tagelang zeitweise bis zu 1.200 Angreifer von bis zu 3.000 sympathisierenden Schaulustigen beklatscht und zu ihren Taten motiviert wurden.<sup>282</sup>

Unmittelbar nach den rassistischen Ausschreitungen in Rostock wurden die Geschehnisse „sowohl von den Abgeordneten der Oppositionsparteien SPD und PDS als auch der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Ministerpräsident Bernd Seite (CDU) scharf verurteilt.“<sup>283</sup> Über die genaue Bewertung der Ereignisse und über die Klärung politischer Verantwortlichkeiten herrschte, laut Roman Guski, zu Beginn Uneinigkeit. Guski betont, dass

---

<sup>278</sup> Schmidt, S. 168.

<sup>279</sup> Vgl.: Ebenda, S. 169.

<sup>280</sup> Zit. nach: Interview Nguyen Do Thinh, in: Krebs, Astrid: Diplomarbeit: Daheimgeblieben in der Fremde - Vietnamesische VertragsarbeiterInnen zwischen sozialistischer Anwerbung und marktwirtschaftlicher Abschiebung, Rostock 1999, S. 37.

<sup>281</sup> Vgl.: Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V. (Hrsg.): Trauma einer Stadt - Eine Ausstellung über Menschen, Ansichten und Gesetze. Rostock-Lichtenhagen - ein Jahrzehnt danach, Rostock 2004, S. 10.

<sup>282</sup> Vgl.: Guski, Roman: Nach Rostock-Lichtenhagen - Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 31.

<sup>283</sup> Ebenda, S. 32.

zunächst kein ernsthaftes politisches Interesse an einer Aufarbeitung der Geschehnisse bestand. Die dennoch ins Leben gerufenen Untersuchungsausschüsse der Rostocker Bürgerschaft und des Schweriner Landtags konzentrierten sich „auf die Suche nach Verantwortlichen für die Überfüllung der ZAST, die belastende Situation für die Nachbarschaft sowie den katastrophalen Polizeieinsatz.“<sup>284</sup> Der Untersuchungsausschuss „ZAST“ der Rostocker Bürgerschaft beklagte vor allem, dass „trotz des Wissens um rechte Gewalt und der Notwendigkeit einer offensiven Medienarbeit keine Aktivitäten folgten.“<sup>285</sup> Durch die Aufarbeitung der Ausschreitungen durch die Untersuchungsausschüsse wurden eklatante Defizite festgestellt, die zur Eskalation der Lichtenhagener Anschläge beigetragen hatten:

„Unklar abgegrenzte Verantwortlichkeiten, mangelnde Bereitstellung von Personal und Notquartieren, mangelnde Umsetzung von Willensbekundungen, fehlende Ausführung von Beschlüssen und deren Kontrolle, ungenügende Beachtung von Hinweisen und Beschwerden, gravierende Fehleinschätzung der Situation.“<sup>286</sup>

Der Untersuchungsausschuss „ZAST“ bescheinigte darüber hinaus Oberbürgermeister Klaus Kilimann und seinen Senatoren deutliche Defizite in ihrer Arbeit, da sie sich weder mit der Einrichtung der ZAST in Rostock-Lichtenhagen klar beschäftigt, angemessen auf die Beschwerden zur Situation vor Ort reagiert, noch während der Ausschreitungen vor Ort Verantwortung gezeigt hatten.<sup>287</sup> Aufgrund des anhaltenden öffentlichen Drucks der Auswertung der Ereignisse, trat Oberbürgermeister Kilimann im November 1993 zurück.

Zum Teil bis in die heutige Zeit ungeklärte Differenzen, wie die Frage, wer die Verantwortung für den katastrophalen Polizeieinsatz zu tragen habe, dessen Rekonstruktion, laut Thomas Prenzels Analysen, bis heute Lücken aufweist, lassen Journalisten wie Jochen Schmidt vermuten, dass es sich „um eine inszenierte Serie der Gewalt gehandelt haben könnte, in dem nicht nur die Fehler einiger Verantwortungsträger (...), sondern auch direkte Absprachen zwischen involvierten Politikern eine Bedeutung hatten.“<sup>288</sup> Jochen Schmidts Vermutungen sind diskussionswürdig, doch wurden die Anschläge in Rostock-Lichtenhagen tatsächlich vielerorts in direktem Zusammenhang mit der Anfang der 90er Jahre geführten

---

<sup>284</sup> Prenzel, S. 23.

<sup>285</sup> Ebenda, S. 23.

<sup>286</sup> Zit. nach: Bürgerschaft der Hansestadt Rostock - Untersuchungsausschuss „ZAST“: Abschlussbericht, Rostock 1993; Land Mecklenburg-Vorpommern - Untersuchungsausschuss: Abschlussbericht, Rostock, 1993, in: Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V. (Hrsg.): Trauma einer Stadt - Eine Ausstellung über Menschen, Ansichten und Gesetze. Rostock-Lichtenhagen - ein Jahrzehnt danach, Rostock 2004, S. 10.

<sup>287</sup> Vgl.: Bürgerschaft der Hansestadt Rostock - Untersuchungsausschuss „ZAST“: Abschlussbericht, Rostock 1993, S. 5-7; Prenzel, S. 23.

<sup>288</sup> Schmidt, S. 185-193; Prenzel, S. 24.

Debatte um das Grundrecht auf Asyl gesehen und diskutiert. Andere Interpretationsversuche deuten Rostock-Lichtenhagen als „konformistische Revolte“, in der die „Rebellierenden“ glaubten im Sinne der „Herrschenden“ zu handeln: „Die Aggression, die eigentlich an die Herrschenden adressiert ist, wird aber gegen Schwächere gerichtet.“<sup>289</sup> Die geringe Anzahl der Polizeikräfte vor Ort und deren anfängliche defensive Haltung „suggerierten eine Passivität, die von der gewaltbereiten Masse aus Bürgerinnen und Bürgern und Neonazis durchaus als ‚Freifahrtschein‘ interpretiert werden könnte.“<sup>290</sup> In der konformistischen Revolte kann sich die Menge der aufgestauten negativen Gefühle nur durch die stillschweigende Zustimmung der Herrschenden, der Autoritäten, der Eliten oder Politiker entladen: „Viele der Aussagen und die wahrgenommene Untätigkeit politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger können als solch ein Einverständnis zur gewaltsamen Lösung des ‚Ausländerproblems‘ interpretiert worden sein.“<sup>291</sup> Die Medien fungierten, so Geelhaar, Marz und Prenzel, in diesem Falle als Transporteur und Legitimationsinstanz solcher Vorstellungen. Die bei vielen Menschen in Ostdeutschland vorherrschende Orientierungslosigkeit und Desintegration nach der Wende, die bereits in vorhergehenden Kapiteln erwähnt wurde, konnte durch die Vorstellung einer gemeinsamen deutschnationalen Identität kompensiert werden: „Kollektiver Narzißmus‘ (Adorno) und Macht/Ohnmachtsgefühle lassen ein großes Wir aller ‚aufrechten‘ Deutschen zum ersehnten Fluchtziel aus der irritierenden Komplexität werden.“<sup>292</sup> Für diese Identitätssuche boten die in Ostdeutschland und die in diesem Falle in Rostock lebenden Ausländer Anfang der 90er Jahre eine „geeignete Negativfolie“ und damit ein verfügbares Projektionsobjekt. Bei ihren Ausführungen stellen Geelhaar, Marz und Prenzel dabei die These auf, dass das Pogrom Rostock-Lichtenhagen möglicherweise von Teilen der Politik stillschweigend geduldet wurde, um eine Änderung des Asylrechts voranzutreiben.<sup>293</sup>

Für die von den Anschlägen direkt betroffenen Asylanten und Vietnamesen, aber auch für deren Verwandte, Community-Angehörige sowie für sämtliche ehemalige Vertragsarbeiter und Ausländer in Rostock, hatten diese Ereignisse traumatischen Charakter. Auf die Frage zu den persönlichen Empfindungen während und nach den Anschlägen auf das Sonnenblumenhaus, spiegelt die Antwort von Herrn Vinh L.V. sehr gut die Meinung aller für

---

<sup>289</sup> Geelhaar, Stephan, Ulrike Marz, Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 56.

<sup>290</sup> Ebenda.

<sup>291</sup> Ebenda, S. 58.

<sup>292</sup> Lenk, Kurt: Jugendlicher Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Phänomen, in: Richard Faber, Hajo Funke, Gerhard Schoenberner (Hrsg.): Rechtsextremismus: Ideologie und Gewalt, Berlin 1995, S. 91.

<sup>293</sup> Vgl.: Geelhaar, S. 56.

diese Arbeit Befragten Vietnamesen wieder: „(...) Das bleibt mir (...) im Kopf. Jetzt, heute, nach 20 Jahren immer noch, ja. Man kann sagen das ist ein Trauma. [Das kann] niemand beseitigen.“<sup>294</sup> Darüber hinaus stellen sich viele der Betroffenen noch heute die Frage, warum die Anschläge verübt wurden. Herr Long N.D. begreift bis heute nicht, wie es zu rassistischen Übergriffen in solch einem Ausmaß kommen konnte und was die Motivation der beteiligten Rechten gewesen war, so massiv gegen die Asylanten und das vietnamesische Wohnheim vorzugehen: „Ich weiß auch nicht genau. Warum hat man das gemacht? Aber ich habe auch dort [vor Ort] gehört: Die Asylbewerber [haben] viel Ärger gemacht, deshalb müssen wir (...) reagieren.“<sup>295</sup>

In Gesprächen mit Vietnamesen, die Zeugen der Anschläge von Rostock-Lichtenhagen wurden, wird schnell ersichtlich, wie schwer es vielen fällt, offen über diese Thematik zu sprechen. Das Gefühl, sich in Deutschland nicht frei bewegen zu können, kannte Herr Vinh L.V. schon vor den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen und er betont, dass die Angst vor Übergriffen sein ständiger Begleiter in Deutschland, auch schon zu DDR-Zeiten, war. Er habe sich prinzipiell nie allein auf der Straße aufgehalten und die Lichtenhagener Anschläge seien für ihn einfach schrecklich gewesen.<sup>296</sup> Die Anschläge von Rostock-Lichtenhagen hinterließen bei vielen Betroffenen tiefe traumatische Wunden. Schon kurz nach den Anschlägen, setzten sich die Betroffenen im Notquartier in Niex zusammen, um zu überlegen, was sie tun könnten, „um einerseits ihre Zukunft besser in die eigenen Hände zu nehmen und andererseits im Interesse eines friedlichen Zusammenlebens stärker auf die deutschen Nachbarn zuzugehen.“<sup>297</sup> Dadurch entschieden sich die Opfer Rostock-Lichtenhagens nicht tatenlos abzuwarten, sondern selbst aktiv zu werden. Aus dieser Initiative heraus wurde im Oktober 1992 der deutsch-vietnamesische Verein Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. gegründet.

---

<sup>294</sup> Interview Herr Vinh L.V..

<sup>295</sup> Interview Herr Long N.D..

<sup>296</sup> Vgl.: Interview Herr Vinh L.V..

<sup>297</sup> Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Hansestadt Rostock, Diên Hồng e.V.: Das Leben ist bunt - Interkulturelle Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2000, S. 22.

## 5. Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V.

---

### 5.1 Aus der Not geboren: Die Gründung des Vereins

Die rassistischen Übergriffe auf das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen veranlassten die betroffenen Vietnamesen mit der Unterstützung Wolfgang Richters, dem damaligen Ausländerbeauftragten der Stadt Rostock, den Verein Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. zu gründen, nicht nur um der Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken, sondern auch um den deutsch-vietnamesischen Dialog in Rostock zu fördern: „Die ehemaligen vietnamesischen VertragsarbeitnehmerInnen wollten ihre Zukunft endlich selbst aktiver beeinflussen und vor allem Kontakt zu den deutschen EinwohnerInnen der Hansestadt suchen und gestalten.“<sup>298</sup> Nur zwei Monate nach den Lichtenhagener Krawallnächten, wurde der Grundstein zur Vereinsgründung gelegt, wie Herr Nguyen Do Thinh berichtet:

„Die Idee entstand, als wir geflüchtet waren im Schullandheim Niex, wo das erste Mal nach der Wende (...) viele Vietnamesen Zeit hatten - wir haben ja kaum andere Möglichkeiten - miteinander zu reden, und nachdachten, wie wir uns selber helfen könnten. Wir haben gedacht: zu DDR Zeiten hatten wir immer, ob gut oder schlecht, immerhin eine Außenvertretung, eine Vertretung für Vietnamesen in Rostock oder im Seehafen. Und das ist seit der Wende weg und das müssen wir wieder irgendwie auf die Beine stellen. Und deswegen haben wir uns damals im JAZ [Jugend Alternativ Zentrum] getroffen. Da waren 67 Vietnamesen und so ungefähr 10 Deutsche, die den Verein am 26. Oktober 1992 gegründet haben.“<sup>299</sup>

Schon zu Beginn zeichneten sich die unterschiedlichen Interessenslagen der anwesenden Vietnamesen ab. Während vietnamesische Markthändler sich Unterstützung bei der Suche nach guten Standorten erhofften, wünschten sich die vietnamesischen Werftarbeiter organisierte Vertretungen zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen oder zum Schutz gegen die Massenentlassungen: „Doch in einem Punkt herrschte Einigkeit, der Verein sollte sich in seiner Arbeit für das Bleiberecht der ehemaligen VertragsarbeiterInnen einsetzen.“<sup>300</sup> Die zentrale Zielsetzung des Vereins bestand deshalb fortan aus dem Bestreben eine Verbesserung der sozialen, beruflichen und kulturellen Integration der vietnamesischen Migranten Rostocks

---

<sup>298</sup> Kollath, S. 127.

<sup>299</sup> Zit. nach: Interview Nguyen Do Thinh, in: Stephan, Ulrike: Magisterarbeit: Einstellungen und Erwartungen vietnamesischer Jugendlicher an Diên Hồng, einen deutsch-vietnamesischen Verein in Rostock und seinen Jugendtreff, Rostock 2000, S. 57.

<sup>300</sup> Krebs, S. 38.

in der städtischen Gesellschaft der Hansestadt zu gewährleisten.<sup>301</sup> Gleichzeitig setzte es sich der Verein zum Ziel für ein besseres Zusammenleben zwischen Deutschen und Vietnamesen zu arbeiten und darüber hinaus ein Betreuungs- und Beratungszentrum für Vietnamesen einzurichten, „denn ‚Integration‘ ist nur dann möglich, wenn man über seine Pflichten und Rechte informiert ist und von letzteren Gebrauch machen kann.“<sup>302</sup> Eine erfolgreiche Integration sei aus der Sicht von Diên Hông nur möglich, wenn Migranten in der Lage seien ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Um dies zu gewährleisten seien Qualifikationen von Nöten, über die jedoch viele Migranten zu dieser Zeit nicht verfügten. Die Angebote des Vereins sollten somit auf die Integration durch Qualifizierung abzielen, wie Sprachunterricht, berufliche Bildungsmaßnahmen und zusätzlicher Kinderbetreuung, um auch die Teilnahme Alleinerziehender zu ermöglichen.

---

<sup>301</sup> Vgl.: Buschbeck, Thomas: Magisterarbeit: Soziale Integration und Desintegration von Migranten in der Hansestadt Rostock, Rostock 2004, S. 74.

<sup>302</sup> Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, Rostock 1997, S.1; zum Folgenden, ebenda, S.1.

## 5.2 Motive, Projekte und Ziele des Vereins

Um die geplanten Angebote durchsetzen zu können, eröffnete der Verein im Januar 1994 die vietnamesisch-deutsche Begegnungs- und Beratungsstelle.<sup>303</sup> Für den Standort der Begegnungsstelle wählte der Verein Räume des Sonnenblumenhauses. Zu DDR-Zeiten wurden diese Räumlichkeiten als Wohnheimskantine genutzt. Im Zuge der Wende hingegen richtete man dort eine Beratungsstelle für diejenigen Vertragsarbeiter ein, die von den damaligen Massenentlassungen betroffen waren. Gleichzeitig diente die Beratungsstelle schon damals als Treffpunkt für Vietnamesen. Für den Verein Diên Hồng besaß das Sonnenblumenhaus, gerade durch die Anschläge von 1992, Symbolcharakter: „(...) Hier eskalierte die nackte Gewalt gegen Ausländer und hier soll jetzt praktiziert werden, daß Deutsche und Ausländer ihre gegenseitigen Vorurteile abbauen und ein friedliches Miteinander durch Kommunikation praktizieren (...).“<sup>304</sup>

Neben Aktivitäten zur interkulturellen Begegnung wurden in der vietnamesisch-deutschen Begegnungs- und Beratungsstelle Informationsveranstaltungen für Vietnamesen durchgeführt, sowie praktische Hilfe angeboten: Übersetzungen, Unterstützungen in sozialen Angelegenheiten und Service im Umgang mit Behörden, Rechtsanwälten, Ärzten, Vermietern, um nur einige zu nennen. Darüber hinaus erstreckte sich die Arbeit der Begegnungsstelle „über traditionelle Angebote, wie dem monatlichen ‚Blick in den vietnamesischen Kochtopf‘ oder Karaokeabenden bis hin zu deutsch-vietnamesischen Kinderfesten oder Ferienfahrten.“<sup>305</sup> Die Gründung einer eigenen vietnamesischen Musikgruppe stärkte den Zusammenhalt zusätzlich. Einerseits ermöglichten die vielseitigen Aktivitäten des Vereins in der Begegnungsstelle die Bewahrung der kulturellen Identität der vietnamesischen Migranten, andererseits trugen die interkulturellen Erfahrungen zur Bildung der einheimischen deutschen Bevölkerung bei. Dieser interkulturelle Lernprozess förderte den integrativen Prozess der Migranten in die Gesellschaft und trug gleichzeitig zum Abbau von Spannungen bei.<sup>306</sup> Auch Phuong Kollath, Sozialberaterin und ehemalige Leiterin der deutsch-vietnamesischen Begegnungsstelle, schlussfolgert rückblickend, dass durch die kontinuierlichen Treffen und Veranstaltungen, „gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut und gefestigt sowie Fremdenfurcht zwischen Deutschen und Zugewanderten, zumeist

---

<sup>303</sup> Vgl.: Diên Hồng: Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, S. 1; zum Folgenden, ebenda, S. 2.

<sup>304</sup> Krebs, S. 38; zum Folgenden, ebenda, S. 42.

<sup>305</sup> Ebenda.

<sup>306</sup> Vgl.: Buschbeck, S. 74.

VietnamesInnen, abgebaut werden“ konnten.<sup>307</sup> Der Ausbau der Integrationsangebote mit kultur- und generationsübergreifendem Ansatz ermöglichte dem Verein Diên Hông schon bald mit verschiedenen Partnern auch außerhalb des Vereins Kontakte zu knüpfen. Enge Kooperation mit verschiedenen freien Trägern der Jugendarbeit, mit Schulen und anderen sozialen Diensten in Rostock wurde deshalb angestrebt und gepflegt.<sup>308</sup>

Zusätzlich zur Einrichtung der Begegnungs- und Beratungsstelle, startete der Verein Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. 1994 ein Modellprojekt „zur beruflichen und sozialen Integration von ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen und zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern sowie zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit.“<sup>309</sup> Dieses Modellprojekt, welches vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) finanziert und vorrübergehend auf eine Laufzeit von drei Jahren angesetzt wurde, sollte zur Steigerung der Vermittlungschancen der ehemaligen Vertragsarbeiter auf dem Arbeitsmarkt beitragen.<sup>310</sup> Arbeitsbezogene Einzelberatungen ehemaliger Vertragsarbeiter und die individuell auf die Bedürfnisse jedes Einzelnen angepasste Planung und Durchführung von Bildungsmaßnahmen und Sprachkursen sollten den Qualifizierungsstand der Rostocker Migranten verbessern. Nach anschließenden Prüfungen der Arbeitsmarktsituation durch das Arbeitsamt konnten den betroffenen Personen Umschulungen als Hochbauarbeiter oder als Fachhilfe im Gastgewerbe angeboten werden: „In vielen Fällen erfolgte dies durch den Erwerb von beruflichem Wissen und Können mit einem anerkannten Abschluß, so bei (...) 37 VietnamesInnen mit IHK-Facharbeiterbrief (...).“<sup>311</sup>

In dieser Zeit war die generelle Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtbezirk Rostock von einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Die allgemeine Arbeitslosenquote betrug zu BMA-Projektbeginn 1994 16,7 % und 1998 24,0 %, wobei die Quote bei Ausländern mit 47,5 % ungefähr doppelt so hoch war: „Vor diesem Hintergrund mußte es das eher bescheidene Ziel des Projekts bleiben, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Zielgruppe möglichst gering zu halten.“<sup>312</sup> Bei gemeinter Zielgruppe handelte es sich um erwerbslose und

---

<sup>307</sup> Kollath, S. 128.

<sup>308</sup> Vgl.: Krebs, S. 42.

<sup>309</sup> Kollath, S. 127.

<sup>310</sup> Vgl.: Buschbeck, S. 74.

<sup>311</sup> Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1994, Rostock 1994, S. 1; Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung von Diên Hông e.V. am 26.06.98, Rostock 1998, S. 2.

<sup>312</sup> Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Projektbericht: Berufliche und soziale Integration ehemaliger DDR-VertragsarbeiterInnen in Rostock, 2. Auflage, Rostock 1998, S. 40; Diên Hông: Tätigkeitsbericht 1998, S. 2.

qualifizierungswillige Vietnamesen mit gültigem Aufenthaltsstatus.<sup>313</sup> Herr Nguyen Do Thinh weist darauf hin, dass bei der Betrachtung der Arbeitslosenzahlen jedoch die Gesamttendenz in diesem Zeitraum beachtet werden muss, da die Gesamtzahl der vietnamesischen Staatsangehörigen in Rostock über die Jahre hinweg stetig gestiegen und deshalb schlussendlich die Arbeitslosenquote innerhalb dieser Personengruppe tendenziell gefallen war: „In der Tat fiel die Zahl (...) der arbeitslosen VietnamesInnen von 169 zu Projektbeginn auf 142 (Dezember 1997/Januar 1998).“<sup>314</sup>

Die aufenthaltsrechtliche Situation vieler Vietnamesen bildete neben diesen zwei Hauptprojekten einen dritten wichtigen Punkt in der Vereinsarbeit. Hierbei wurde sehr viel Wert auf politische Lobbyarbeit, wie auf die Zusammenarbeit mit Vertretern von Landtag, Bundestag, Bürgerschaft und verschiedensten Ausschüssen, gelegt. Zusätzlich dazu legte der Verein Wert auf eine breit angelegte Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, um auf die bestehenden Bleiberechtsprobleme der Vietnamesen aufmerksam zu machen und um die Diskussion über die Anerkennung der Zeit des Aufenthalts in der DDR vorantreiben und beeinflussen zu können. Die Mitorganisation einer Konferenz zur Information der Landesvertreter der neuen Bundesländer durch Diên Hông 1995 in Berlin war ein weiterer wichtiger Schritt, um die Interessen der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter öffentlich zu vertreten.<sup>315</sup> Diese aktive Öffentlichkeitsarbeit von Diên Hông zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und zum Einsatz für die Rechte der ehemaligen Vertragsarbeiter wurde dem Verein 1994 im Bundestag die Friedensmedaille „Peace Through Dialogue“ des Internationalen Rates der Christen und Juden verliehen.<sup>316</sup>

Der Verein investierte zudem in eine intensive Jugendarbeit und in das Zusammenwirken mit Jugendeinrichtungen in den Stadtteilen Lichtenhagen, Lütten Klein, Groß Klein, Evershagen sowie anderen Jugendeinrichtungen, Bildungsträgern und dem Jugendamt der Stadt Rostock.<sup>317</sup> Die Ausweitung des Angebotes mit dem Fokus auf die zweite Generation der Migrantenfamilien sollte einerseits beratende und unterstützende Tätigkeiten für vietnamesische Eltern anbieten, die Kommunikationsschwierigkeiten mit der Schulleitung oder den Lehrkräften hatten, und andererseits Jugendlichen schulbegleitende und berufsvorbereitende Unterstützung gewährleisten.<sup>318</sup> Durch intensive Beratungen sollte den

---

<sup>313</sup> Vgl.: Krebs, S. 41.

<sup>314</sup> Nguyen, Do Thinh: Arbeitsfeldanalyse, S. 3f; Diên Hông: Tätigkeitsbericht 1998, S. 2.

<sup>315</sup> Vgl.: Diên Hông: Tätigkeitsbericht 1994, S. 2.

<sup>316</sup> Vgl.: Diên Hông: Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, S. 2.

<sup>317</sup> Vgl.: Diên Hông, Projektbericht, S. 7.

<sup>318</sup> Vgl.: Diên Hông: Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, S. 2; Kollath, S. 128.

Vorstellungen vieler vietnamesischer Eltern, von geringer Schulbildung und schneller Ausbildung/Arbeit, entgegengewirkt werden: „Den Eltern kann man die Zeit nicht mehr zurückholen. Wir waren damals billige Arbeitskräfte... Wir müssen den Eltern noch einmal direkt sagen: die Kinder sind die Zukunft, nicht sie!“<sup>319</sup> Die Arbeit mit vietnamesischen Jugendlichen wurde vor allem deswegen ins Leben gerufen, um Spannungsfelder innerhalb der vietnamesischen Familien abzubauen. Durch die starke Ausprägung vietnamesischer Familienzusammengehörigkeit wurden und werden oft zu hohe Erwartungen an die Familienmitglieder, vor allem an die Kinder, gestellt, „wie sie in Vietnam üblich, aber in Deutschland kaum realisierbar sind.“<sup>320</sup> Den auftretenden Konflikten innerhalb der vietnamesischen Familien, zwischen Traditionspflege der Eltern und der Realität des modernen Lebens in Deutschland, sollte so entgegengesteuert werden.

Während sich der Verein 1992 noch aus Spenden finanzierte, die ihm als Starthilfe gedient hatten, erhielt Diên Hồng 1993 und 1994 erste Zuwendungen im Rahmen des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG). Als Hauptfinanzierungsquelle galt ab 1994 das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Hinzu kam finanzielle Unterstützung der Stadt Rostock und des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das die Teilfinanzierung der Begegnungs- und Beratungsstelle über §249 des Arbeitsförderungsgesetzes übernahm. Der Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V. finanzierte den angebotenen Deutschunterricht. Zusätzliche Finanzierung ergab sich durch Spenden und Sponsoren sowie durch die jährlichen Mitgliedsbeiträge.<sup>321</sup>

Durch die im Jahre 1997 eintretende Bleiberechtsregelung kam es zu einer erheblichen Verbesserung der dauerhaften Aufenthaltsmöglichkeiten für ehemalige Vertragsarbeiter. Das Inkrafttreten der Bleiberechtsregelung bedeutete, „dass die Zeiträume des legalen Aufenthalts in der DDR sowie in der BRD nun für eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung anerkannt wurden.“<sup>322</sup> Mit der Zustimmung des Bundesrates zu den Änderungen der ausländer- und asylpolitischen Vorschriften im Juli 1997 konnten erstmals unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen von ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern beantragt werden: „Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis erlaubte nun eine langfristige Lebensplanung und bedeutete unter anderem auch, dass die Vietnamesen gegenüber zukünftigen

---

<sup>319</sup> Zit. nach: Interview Phuong Kollath, in: Krebs, S. 42.

<sup>320</sup> Kollath, S. 132.

<sup>321</sup> Vgl.: Diên Hồng: Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, S. 2.

<sup>322</sup> Buschbeck, S. 75.

Arbeitgebern ein Daueraufenthaltsrecht nachweisen konnten.“<sup>323</sup> Darüber hinaus konnten vietnamesische Eltern nun erstmals den Anspruch auf Bezug von Erziehungs- und Kindergeld erheben.<sup>324</sup> Nach diesem bedeutenden politischen Schritt ist festzustellen, dass sich die generelle Lage der vietnamesischen Migranten in Rostock ab 1997 erheblich verbesserte. Die mit dem Erhalt der unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung gesicherte Lebenssituation ermöglichte den Familien vieler Vietnamesen Jahre später nach Deutschland zu kommen. Die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen erleichterten zusätzlich vielen Vietnamesen ab 1997 den Einstieg ins Berufsleben.<sup>325</sup> Aufgrund einer integrativen Politik verbesserte sich auch die Wohnsituation vieler Rostocker Vietnamesen kontinuierlich. Immer mehr Vietnamesen verließen in den Folgejahren die ehemaligen Wohnheime der Großbetriebe und zogen mit ihren Familien in „normale“, in verschiedenen Stadtteilen gelegene, Wohnungen. So konnten, laut Nguyen Do Thinh, potentielle Brennpunkte abgebaut und Kontakte zu deutschen Nachbarn geknüpft werden.<sup>326</sup> Ab 1997 war im Verein Diên Hông ein allgemeiner Rückgang im Beratungsbedarf zu verzeichnen, der, so Astrid Krebs, einerseits auf einen stärkeren Rückzug der Vietnamesen auf die eigene Familie und andererseits tendenziell auf eine Individualisierung der vietnamesischen Familien zurückzuführen war.<sup>327</sup> Michael Hugo, damaliger Geschäftsführer von Diên Hông, bewertete diesen Rückgang, in einem 1998 geführten Interview, als positiv:

„Es könnte so sein, das ein gewisser Teil der interessierten Vietnamesen/Innen aus dieser Art freiwillig-unfreiwilligem Ghetto ausgebrochen und einfach ein Stück in dieser Stadt angekommen ist. Auch der Kontakt mit deutschen Leuten zeigt sich daran, daß mir einige jugendliche Vietnamesen bekannt sind, die in deutschen Sportvereinen, Tanzvereinen und Musikschulen regelmäßig einen Teil ihrer Freizeit verbringen.“<sup>328</sup>

Hugo betont weiterhin, dass für die gesamte Zielgruppe ein Mindestmaß an Integration und die vorrangigen Ziele von Bleiberecht und beruflicher Qualifizierung erreicht wurden. Diese durchweg positive Entwicklung veranlasste den Verein Diên Hông - Gemeinsam unter einem Dach e.V. im Juli 1997 dazu, sich gegenüber anderen Migrantengruppen zu öffnen und sich nicht ausschließlich auf die Integration Rostocker Vietnamesen zu beschränken.<sup>329</sup> Diese Entscheidung des Vereins wurde von der vietnamesischen Community kritisch beurteilt, jedoch musste sich der Verein gegenüber neuen Zielgruppen öffnen, „um sein Überleben zu

---

<sup>323</sup> Buschbeck, S. 75.

<sup>324</sup> Vgl.: Diên Hông: Projektbericht, S. 41.

<sup>325</sup> Vgl.: Krebs, S. 43.

<sup>326</sup> Vgl.: Nguyen, Do Thinh: Arbeitsfeldanalyse, S. 5.

<sup>327</sup> Vgl.: Krebs, S. 43.

<sup>328</sup> Zit. nach: Interview Michael Hugo, in: Krebs, S. 44.

<sup>329</sup> Vgl.: Krebs, S. 44, zum Folgenden, ebenda, S. 44 f.

sichern und die Erfahrungen aus dem Modellprojekt weiterzugeben.“<sup>330</sup> Um die vietnamesische Prägung und Identität des Vereins zu wahren, beschloss der Vorstand, dass die Begegnungsstätte des Vereins auch weiterhin ausschließlich Vietnamesen beschäftigen dürfe.

Mit der Öffnung des Vereins gegenüber anderen Migrantengruppen begann ein neues Kapitel der Vereinsarbeit. Mit dem neuen Konzept rief Diên Hồng weitere neue Projekte ins Leben, die es ermöglichten, allen Migranten im Arbeitsamtbezirk Rostock individuelle arbeitsweltbezogene Beratungen zur Verbesserung der Vermittlungschancen anzubieten, wie sie auch schon zuvor den Vietnamesen angeboten worden waren. Breit angelegte Deutschkurse ermöglichten nun ebenfalls die Vermittlung der Deutschen Sprache an alle ausländischen Arbeiter, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Migranten oder Aussiedlern im Stadtgebiet Rostock. Die Bildungsangebote wurden hierbei hauptsächlich auf Migranten aus EU-Mitgliedsstaaten, aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus der Türkei sowie den ehemaligen Vertragsarbeiterländern Angola, Mosambik und Vietnam ausgelegt.

Bis zum heutigen Tag hat sich der Verein Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. weiterentwickelt und eine Vielzahl weiterer interkultureller und integrativer Projekte ins Leben gerufen, deren nähere Erwähnung der Rahmen dieser Arbeit nicht ermöglicht. Als eine „aus der Not geborene“ Initiative hat sich Diên Hồng seit 1992 über die Jahre hinweg als eine wegbereitende Instanz zur Integration und multikulturellen Kommunikation zwischen den Kulturen etabliert.

Obwohl sich die allgemeine Lage der vietnamesischen Migranten ab 1997 spürbar verbessert hatte, gab es weiterhin viele Vietnamesen, die auf die Hilfe und Unterstützung des Vereins angewiesen waren. Für viele war Diên Hồng mehr als nur eine helfende Instanz geworden. Der Verein Diên Hồng hatte Symbolcharakter bekommen und diente als Identifikationsobjekt, als eine Institution, die aus eigener Kraft entstanden war und über Jahre hinweg ein Wegbegleiter in schwierigen Zeiten, ein Ort der Sicherheit, des Schutzes und der eigenen Kultur geworden war.

---

<sup>330</sup> Krebs, S. 44.

## Schlussbetrachtung

---

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, einen umfangreichen Überblick über das Leben ausländischer vietnamesischer Vertragsarbeiter in der DDR vor und nach der Wende, mit Fallbeispiel Hansestadt Rostock, zu geben.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen der Anwerbung der Vertragsarbeiter durch die DDR-Regierung aufgrund zwischenstaatlicher Regierungsabkommen wurden erläutert, die Unterbringung, das Freizeitverhalten, die sich in Deutschland ergebenden kulturellen Differenzen sowie die allgemeinen Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter vor und nach der Wende, dargestellt.

Es kann festgehalten werden, dass der Aufenthalt in der DDR Schwierigkeiten für die Vertragsarbeitnehmer mit sich brachte. Die gezielte Isolierung der Ausländer in der DDR, durch die separate Unterbringung in eigens für sie erbauten Wohnheimen und eine restriktive und desinformative Ausländerpolitik der DDR-Regierung, erschwerte nicht nur die Kontaktaufnahme der ausländischen Arbeiter mit der deutschen Bevölkerung, sondern förderte gleichzeitig ein distanziertes Verhältnis und die Entstehung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Tendenzen in der DDR-Bevölkerung. Das ausländerfeindliche Verhalten, welchem die Vertragsarbeiter sowohl im Alltag als auch im Betriebs- und Arbeitsleben ausgesetzt waren, konnte dargestellt und dessen Entstehung und Ursachen erarbeitet werden.

Die geschlossene DDR-Gesellschaft bot keinen Raum für fremde Kulturen, was die vietnamesischen Arbeiter dazu veranlasste, sich ihre eigenen Rückzugsräume und Nischen in der DDR zu suchen. Die Besinnung auf die eigene Community verlieh den vietnamesischen Arbeitern somit Sicherheit und Vertrautheit. Auch hier gelang es konkrete Einblicke in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der vietnamesischen Gemeinschaft zu eröffnen.

Inwieweit die deutsche Wiedervereinigung neue Herausforderungen für die Vertragsarbeiter mit sich brachte, konnte ebenfalls herausgearbeitet und dargestellt werden: Die ungeklärte aufenthaltsrechtliche Situation nach der Wende, mit Massenentlassungen, hohen Arbeitslosenzahlen und finanziellen Nöten, zwang viele Vertragsarbeiter in dieser Zeit zur Rückreise in ihre Herkunftsländer. Für diejenigen ehemaligen Vertragsarbeiter, die sich für einen Aufenthalt in der Bundesrepublik entschieden hatten, entwickelten sich die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung zu einem Kampf um die eigene Existenz. Der Weg in die

Selbständigkeit bot dabei vielen Vertragsarbeitern, vor allem Vietnamesen, eine sichere, wenn auch arbeitsintensive, Chance auf die Festigung der eigenen Lebensumstände in Deutschland. Die deutliche Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen in der ostdeutschen Bevölkerung, vor allem unter Jugendlichen, in den ersten Jahren der Nachwendezeit, trieb viele Ausländer in die Isolation. Die Entstehung und der rasante Anstieg fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Verhaltens und dessen Auswirkungen auf die ausländische Bevölkerung in Ostdeutschland nach der Wende wurden ebenso untersucht, wie die Eskalation dieser Strömungen in den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992.

Anhand der Gründung des Vereins Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. konnte die Entwicklung und Integrationsarbeit des Rostocker Vereins und dessen wichtige Rolle in der Rostocker Migrantpolitik nach den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen beispielhaft aufgezeigt werden. Die Erlangung einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung für ehemalige Vertragsarbeiter ab 1997, ergab die Möglichkeit einer langfristigen Lebensplanung in Deutschland. Dieses Jahr stellte somit eine Zäsur für diese Arbeit dar, da ab 1997 eine spürbare Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen der ehemaligen Vertragsarbeiter zu verzeichnen war.

Die für diese Arbeit geführten Interviews mit ehemaligen Rostocker Vertragsarbeitern lieferten wichtiges Material und ermöglichten eine tiefgehende Analyse des Themenkomplexes. Darüber hinaus konnte der regionalspezifische Bezug zur Hansestadt Rostock anhand der Interviews, im Gegensatz zu vorhandener, meist nur sehr allgemein gehaltener, Literatur, herausgearbeitet werden. Die Lebenserfahrungen und Berichte der Zeitzeugen boten wertvolle Zusatzinformationen, anhand derer bereits bekannte aber auch unbekannte Ereignisse oder Details näher erarbeitet werden konnten.

Abschließend kann gesagt werden, dass das Leben der ehemaligen Vertragsarbeiter, sowohl in der DDR, als auch später in der Bundesrepublik Deutschland, noch heute von aktueller Bedeutung ist und weitere Aufmerksamkeit verdient. Anhand der Behandlung der ausländischen Arbeiter vor und nach der Wende sowohl durch die DDR- und Bundesregierung, als auch durch die deutsche Bevölkerung wurde in dieser Arbeit deutlich, wie wichtig es ist, dass solche Prozesse, Entwicklungen, Strukturen und Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten, sondern auch nach vielen Jahren in Erinnerung gerufen werden.

Anhand dieser Arbeit konnte ein chronologischer und analytischer Überblick über das Leben der als Vertragsarbeiter in die DDR geholten Ausländer mit Fallbeispiel Hansestadt Rostock

gegeben werden. Dieser sollte dazu anregen, gerade im Zuge des zwanzigsten Jahrestages der Anschläge von Rostock-Lichtenhagen, diesen Themenkomplex weiterhin zu erarbeiten und zu vertiefen. Gerade in den Gesprächen mit den ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeitern Rostocks wurde deutlich, wie wichtig es den Betroffenen ist, diese Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern sie immer wieder erneut zur Diskussion zu stellen.

# Quellen und Literaturverzeichnis

---

## Empirisches Material

- Interview Herr Bao D.V.: vom 26.09.2012.  
Ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter.  
Alter: 58 Jahre.  
Datum der Einreise: 26.10.1989.  
Gruppeninterview mit Herrn Long N.D.
- Interview Herr Long N.D.: vom 26.09.2012.  
Ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter,  
Gruppenleiter, Dolmetscher.  
Alter: 62 Jahre.  
Datum der Einreise: 26.04.1984.  
Gruppeninterview mit Herrn Bao D.V.
- Interview Herr Thai V.D.: vom 26.09.2012.  
Ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter.  
Alter: 49 Jahre.  
Datum der Einreise: 27.04.1984.
- Interview Herr Vinh L.V.: vom 28.09.2012.  
Ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter,  
Gruppenleiter, Dolmetscher.  
Alter: 60 Jahre.  
Datum der Einreise: August 1976.
- Gesprächsrunde Diên Hồng e.V.,  
Interview Frau Nguyen T.B.T.: vom 26.10.2012.  
Ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiterin.  
Alter: unbekannt.  
Datum der Einreise: 1984.

## Quellen

- Bentzien, Hans: Möwengrillen in einer Einraumwohnung. Teil 2 unserer Serie: Die Aufnahme­stelle für Asylbewerber, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 14.07.1992, S. 3.
- Beyer, Elfriede: Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen, Leserbrief, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 21.07.1992, S. 10.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Kurzdarstellung der Vereinsarbeit, Rostock 1997.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1994, Rostock 1994.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 1995, Rostock 1996.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht für den Zeitraum 1. Januar 1996 bis zum 30. Juni 1997, Rostock 1997.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Tätigkeitsbericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung von Diên Hồng e.V. am 26.06.98, Rostock 1998.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): Projektbericht: Berufliche und soziale Integration ehemaliger DDR-VertragsarbeiterInnen in Rostock, 2. Auflage, Rostock 1998.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V.: Protokolle der Mitgliederversammlungen des Vereins Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V. von 1994 - 2002.
- Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V.: Vereinssatzung vom 24.10.1992, Rostock 1992.
- Heusch-Lahl, Renate: Diên Hồng - Gemeinsam unter einem Dach e.V.: 10 Jahre gegen Rassismus und Ausgrenzung. 10 Jahre für Gleichberechtigung und Annäherung zwischen Deutschen und Zugewanderten, Rostock, 2002.
- Nguyen, Do Thinh (Hrsg.): Arbeitsfeldanalyse, Rostock 1996, interne Publikation Verein Diên Hồng e.V..
- Saunders, Mark und Siobhan Cleary: The Truth Lies in Rostock, Dokumentarfilm, BRD/GB 1993.
- Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e.V.: UCEF-Report. Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, Rostock 1992, S. 54-58.

Unbekannt: Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße, in: Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock vom 21.08.1992, S. 9.

Vetter, Ulrich Ben: Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen“, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten/Rostocker Anzeiger vom 19.08.1992, S. 9.

## Literatur

- Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit für Weltoffenheit und inneren Frieden (Hrsg.):  
Hintergründe 4: Ehemalige DDR-Vertragsarbeiter. Zur sozialen und  
aufenthaltsrechtlichen Situation, Berlin 1996.
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hrsg.): Daten und Fakten  
zur Ausländersituation, 13. Aufl., Bonn Juli 1992.
- Beth, Uta und Anja Tuckermann: Geschichte, Arbeit und Alltag vietnamesischer  
Migrant\_innen, in: Kien Nghi Ha (Hrsg.): Asiatische Deutsche. Vietnamesische  
Diaspora and Beyond, Berlin 2012, S. 99-118.
- Betker, Frank: Einsicht in die Notwendigkeit. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach  
der Wende (1945 - 1994), München 2005.
- Berger, Almuth: Die ausländerpolitischen Vorstellungen des Runden Tisches und ihre  
gesellschaftliche Situiertheit, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR.  
Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 191-205.
- Berger, Almuth: Nach der Wende: Die Bleiberechtsregelung und der Übergang in das vereinte  
Deutschland, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der  
DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 69-77.
- Brück, Wolfgang: „Wenn die Skin-Masse läuft...“ Rechtsradikale in der DDR, in: Kursbuch  
Nr. 113/1993: Deutsche Jugend, Berlin 1993, S. 83-94.
- Buschbeck, Thomas: Magisterarbeit: Soziale Integration und Desintegration von Migranten in  
der Hansestadt Rostock, Rostock 2004.
- Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Hansestadt Rostock, Diên Hồng  
e.V. (Hrsg.): Das Leben ist bunt - Interkulturelle Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern,  
Rostock 2000.
- Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V. (Hrsg.): Trauma einer Stadt - Eine Ausstellung über  
Menschen, Ansichten und Gesetze. Rostock-Lichtenhagen - ein Jahrzehnt danach,  
Rostock 2004.
- Dennis, Mike: Die Vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR,  
1980-1989, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der  
DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 15-51.
- Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus.  
Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1992.

- Ehrlich, Ute: Vietnamesen in den neuen Bundesländern: Kreativität durch Ausbruch aus der sozial und ausländerrechtlich konstruierten Isolierung, in: Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit für Weltoffenheit und inneren Frieden (Hrsg.): Hintergründe 4: Ehemalige DDR-Vertragsarbeitnehmer. Zur sozialen und aufenthaltsrechtlichen Situation, Berlin 1996, S. 16-20.
- Elsner, Eva-Maria: Zur Situation ausländischer Arbeitskräfte in der DDR, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 17, Rostock 1986.
- Elsner, Lothar: Literatur über Arbeiterwanderung und Fremdarbeiterpolitik im Imperialismus. Forschungsstand und Bibliographie, in: Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus, Heft 5, Rostock 1979.
- Faber, Richard, Hajo Funke, Gerhard Schoenberger (Hrsg.): Rechtsextremismus: Ideologie und Gewalt, Berlin 1995.
- Feige, Michael: Vietnamesische Vertragsarbeiter. Staatliche Ziele - lebensweltliche Realität, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 35-53.
- Flick, Uwe, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Hamburg 2000.
- Geelhaar, Stephan, Ulrike Marz, Thomas Prenzel: Rostock-Lichtenhagen als konformistische Revolte, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 55-69.
- Guski, Roman: Nach Rostock-Lichtenhagen - Aufarbeitung und Perspektiven des Gedenkens, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 31-55.
- Hentschel, Tamara (Hrsg.): Zweimal angekommen und doch nicht zuhause: Vietnamesische Vertragsarbeiter in den neuen Bundesländern, Berlin 1997.
- Hess-Meining, Ulrike: DDR-spezifische Aspekte von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 155-171.
- Hopf, Christel: Qualitative Interviews - Ein Überblick, in: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Hamburg 2000, S. 349-360.
- Jasper, Dirk: Ausländerbeschäftigung in der DDR, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991, S.151-173.
- Keipke, Bodo: Rostocks Entwicklung in der DDR. 1949 bis 1989, in: Karsten Schröder (Hrsg.): In deinen Mauern herrscht Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003, S. 269-314.

- Kien, Nghi Ha (Hrsg.): Asiatische Deutsche. Vietnamesische Diaspora and Beyond, Berlin 2012.
- Kollath, Phuong: Der Verein Diên Hồng - Selbsthilfe und Integrationsarbeit in Rostock, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 127-137.
- Kordus, Siegfried: Aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit am Beispiel der Stadt Rostock, in: Der Bundesminister des Innern (Hrsg.): Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus. Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1992, S. 88.
- Krebs, Astrid: Diplomarbeit: Daheimgeblieben in der Fremde - Vietnamesische VertragsarbeiterInnen zwischen sozialistischer Anwerbung und marktwirtschaftlicher Abschiebung, Rostock 1999.
- Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991.
- Krüger-Potratz, Marianne: Ausländer und Minderheiten in der DDR im Spiegel der Printmedien - Ein Überblick bis zur Wende, in: Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Anderssein gab es nicht. Ausländer in der DDR, Münster 1991, S. 43-69.
- Langer, Hermann: Rechtsextremismus von Jugendlichen in der DDR, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts 1/1991, S. 93.
- Lenk, Kurt: Jugendlicher Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Phänomen, in: Richard Faber, Hajo Funke, Gerhard Schoenberner (Hrsg.): Rechtsextremismus: Ideologie und Gewalt, Berlin 1995, S. 86-94.
- Liepe, Lars: Die vietnamesische Migranteneconomie, in: Tamara Hentschel (Hrsg.): Zweimal angekommen und doch nicht zuhause: Vietnamesische Vertragsarbeiter in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 44-52.
- Marburger, Helga (Hrsg.): „Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet“ - Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende, Frankfurt 1993.
- Melzer, Wolfgang: Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen und Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland, Opladen 1992.
- Müggenburg, Andreas: Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer in der ehemaligen DDR. Darstellung und Dokumentation, Berlin 1996.
- Mühlberg, Felix: Vietnamesen in der DDR sind „gleichberechtigt“, in: Irene Runge: Ausland DDR. Fremdenhaß, Berlin 1990, S. 49-54.
- Neubacher, Frank: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende, Bonn 1994.

- Niethammer, Lutz: Fragen - Antworten - Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten.“ Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Band 3, Berlin 1985, S. 392-445.
- Prenzel, Thomas (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012.
- Prenzel, Thomas: Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, in: Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt, Rostock 2012, S. 9-31.
- Quang, Dao Minh: Wirtschaftliche Strukturen in der Gruppe der ehemaligen Vertragsarbeiter/innen in Deutschland, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 119-127.
- Runge, Irene: Ausland DDR - Fremdenhaß, Berlin 1990.
- Schmidt, Jochen: Politische Brandstiftung. Warum 1992 das Ausländerwohnheim in Flammen aufging, Berlin 2002.
- Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrscht Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahr 1990, Rostock 2003.
- Schumann, Frank: Glatzen am Alex. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1990.
- Schüle, Annegret: Die Haltung von DDR-Bürgern zu Vertragsarbeitern am Arbeitsplatz. Eine Fallstudie aus der Textilindustrie, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 119-137.
- Sextro, Uli: Gestern gebraucht - heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR, Dresden 1996.
- Stephan, Ulrike: Magisterarbeit: Einstellungen und Erwartungen vietnamesischer Jugendlicher an Dien Hong, einen deutsch-vietnamesischen Verein in Rostock und seinen Jugendtreff, Rostock 2000.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000.
- Wagner, Bernd: Migrationspolitisch relevante Akteure in der DDR, in: Almut Zwengel (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011, S. 21-33.
- Waibel, Harry: Rechtsextremismus in der DDR bis 1989. Neofaschistische, antisemitische und xenophobische Einstellungen und Gewalttaten von Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der DDR-spezifischen historischen, politischen und ideologischen Bedingungen und Ursachen, Berlin 1995.

Weiss, Karin (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005.

Weiss, Karin: Nach der Wende: Vietnamesische Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in Ostdeutschland heute, in: Karin Weiss (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 77-97.

Zwengel, Almut (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR. Politischer Kontext und Lebenswelt, Berlin 2011.

## Anhang 1

---

Beyer, Elfriede: Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen, Leserbrief, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 21.07.1992, S. 10.

### Asylanten

---

#### **Keiner haßt, aber löst unsere Sorgen!**

Zuerst einmal verwahre ich mich dagegen, uns im Osten als Ausländerhasser hinzustellen. Die Asylanten leben doch schon besser als manch ein Deutscher. Es genügt, Asyl zu schreien und sie bekommen alles, was sie brauchen, egal ob berechtigt oder nicht. Sogar drei DM Taschengeld pro Tag gibt es noch drauf. Wer kann das unseren Kindern und Enkeln geben? In einer Zeit, wo der Osten ums Überleben kämpft? Es wird verniedlicht, wenn Vietnamesen eine Zigarettenmafia aufbauen, wenn die geklauten Autos nach Moskau oder Warschau verschoben werden.

Was tut es, daß die eigenen Leute auf dem Arbeitsamt anstehen, die Obdachlosigkeit um sich greift, alte Leute zu Sozialhilfeempfängern werden! Meine Tochter wurde als eine der ersten Frauen mit Kind arbeitslos. Als Alleinerziehende mit Kind 495 DM Arbeitslosengeld. Wann tut man endlich auch einmal etwas für unsere Kinder und Enkel? Unsere Jugend muß von der Straße! Gebt ihnen endlich die Chance, eine Zukunft!

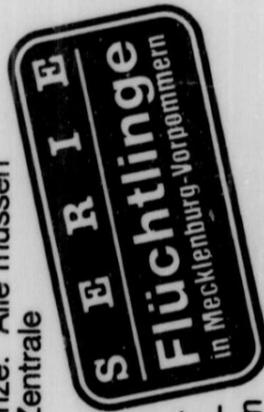
Kein Wunder, wenn die Ausländerverdrossenheit um sich greift, denn das Asylrecht wird zu 90 Prozent mißbraucht. Wann stoppt die Regierung endlich den Asylantenmißbrauch? Das Geld gebt lieber den wirklich Armen, den hungernden Kindern der dritten Welt!

**Elfriede Beyer, Schwerin**

# Möwengrillen in einer Einraumwohnung

Teil 2 unserer Serie: Die Aufnahme stelle für Asylbewerber

**Rostock** - 8544 Asylbewerber leben gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Viertel davon wurde vom Bund zugewiesen. Die Mehrheit kommt direkt als Flüchtling über die polnische Grenze. Alle müssen sie jedoch zuerst in die Zentrale Aufnahme stelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen. Nachdem wir im ersten Teil unserer Serie über Asylbewerber am Sonnabend den Flüchtlingsstrom an der polnischen Grenze verfolgten, führt uns dieser nun nach Lichtenhagen. Lesen Sie heute, wie man dort dem täglich steigenden Ansturm begegnet.



Der Arbeitstag von Heike Buhrow (28), Chefin der Zentralen Aufnahme stelle für Asylbewerber (ZAST), beginnt morgens früh um 7 Uhr mit einem freundlichen Händedruck für die Männer ihrer Wach- und Schließgesellschaft: „Irgendwas los gewesen heute nacht? Nein? Na schön.“ Während sich hinter ihr die vergitterte Eingangstür der Mecklenburger Allee 18 wieder schließt, überlegt die gelernte Sekretärin, wieviel Neuzugänge ihr der Tag wohl bescheren wird.

Die Zentrale Aufnahme stelle für Asylbewerber des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen hat sich in den vergangenen Monaten vom wohlgeleiteten Ausländer-Internat zu einem Ärgeris ersten Ranges entwickelt. Wegen Überfüllung und aus Angst vor Übergriffen der Lichtenhäger gegen im Freien kampierende Zigeuner brachte man diese kürzlich schon in ein eilig errichtetes Zeltlager bei Rostock. Obwohl dadurch die größten Spannungen zunächst beseitigt sind, will Rostocks Innensenator Peter Magdanz (SPD) die ZAST bis zum Herbst aus dem zwölfstöckigen Hochhaus im Lichtenhäger Zentrum in eine Kaserne am Stadtrand verlegen.

## Die meisten kommen schwarz über die Grenze

„Durchschnittlich stehen 50 bis 70 Asylbegehrende vor der Tür. Mehr als drei Viertel von ihnen kommen schwarz über die Grenze und müssen die Erstaufnahme durchlaufen“, sagt Heike Buhrow und erläutert die langwierige Prozedur: „Gleich an der Wache nehmen wir die Personen auf, fotografieren den Asylsuchenden. Dann folgt die Erstanthörung - woher, welches Volk, warum Asyl-Antwag?“ Ein sehr aufwendiges Frage-Antwort-Spiel, denn viele sprechen weder englisch noch deutsch. Zigeuner, meistens Roma aus Rumänien, können häufig nicht lesen oder schreiben. Wer keinen Paß oder andere Dokumente hat, wird von der Polizei erkennungsdienstlich behandelt. Die so erstellten Akten gehen an das Ausländerzentralregister. Nach fünf Tagen bestiegen 20 bis 30 Asylbewerber einen Bus und werden auf Städte und Landkreise verteilt. Soweit der theoretische Ablauf. Die Praxis sieht häufig anders aus.

In Stoßzeiten, wie vor drei Wochen, können die acht mit den Erst-

viele aufnehmen, wie wir auch weg schicken.“

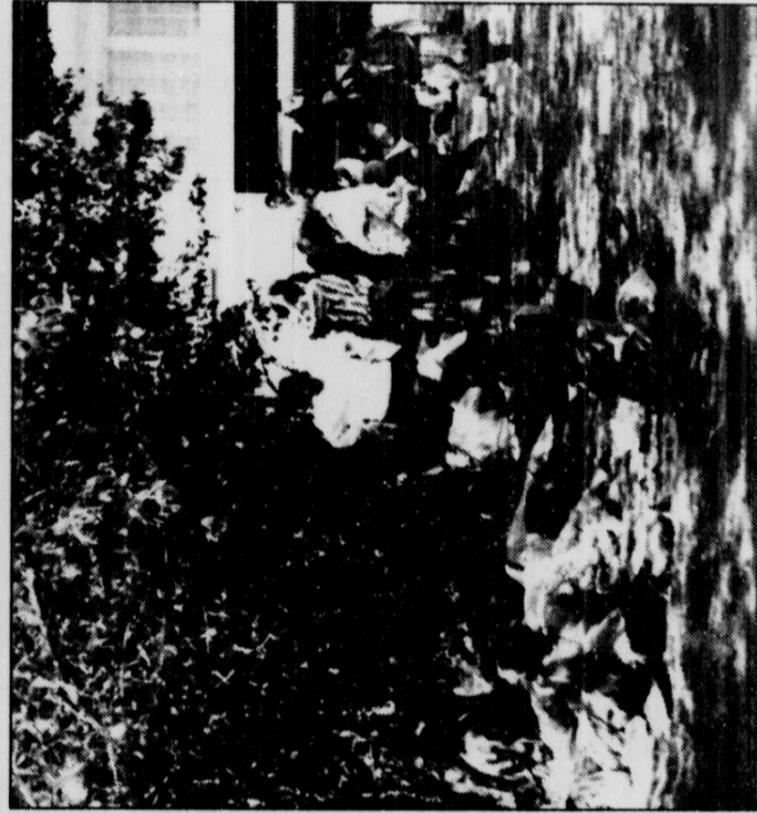
Dabei registrierte die ZAST schon im Juni so viele Asylbewerber, wie im gesamten Jahr 1991 zusammen. Rekittke: „Der Anstieg ist aber nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ eine enorme Mehrbelastung. Bei Eröffnung des Heimes im Dezember 1990 bekamen wir 20 Erstbewerber und 98 schon im Westen registrierte Bewerber, die per Quote nach Mecklenburg-Vorpommern geschickt wurden. Im Juni 1992 kamen 394 Quoten-Bewerber und 1364 Erstbewerber. Für die meisten wir den gesamten Papierkrieg erledigen.“ An säumige Kreise und Kommunen wird inzwischen rigoros verschickt. „Meistens“, so Thomas Rekittke, „protestieren Landrat oder Bürgermeister nochmal. Aber wenn die Asylbewerber erstmal vor der Tür stehen, dann findet sich auch was. In Neubrandenburg war es z. B. eine Turnhalle, Malchin baute Zelte auf.“

Daß die Asylbewerber trotzdem länger als fünf Tage in der ZAST bleiben müssen, ist vor allem für die Roma unter ihnen ein Problem. Eine zwanzigköpfige Großfamilie, die zusammenbleiben will, muß sich eine Vier-Raum-Wohnung teilen. Die läßt sie dann häufig völlig verwüstet zurück. „Der Schaden geht in die Tausende“, klagt Richard Spiering (50), Technischer Leiter der ZAST. „Alles was glänzt, wird grundsätzlich abgebaut. Die Benutzung der Toilette ist unüblich. Wer nachts ließen Matratze kurzerhand aus dem Fenster.“ Das Schlimmste konnte Spiering gerade noch verhindern, als er kürzlich eine Roma-Familie in ihrer Ein-Raum-Wohnung beim Grillen überrasschte: Auf dem Balkon gefangene Möwen drehten sich über einem Lagerfeuer aus ZAST-Möbeln.

Hans Bentzien

\*\*\*

Lesen Sie demnächst: „Schlafen, essen und warten“ - Report aus einem Asylbewerberheim bei Güstrow



Vor dem „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen sammeln sich täglich viele Sinti und Roma. Foto: nordlicht/Frank Hormann

Vetter, Ulrich Ben: Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen“, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten/Rostocker Anzeiger vom 19.08.1992, S. 9.

# Lichtenhäger Bürgerwehr will ZAST „aufräumen“

Anonymer Anrufer: „Wir schaffen Ordnung“

„Wenn die Stadt nicht bis Ende der Woche in Lichtenhagen für Ordnung sorgt, dann machen wir das. Und zwar auf unsere Weise“. Mit diesen Worten meldete sich ein anonymer Anrufer im Namen einer „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“ gestern in unserer Reaktion.

Die in Scharen vor der Kaufhalle in Lichtenhagen campierenden Roma sind zum Reizthema der Anwohner und zu einer politischen Herausforderung ersten Ranges für die Hansestadt geworden (NNN berichteten mehrfach).

Offenbar am Ende ihrer Geduld und enttäuscht von der Asylpolitik des Senates, versuchen jetzt einige Aktivisten, wie schon vor ein paar Wochen, das Heft in die Hand zu nehmen. Damals reagierte die Polizei schnell. Siegfried Kordus, zu jener Zeit amtierender Polizeichef Rostocks, nahm die Sache sehr ernst, so Ausländerbeauftragter Wolfgang Richter gegenüber NNN, und ließ die Sinti und Roma mit Bussen in andere Unterkünfte transportieren.

Obwohl fast täglich Anrufe aufgebrachter Anwohner der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) beim Senat eingehen, war man dort gestern völlig überrascht. „Von einer Interessengemeinschaft Lichtenhagen höre ich zum ersten Mal“, so Innensenator Peter Magdanz. Auch Wolfgang Richter kann mit der „IG-Lichtenhagen nichts an-

fangen“. Um so nachdrücklicher aber deren Ankündigung: „In der Nacht vom Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht“, droht der Anrufer unverhohlen.

Ratlosigkeit im Rathaus. Senator Magdanz steckt in der Klemme: „Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung.“ Im Augenblick werden täglich 70 Asylbewerber in Rostock registriert. Magdanz: „Das könnten dann leicht wieder 140 werden.“ Er befürchtet, „je mehr Plätze wir bereitstellen, desto mehr Leute kommen nach“.

Bis zum ersten September versprach der Innensenator eine Lösung des Problems. Doch bis dahin wollen die aufgebrachten Bürger anscheinend nicht mehr warten. Die Situation droht zu eskalieren.

Der ungehemmte Zustrom von Asylsuchenden reißt eine Kluft zwischen Einheimische und Ausländer, die von vornherein einem vernünftigen Zusammenleben die Grundlage zu entziehen droht.

Um für den kommenden Sonnabend das Schlimmste zu verhindern, wollen Innensenator und Ausländerbeauftragter zusammen mit Polizei und Ordnungsamt nach einer Lösung suchen. Doch wie die aussieht, weiß derzeit niemand.

**Ulrich Ben Vetter**

## Anhang 4

---

Unbekannt: Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße, in: Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe für die Hansestadt Rostock vom 21.08.1992, S. 9.

# Lichtenhäger wollen Protest auf der Straße

**Lichtenhagen.** „Am Sonnabend werden wir auf die Straße gehen!“ Richard B. (alle Namen geändert) versucht verzweifelt, seinem Zorn am OZ-Telefon Luft zu verschaffen. B. spricht von Bürgerinitiative und Bürgerwehr, die sich aus Anwohnern der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber gebildet haben. Wo er auf die Straße gehen will, wußte B. am Dienstag noch nicht.

Chris (22), Thomas (22) und Matthias (24) saßen gestern Mittag im Imbiß-Kiosk an der Sparkaufhalle. „Wir werden am Sonnabend hier sein“, sagt Chris. Die drei wollen davon wissen, daß die rumänischen Roma „aufgeklatscht“ werden sollen. „Die Rechten haben die Schnautze voll!“ „Wir werden dabei sein“, sagt Thomas, „und du wirst sehen, die Leute, die hier wohnen,

werden aus den Fenstern schauen und Beifall klatschen.“

Die drei unterscheiden zwischen Asylbewerbern und Zigeunern. „Mit den Fitschis (Vietnamesen d. R.) können wir gut leben“, beteuern sie.

Innensenator Peter Magdanz (SPD) wußte bis gestern abend nichts von einer Bürgerinitiative oder Bürgerwehr. „Ich habe nur durch eine Zeitung von einem anonymen Anruf erfahren“, beteuert der Senator. Heute wolle er sich mit der Polizei und der Landesregierung in Verbindung setzen, um einer Eskalation der Gewalt vorzubeugen.

„Nicht nur in Rostock verschärft sich die Situation von Tag zu Tag. Ich hoffe nur, daß die Herren in Bonn bald aus ihrer Sommerpause aufwachen“, sagt Magdanz.

## Erklärung

---

Hiermit versichere ich die Arbeit selbstständig und nur mit den in der Arbeit angegebenen Hilfsmitteln verfasst zu haben.

Zitate sowie der Gebrauch von fremden Quellen und Hilfsmitteln wurden nach Regeln wissenschaftlicher Dokumentation von mir eindeutig gekennzeichnet. Ich habe keine fremden Texte oder Textpassagen (auch aus dem Internet) als meine eigenen ausgegeben.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Datum:

Unterschrift: